

UTOPIEKreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

216 · Oktober 2008

*Monatliche Publikation,
herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung*

VorSatz 867

Essay

RENATE ULLRICH

Die Macht der Frauen.

Oder: Warum Medea ihre Kinder tötete 869

Africom

WERNER RUF

Africom – Ressourcen statt Freiheit.

Der Sprung der USA nach Afrika 883

Interview

STEFAN AMZOLL

Die Apokalypse ist eine Revolution im Ganzen.

Interview mit EUGEN DREWERMANN

über frühe und heutige Apokalypsen 893

Gesellschaft – Analysen & Alternativen

MARCUS HAWEL

Die normalisierte Nation?

Verdinglichte Vergangenheitsbewältigung
und interventionistische Außenpolitik

905

GARNET HELEN BRÄUNIG

Freierbestrafung. Der Freier kauft vor allem Macht 915

Revolution 1848/49

WALTER SCHMIDT

Die Revolution von 1848/49

in der deutschen Geschichtskultur 925

KURT WERNICKE

Biographien in der 1848er Revolutionshistoriografie.

Bericht 941

Standorte

- GÜNTER WIRTH
Mehr Materialsammlung als Biographie.
Zu Kai Burkhardt: Adolf Grimme (1889-1963).
Eine Biographie 945

Festplatte

- WOLFGANG SABATH
Die Wochen im Rückstau 950

Bücher & Zeitschriften

- Hans-Rainer Sandvoß:
Die »andere« Reichshauptstadt. Widerstand aus der
Arbeiterbewegung in Berlin von 1933 bis 1945
(WILFRIEDE OTTO) 952

- Olaf Baale: Abbau Ost. Lügen.
Vorurteile und sozialistische Schulden
(ULRICH BUSCH) 953

- Helmut Bleiber, Walter Schmidt, Susanne Schötz (Hrsg):
Akteure eines Umbruchs. Männer und Frauen
der Revolution von 1848/49
(WOLFGANG SCHRÖDER) 954

- Walter van Rossum :
Die Tagesshow. Wie man in 15 Minuten
die Welt unbegreiflich macht
(FRANK SCHUBERT) 956

- Summaries 958

- An unsere Autorinnen und Autoren
Impressum 960

VorSatz

Die Dresdner Bank und ich sind Nachbarn; im Eckhaus gegenüber vom Friedhof befindet sich eine ihrer Filialen, ich kann das Haus sehen, wenn ich mich aus dem Fenster lehne. Aber von einer guten Nachbarschaft kann keine Rede sein, ich hatte nur wenige Jahre ein Konto dort. Die Bank, die sich selbst gern als »Beraterbank« betitelt und ihr Angebot an Finanzdienstleistungen als »nicht normal für eine Bank« darstellen lässt, hat für mich nichts getan. Nur kassiert: reichlich 180 € an Bankgebühren im Jahr, bei einer Gegenleistung von knapp 7 € für Briefporto. Für die Bank sind das »peanuts« – ich könnte dafür zum Beispiel drei Bände des »Historisch-kritischen Wörterbuchs des Marxismus« finanzieren, was ich, ehrlich gesagt, für eine bessere Verwendung halten würde – bei ihr geht es um Milliarden an Kapital und Milliarden an Verlusten. In reichlich einem Jahr wird die Dresdner Bank verschwunden sein, als Konzern, als Name und aus dem Straßenbild.

Bedauern kann ich das nicht, aber ein gewisser Eugen Gutmann würde sich in seinem Grabe umdrehen. Eugen Gutmann war der erste Vorstandschef der 1872 in Dresden aus dem Bankhaus Kaskel und fünf weiteren Banken vorwiegend aus dem mitteldeutschen Raum hervorgegangenen Dresdner Bank. Sie expandierte schnell, profitierte von der Gründerkrise und verlegte bereits 12 Jahre später ihren Firmensitz in die Reichshauptstadt. Im ersten halben Jahrhundert ihrer Existenz schluckte sie etwa 15 Banken und eroberte sich damit Platz zwei in der Hierarchie der deutschen Banken.

In den zwölf Jahren der Nazi Herrschaft lud sie sich reichlich braunen Dreck auf die ohnehin recht schmutzige Weste – »Was ist der Raub einer Bank gegen die Gründung einer Bank?«, so Bertolt Brecht. Sie unterhielt enge Beziehungen zur NSDAP und ihren Gliederungen, verliebte sich per »Arisierung« eine Dresdner Privatbank ein, sie war die Hausbank der SS und profitierte erheblich von deren Raubzügen, und vor allem war sie es, die den Bau des Konzentrationslagers Auschwitz finanzierte. Das alles verschweigt die Firmengeschichte natürlich.

1945 wurde die Dresdner Bank in der Sowjetischen Besatzungszone vollständig enteignet. In den westlichen Besatzungszonen wurde sie in Deckung gebracht, sie wurde »entflochten« und existierte in 11 regionalen Unternehmen weiter. Diese fusionierten bereits 1952 wieder in drei Nachfolgeinstitute, der Hamburger Kreditbank, der Rhein-Ruhr Bank und der Rhein-Main Bank, aus denen sich 1957 wie Phönix aus der Asche die Dresdner Bank erneut erhob. Bald war sie wieder die Nummer zwei im bundesdeutschen Bankkapital. Der Konzern umfasst 10 Tochterunternehmen: eine Kreditbank, eine Bausparbank, ein Call

Center für Finanzdienstleistungen, zwei regionale Banken in Oldenburg und München sowie Banken in Hongkong, den Niederlanden, den USA, Großbritannien und Österreich. Ein Koloss also, der sich im Finanzmarktkapitalismus mit seinen diversen Krisen in den letzten anderthalb Jahrzehnten zunehmend in einen Koloss auf tönernen Füßen verwandelte.

Ende des vergangenen Jahrhunderts mehrten sich auch bei Nichtbörsianern die Gerüchte, die Dresdner Bank sei ein Fusionskandidat, ein mögliches Opfer feindlicher Übernahmen. Es gab Spekulationen, durch eine Fusion mit der Deutschen Bank könne das neue Bankhaus so eine Art Weltrekordler werden. Daraus wurde nichts. Schließlich kaufte im Juli 2001 der Versicherungskonzern Allianz AG die Dresdner Bank für damals 24 Milliarden €. Ein Schnäppchen? Wohl nicht, wie sich bald herausstellte. Die Zahl der Beschäftigten wurde in wenigen Jahren fast halbiert, von 51 400 im Jahr 2000 auf 26 300 Ende 2007, obwohl die Bank in diesem Jahr eine Bilanzsumme von über 500 Milliarden € erreichte.

Die Dresdner Bank hat sich an den Spekulationsgeschäften auf den internationalen Finanzmärkten kräftig beteiligt – und hat heftig verloren. Die aktuelle Finanzmarktkrise hat auch bei der Dresdner Bank entsprechend zugeschlagen, von drei Milliarden Verlusten ist die Rede. Weiterhin wird von Wertberichtigungen im Umfang von 1,4 Milliarden € berichtet. Das muss man sich einmal vorstellen: Die Summe entspricht dem durchschnittlichen Jahreseinkommen von etwa 163 000 Lohnabhängigen in Deutschland! Was für eine ungeheure Verschwendung.

Bei der Allianz AG mutierte der erwartete Goldesel zum Milliardengrab. Entsprechend wollte sie den teuren Tochterkonzern unter die Haube bringen, zwar ist die Mitgift erheblich geschrumpft, aber immer noch sehenswert. Als bald meldete sich ein Interessent, eine Großbank aus China. Sollte tatsächlich für die Dresdner Bank, einen Giganten des deutschen Kapitalismus, so eine Art sozialistische Perspektive winken? Aber offenbar wollten die Bosse der deutschen Finanzwelt einer solchen Mesallianz doch nicht tatenlos zusehen. So wurde denn doch ein anderer Freier, das heißt Käufer gefunden. Am 31. August teilte die Commerzbank AG mit, dass sie die Dresdner Bank für 9,8 Milliarden € übernehmen wird. Allianz verliert bei diesen Deal unter dem Strich reichlich 14 Milliarden €, aber deren Bosse sind nach dem Motto verfahren: »Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende!«

Aber eine rosige Zukunft ist nicht zu erwarten, beide Banken sind von der internationalen Finanzmarktkrise angeschlagen. Erhebliche Rationalisierungen stehen ins Haus. Es gibt bei diesem Geschäft weder einen Kündigungsschutz noch eine Standortsicherung. Folglich werden vor allem die Filialen und Töchter der Dresdner Bank geopfert werden. Die Beschäftigten und die Kunden werden die Rechnung bezahlen müssen. Weitere massenhafte Entlassungen und weitere Wertberichtigungen werden folgen.

Aber vielleicht hat das alles auch eine gute Seite. Wie sich zeigt, fressen sich die Haie des Finanzkapitalismus gegenseitig auf. Was wäre, wenn sie sich dabei etwas mehr beeilen würden?

DIETMAR WITTICH

RENATE ULLRICH

Die Macht der Frauen. Oder: Warum Medea ihre Kinder tötete

Im Sommer 2007 wurde ich zu einer internationalen Tagung der Universität Pavia zum Thema: »Die Macht der Frauen – gesehen von Männern« eingeladen. Als frühere DDR-Bürgerin wollte ich unbedingt darüber sprechen, wie Männer in der DDR das Problem gesehen haben. So kam ich auf Heiner Müller und auf Medea. Heiner Müller hat den Medea-Stoff dreimal sehr unterschiedlich literarisch verarbeitet. Ihn interessierten, wenn ich das richtig verstehe, an diesem mythischen Stoff *die Verdrängung und der Austritt der Frauen aus der Geschichte*, genauer: *als Machtfaktor* aus der Geschichte. Müller sah in dem Mythos *eine* Widerspiegelung des historisch sehr langen Prozesses der Ablösung des Mutter-Rechts (matrilineares Recht) durch das Vater-Recht (patrilineares Recht), also der Phase, die Friedrich Engels als die »*welthistorische Niederlage des weiblichen Geschlechts*«¹ bezeichnet hat. Müller interessierten die *Langzeitfolgen* dieser Vorgänge, *der Wiedereintritt* der Frauen in die Geschichte im 20. Jahrhundert und nicht zuletzt die Frage, wie weit wir damit gekommen sind.

Medea gehört zu einem Universum mythologischer Gestalten, von denen viele vergessen sind. Medea aber ist durch die Jahrtausende lebendig geblieben. Warum? Momentan gibt es eine Flut von Medea-Inszenierungen in Schauspiel, Oper, Ballett. Warum? Weil Medea ihre Kinder tötet?

Mythen

Mythen sind entstanden im »*Urdunkel der Menschheit*«, was »*sicher auch ein historisches Datum ist*«². Sie entstanden zur Erklärung der Zusammenhänge von Natur und Menschen, Menschen und Menschen, Göttern und Menschen. Mythologie hat immer auch einen religiösen Gehalt. Mythen dienen zur Festlegung von Normen zwischenmenschlichen Verhaltens und zur Unterhaltung. Mythen wurden erzählt. Urfassungen sind nicht mehr festzustellen und damit auch nicht, ob ein Mythos richtig oder falsch erzählt wird.

Mythen blieben lebendig, weil sie immer wieder neu und immer wieder anders erzählt wurden. Oder besser: Gerade die Mythen, die immer neu erzählt wurden, blieben lebendig. Bereits in der Antike kursierten unterschiedliche Varianten. So heißt es in den einschlägigen Lexika, z. B. bei Robert Ranke-Graves³ häufig: Die Geschichte verlief so und so. Andere erzählen, dass Jedoch wird auch erzählt, dass ... Die Neu- bzw. Um-Erzählungen entstanden an verschiedenen Orten, aus neuen Erfahrungen, aus anderen Interessen.

Renate Ullrich – Jg. 1938, Theaterwissenschaftlerin. Seit 1990 Mitarbeit am Institut für Sozialdatenanalyse Berlin (isda) e.V., Schwerpunkt: Frauen, Bildung, Kultur. Zuletzt in UTOPIE kreativ: DDR-Frauen zwischen Emanzipation und Patriarchat, Heft 209 (März 2008).

1 Friedrich Engels: Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates. In: MEW, Bd. 21, S. 61. Berlin 1962.

2 Franz Fühmann: Das mythische Element in der Literatur. In: Essays. Aufsätze, Gespräche 1964-1981. Rostock 1983.

3 Robert von Ranke-Graves: Griechische Mythologie. Quellen und Deutung. Hamburg 1999.

Einige Mythen wurden immer wieder neu erzählt bis in die Gegenwart, wo die Mythen meist säkularisiert wurden. Mythisches Material ist von einer solchen Qualität zwischenmenschlicher Konflikte, dass es sich durchaus auch ohne die Mitwirkung von Göttern erzählen lässt.

Die *Geschichte von Medea* und der Ermordung ihrer beiden kleinen Söhne ist nur ein kurzer Ausschnitt aus der *Argonauten-Sage*. Im Jahr 431 v. u. Z., vor knapp 2 500 Jahren hat ihn der griechische Dichter *Euripides* mit großem Gespür für das Dramatische ausgewählt. Dass es sich tatsächlich um ein Bild für den Übergang vom Matriarchat zum Patriarchat handelt, begreift man besser, wenn man die Vorgeschichte kennt.

Das Goldene Vlies, Jason, die Argonauten und Medea

Genau genommen beginnt der Medea-Mythos mit der Geburt des Jason, des Sohnes des Königspaares von Iolkos in Thessalien. Als Pelias, der Stiefbruder des Königs, den König ermordet und sich selbst auf den Thron setzt, lässt Jasons Mutter den Jungen, den rechtmäßigen Thronfolger, in Sicherheit bringen. Als Erwachsener erhebt Jason Anspruch auf den Thron. Pelias, der Usurpator, verspricht ihm die Herrschaft, vorausgesetzt, Jason bringt das kostbare goldene Vlies aus Kolchis nach Iolkos zurück.⁴ An diesem Einfall wirkt Hera mit, die Ehefrau des Göttervaters Zeus, die in Jasons Pflicht steht, und genau das wird Medeas weiteres Leben bestimmen. Das Vlies ist in einer Höhle versteckt und von einem Untier bewacht, der Auftrag praktisch unerfüllbar. Aber Jason, direkter Nachfahre von Zeus und Apoll, also Repräsentant eines durch Männer geprägten Stammbaumes, Jason, der Held, nimmt ihn selbstverständlich in Angriff.

Der längste Teil des Mythos erzählt vom Bau der Argo; von Jasons Werbung vieler namhafter Helden, die sich gewiss aus Abenteuerlust, vor allem aber aus Aussicht auf Gold zur Verfügung stellen; von der langen Schifffahrt, auf der die Argonauten eine Menge Widrigkeiten überwinden müssen.

Medea tritt genau in dem Moment in den Mythos ein, als Jason in Kolchis vor König Aietes steht und das goldene Vlies fordert, das dieser begreiflicherweise nicht herausgeben will. Medea sieht Jason und verliebt sich schlagartig.

Über ihre Kindheit und Jugend wissen wir wenig, außer dass sie die Tochter des Königs Aietes von Kolchis ist, einem sehr reichen Land. Auch bei Medea ist die Herkunft von Bedeutung, sie ist deutlich matriarchal geprägt: Medeas Mutter, Königin Asterodeio, ist Hexenpriesterin bei der Göttin Hekate, der höchsten Beschützerin der Frauen und des Frauenrechts. Medeas Großtanten sind Selene, die Mondgöttin, und Eos, die Göttin der Morgenröte, die berühmte Circe ist ihre Tante.

Medea verliebt sich – so der alte Mythos – nicht aus eigenem Antrieb. Da Hera dem Jason die Herausgabe des Vlieses ermöglichen muss, beauftragt sie Eros, das Problem auf die Sekunde genau zu lösen. Er schießt einen Pfeil in Medeas Herz, so dass diese sich nicht nur in Jason verliebt, sondern noch dazu derart, dass ihre Leidenschaft für ihn niemals nachlassen, sondern stets zunehmen wird. Die alten Erzähler haben wirklich an alle Eventualitäten gedacht!

4 Kolchis lag an der Ostküste des Schwarzen Meeres, am Fuß des Kaukasus, im heutigen Georgien. Das goldene Vlies ist das Fell eines goldfarbenen Widders. Oder, wie andere meinen, es ist golden, weil es in einem Fluss zum Auffangen der Goldkörner genutzt wurde. Wie auch immer, das goldene Vlies steht in den verschiedenen Erzählvarianten des Mythos für Reichtum, für Macht, für die Beherrschung der Naturkräfte wie Fliegen, Unverwundbarkeit, langes Leben.

Medea, die noch die alten medizinischen Künste der Frauen aus der Zeit des Matriarchats beherrscht, stellt fortan alle ihre Fähigkeiten in Jasons Dienst. Immerhin erweist sie sich als Menschenkennerin. Bevor sie mit ihren Zaubertänzen, ihrem magischem Gesang, ihren Giften dem Jason ermöglicht, das goldene Vlies zu rauben, nimmt sie ihm das heilige Versprechen ab: er wird sie mit nach Griechenland nehmen und heiraten. Dann flieht sie mit ihm. Aufschlussreich ist, dass nicht Jason, sondern *Medea von nun an die Initiative des Handelns behält*. Listig rettet sie Jason vor dem sicheren Tod, und das nicht nur einmal.

Dabei scheut sie vor Verbrechen nicht zurück. Erzählt wird: Die Argo entkommt König Aietes nur, weil Jason Medeas geliebten Bruder Absyrtos ermordet und Medea ihn zerstückelt und ins Meer wirft, so dass Aietes seine Verfolgung unterbrechen muss, um die Leichenteile einzusammeln. Dem Paar gelingt es, nach Iolkos zurückzukehren. Als der Usurpator Pelias trotz seines Versprechens den Thron nicht hergeben will, veranlasst Medea listig, dass seine eigenen Töchter ihn unwissentlich ermorden. Jason und Medea werden aus Iolkos verbannt.

Auf der Suche nach einer standesgemäßen Bleibe fahren sie nach Korinth. Dort werden sie, so eine Variante, geduldet. Eine andere Erzählvariante besagt: Medea ist als Enkeltochter des Sonnengottes Helios die *rechtmäßige Erbin des Königreichs Korinth*. Sie darf ihren Mann zwar auf den Thron setzen, nicht aber selbst den Thron besteigen. Im Gegenteil: Hier in Griechenland ist sie wie alle (Ehe-) Frauen (außer in Sparta) *Eigentum ihres Ehemannes, Hausherrin, Gebälerin*.⁵ Dazu kommt: Medea ist *Ausländerin*, eine Frau mit Migrationshintergrund. Und damit in Griechenland trotz ihrer königlichen Herkunft lediglich geduldet.

Wie auch immer: Nach einigen Ehe-Jahren will Jason aus Karrieregründen Glauke (oder auch: Kreusa), die Tochter des Königs Kreon, heiraten und die Kinder mitnehmen. Medea, die Selbstbewusste, Eifersüchtige, Verlassene, Erniedrigte, ermordet die Nebenbuhlerin – wiederum mit einer List: Sie schenkt der Braut ein Hochzeitskleid, das an der fremden Haut festklebt und die Braut verbrennt. In manchen Varianten auch deren Vater und den ganzen Hofstaat. Jason kann sich retten, spielt aber ohne Frau und ohne männliche Erbfolger keine Rolle in der Gesellschaft mehr und wird später – Ironie des Schicksals – von den Resten seines längst ruinierten gewordenen Heldenschiffes Argo erschlagen.

Interessant ist Medeas Geschichte in der alten Erzählung: Medea wird wiederum verbannt. Sie darf ihre vierzehn Kinder, sieben Söhne und sieben Töchter, nicht mitnehmen. Sie befürchtet Unheil. – Medea imponiert Zeus. Er will sie verführen. Aber sie widersetzt sich. Das wiederum gefällt der stets eifersüchtigen Hera so gut, dass sie Medea anbietet, die Kinder zu retten. Vertrauensvoll bringt Medea die Kinder in Heras Tempel, dann wird sie von ihrem Großvater Helios in einem Himmelswagen entführt. Das befürchtete Unheil geschieht. Hera rettet die Kinder nicht. Offenbar hatte sogar sie, die Göttin, schon so viel an Macht verloren, dass sie sie nicht retten konnte. Die Korinther steinigen sie – aus Rache – alle vierzehn auf dem göttlichen Altar. Jason soll – einigen Erzählvarianten zufolge – seine Zustimmung gegeben haben.

5 Julia Iwersen: Die Frau im Alten Griechenland. Düsseldorf / Zürich 2002.

Euripides – Medea und die Ermordung der Söhne

Vor 2 500 Jahren, in der Hoch-Zeit der griechischen Kultur und Künste, im Jahr 431 v. u. Z., hat der Dichter Euripides (480-406) an dem Mythos mehrere Veränderungen vorgenommen. Er hat das direkte Eingreifen der Götter eliminiert, so dass allein Medea es ist, die alle Entscheidungen trifft und verantwortet. Medea mordet nicht nur ihre Nebenbuhlerin und den Hofstaat, sondern auch ihre eigenen Kinder. Die Mädchen hat er gestrichen, die sieben Jungen auf zwei reduziert.

Forschungsergebnisse besagen, dass die freien Bürger Korinths es sich einiges kosten ließen, damit Euripides ihnen die Schuld des Kindermordes abnahm und sie Medea auferlegte. Bestechung des Dichters war also *ein* Grund dafür, dass Medea ihre Söhne ermordet. Das war nicht nur eine Neu-Erzählung, sondern eine aggressive Um-Erzählung, genau genommen eine Fälschung, die allerdings den historischen Trend zur patrilinearen Rechtsordnung und die Gegenwehr von Frauen widerspiegelte. Diese Frau tut genau das, womit sie den treulosen Ehemann am härtesten strafen kann: Sie nimmt nicht ihm das Leben, sondern seinen Söhnen. Damit nimmt sie ihm nicht nur das (vielleicht) Liebste, sondern auch das gesellschaftlich Wertvollste: die männlichen Erben, die Zukunft seines Geschlechts.

Wir wissen nicht, welche Regie-Konzeption der Uraufführung zugrunde lag und wie sie wirkte. Aber wir wissen, dass alle Figuren, auch die Frauen, von Männern dargestellt wurden und dass auf den Zuschauertribünen fast ausschließlich Männer saßen und dass die Frauen, die zugelassen wurden, nicht die Ehefrauen der griechischen Bürger waren. Diese Männerdominanz im Theater – wie in der Öffentlichkeit überhaupt – lässt die Vermutung zu, dass die Sympathien nicht der treuen Medea, sondern dem ungetreuen Jason galten.

Eine Frau, eine Mutter, begeht eine so ungeheuerliche Tat, wie sie sonst nur Männer begehen – genau diese Erfindung des Euripides macht den Mythos bis heute so attraktiv und reizt zu immer neuen Erzählungen. Oder anders: In dieser pervertierten, aber höchst kunst- und wirkungsvollen Variante wurde der Medea-Mythos durch die folgenden zweieinhalb patriarchal dominierten Jahrtausende weitergereicht: Medea, die Eifersüchtige, die Unbeherrschte und Unberechenbare, die Kindesmörderin. Medea: die Frau.

Der Medea-Mythos bei Heiner Müller

Für Heiner Müller (1929-1995) sind Mythen »geronnene kollektive Erfahrungen«⁶, vielschichtig wie Ablagerungen, oft vieldeutig. Für ihn als Dramatiker sind sie wichtig, er nutzt sie als Material.

Den Medea-Mythos verarbeitete und deutete er dreimal ganz unterschiedlich. Die Texte heißen: *Medea-Kommentar* (1972); *Medea-Spiel* (1974); *Medea-Material* (1948-82). Alle drei Texte sind vielschichtige, komplizierte Geflechte, weder leicht zu lesen noch eindeutig zu interpretieren. Auch Theaterleute haben Schwierigkeiten beim Inszenieren und Spielen. Ich versuche hier eine Deutung unter dem Macht-Aspekt.

Meine erste These: Wie unterschiedlich Müller Medeas Geschichte auch benutzt – in allen drei Texten interessiert ihn *Medeas Kindermord als Bild, als Metapher für den Austritt der Frauen als*

6 Heiner Müller: Krieg ohne Schlacht. Leben in zwei Dikaturen. S. 321. Köln 1992.

Machtfaktor aus der Geschichte, für ihre Anpassung an patriarchal fundierte Verhaltensweisen und für die historischen Langzeitfolgen dieses Austritts. Und, so meine zweite These: Wie unterschiedlich er die drei dramatischen Texte auch gestaltet (Schreibweise, Spielweise): *er will dem Publikum die Möglichkeit geben, die Strukturen dieses historischen Vorgangs zu erkennen und jeweils Schlussfolgerungen für ihre Gegenwart zu ziehen.* Das ist auf spezifische Weise ganz im Sinne des »Laboratoriums der sozialen Phantasie«, als das das Theater in der DDR immer wieder definiert wurde.⁷

Erstens: Medea-Kommentar in Zement (1972)

In dem Stück *Zement* benutzt Müller den gleichnamigen Roman des sowjetischen Autors Fjodor Gladkow (1883-1958) als Material. Der Roman erschien 1925 in der Sowjetunion, 1927 in Deutschland, 1961 in der DDR. Müller schrieb das Stück 1972.

Anfang der siebziger Jahre – das war, als Erich Honecker Walter Ulbricht abgelöst hatte, als es in der DDR einige kulturpolitische Lockerungen gab und als die Frage diskutiert wurde: *Was ist heute eigentlich revolutionär?* Damals erschienen erstaunlich viele Bücher von Frauen und DEFA-Filme wie *Paul und Paula* und *Der Dritte*. Bücher und Filme, die sich mit dem damaligen Stand und den damaligen Entwicklungstrends der Geschlechterverhältnisse und -hierarchien beschäftigen und damit auf die spannende Frage nach dem, was heute revolutionär ist, einige bedenkenswerte Antworten gaben.

Der Roman von Fjodor Gladkow spielt in der Zeit des revolutionären Aufbruchs der Sowjetunion. Gezeigt wird, wie zum ersten Mal in der Geschichte Arbeiter – unter ständiger Bedrohung von außen und innen und unter permanenter materieller Not – alles das learning by doing gleichzeitig bewältigen müssen, was einen Staat ausmacht: Politik, Wirtschaft, Industrie, Verteidigung, Kultur, Bildung. Und nicht nur das. Sie müssen dafür neue, nie da gewesene sozialistische Organisations- und Politikformen finden. Gladkow beschreibt nicht die »Königsebene«, sondern welche Auseinandersetzungen und Kämpfe es an der »Basis« gibt. Und damit auch einiges von dem, was heute Geburtsfehler der Revolution genannt wird, namentlich das (Nicht)-Miteinander-Klarkommen von Leuten mit unterschiedlicher sozialer Herkunft, unterschiedlichen Erfahrungen, unterschiedlichen Bedürfnissen und unterschiedlichen Vorstellungen von der neuen Gesellschaft.

Gladkow zeigt, wie diese Arbeiter darüber hinaus etwas in Angriff nehmen, was zuvor keine revolutionäre Bewegung ernsthaft vorhatte (oder wozu sie wie die Pariser Commune keine Zeit hatte), nämlich: die Machthierarchien zwischen den Geschlechtern von Grund auf zu verändern⁸, also den *Wieder-Eintritt der Frauen in die Geschichte* zu bewältigen. Dass dieser Versuch weitgehend vergeblich war, beschädigt meiner Ansicht nach weder Roman noch Stück. Beide bleiben Zeugnisse großer Ideale, Ziele, Hoffnungen, Schwierigkeiten und Niederlagen.

Im folgenden konzentriere ich mich auf die Szene in Müllers *Zement* mit dem Titel *Medea-Kommentar*. Diese Szene muss man sich bei Müller eingebunden in die vielfältigen Handlungsstränge vorstellen, die es auch bei Gladkow gibt, aber schon wegen ihrer Posi-

7 Das Theater habe, so der Philosoph Wolfgang Heise damals im Dialog der Theaterleute mit Philosophen, Politikern und Naturwissenschaftlern, mehrere inhaltliche Funktionen: erstens als Organ der Selbstbesinnung der Gesellschaft im Hinblick auf das historische Gewordensein; zweitens als Organ der Selbstgestaltung der Gesellschaft, einschließlich Selbstkritik, drittens als eine Art Laboratorium der sozialen Phantasie, in: Brecht-Dialog 1968. Politik auf dem Theater. Dokumentation 9.-16. Februar 1968. Henschelverlag Kunst und Gesellschaft. Berlin 1968.

8 Gleichberechtigung der Geschlechter wurde 1918 in die erste Verfassung eingeschrieben.

tion, Länge und Intensität hat diese Szene in dem Stück große Bedeutung.

Der Medea-Kommentar erzählt die Geschichte des Arbeiters Gleb Tschumalow, seiner Frau Dascha und ihrer gemeinsamen kleinen Tochter Njurka in der Stadt Noworissisk, die im Norden des früheren Kolchis liegt.

Im Unterschied zu Gladkow, der zeitnah über die revolutionären Ereignisse berichtet, führt Müller hier durch den Szenentitel den Medea-Mythos ein. Daschas Geschichte soll verstanden werden als ein *Kommentar* zu der Geschichte Medeas. Dazu Heiner Müller: Die »Figuren (sind) nicht in der Lage zu formulieren, was ihr historischer Wert ist und welches Spiel sie da spielen. Daraus ergibt sich dann die moralische Verpflichtung für den Autor, selber etwas zu sagen.« Dascha, die Arbeiterfrau weiß nicht, wer Medea ist. Also, so Müller, muss ich ihr »beispringen und das irgendwie einbauen.«⁹

Müller will die Zuschauer anregen, Daschas Verhalten mit dem großen Modell der Menschheitserfahrung zu vergleichen und die revolutionären Vorgänge im Russland der frühen zwanziger Jahre als einen Versuch von historischer Dimension zu begreifen.¹⁰

Dem Medea-Kommentar voraus geht eine Szene mit dem aufschlussreichen Titel *Das Bett*. Gezeigt wird, wie Gleb nach drei Jahren Krieg heimkehrt, wie er über Dascha herfällt und wie Dascha ihn abwehrt, zuerst lachend, dann mit einem geladenen Gewehr in den Händen und mit den Worten: »Kühl dich ab, Besitzer«¹¹(S. 394). Als Gleb in den Krieg zog, war Dascha eine liebevolle, anpassungsfähige und angepasste Ehefrau und Mutter. Jetzt verweigert sie sich ihrem Mann, nicht aus Mangel an Lust. Sie verweigert sich ihrem Mann, weil er sich als Besitzer verhält. Das ist – auf der Bühne in lebender Darstellung – ein unerhörter Vorgang von metaphorischer Kraft: *Eine Arbeiterfrau legt dem Arbeiter/Revolutionär gegenüber die tradierte Rolle der Ehefrau als Objekt des Mannes ab. Und – eine Steigerung – sie spricht das auch aus.*

Dascha ist in den drei Kriegsjahren eine andere geworden: selbständig, selbstbewusst, sie lässt sich nicht mehr einfach »nehmen«, obwohl sie Gleb noch liebt. Ihren Anspruch, ihre Ehe fortzusetzen, aber anders als früher, versteht er nicht, auch wenn er die Gleichberechtigung von Männern und Frauen theoretisch akzeptiert und wortreich darüber redet.

Die Szene *Medea-Kommentar* beginnt damit, dass Dascha Gleb mitteilt: Njurka ist tot und begraben. Der Tod des Kindes steht hier – im Unterschied zur Medea des Euripides – am Anfang. Und noch ein Unterschied: Dascha hat es nicht umgebracht. Sie hatte es in eines der neuen »roten« Kinderheime gegeben. Dort ist Njurka wie viele Kinder in Russland verhungert. 1921 war ein entsetzliches Hungerjahr.

Der Tod eines Kindes ist – wie im Medea-Mythos – auch hier ein zentraler Vorgang. Aber hier steht er nicht für Rache, auch nicht für die Auslöschung von Zukunft. Gleb und Dascha sind beide in gleichem Maße von Trauer und Schmerz erfüllt. Der gravierende Unterschied zwischen ihnen besteht darin, wie sie mit diesem Tod umgehen. Gleb will lediglich die Schuldfrage klären: Dascha sei schuld, sie hätte das Kind nicht weggeben dürfen. Da klingt die tradierte

9 Heiner Müller 1975:
»Literatur muss dem Theater Widerstand leisten.«
Gespräch mit Horst Laube.
In: Heiner Müller im Verlag der Autoren. Gesammelte Irrtümer. Interviews und Gespräche. Frankfurt/M. 1986. S.18

10 In dieser Absicht baut Müller auch in die anderen Handlungsstränge Texte mit mythischen Titeln und Stoffen ein.

11 Heiner Müller: Zement, in: Werke 4. Die Stücke 2. Frankfurt/M. 2001. Die in diesem Abschnitt in Klammern gesetzten Seitenzahlen beziehen sich auf diese Ausgabe.

Auffassung von der privaten Verantwortung der Mütter für die Kinder durch, der in Deutschland tradierte Vorwurf von der »Rabenmutter«, die aus Egoismus ihre »natürlichen Pflichten« vernachlässigt.

Für Dascha ist Njurkas Tod der tragische Anlass zu einer harten, bis an die Wurzeln gehenden Auseinandersetzung über ihr Selbstverständnis als Frau, Mann und Paar, als emanzipierte Menschen und damit als Persönlichkeiten in der Geschichte. Bis zu diesem Zeitpunkt hat Dascha nicht gesprochen; denn Gleb war nicht bereit, zuzuhören. Nun ist es Dascha, die den Dialog im Sinne des Wortes *führt*. Sie verteidigt sich nicht gegen den Vorwurf der Rabenmutter, sie bringt keine revolutionäre Parole an. Sie durchbricht wiederum – wie in *Das Bett* – ein Tabu: Sie erzählt *ihre Kriegsgeschichte*. Der Tabu-Bruch besteht darin, dass sie über weibliche, über körperliche, über sexuelle Kriegserfahrungen spricht, die Frauen oft verschweigen und Männer nicht hören wollen. Beide aus Scham, aus tradierten Moralnormen und aus Angst vor den sozialen Folgen.¹² Dascha zwingt Gleb, diese Geschichte bis zu Ende anzuhören: »Sind wir Kommunisten oder nicht. Können wir leben mit der Wahrheit. Oder baun wir die Welt neu mit verbundenen Augen« (S. 438).

Dascha erzählt die Geschichte einer Frau, die (wie Medea) aus Liebe alles ihr Mögliche tat, um ihren Mann vor dem Tod zu retten. Sie erzählt, wie die »Weißen« sie verhaftet, mit dem Tode bedroht und vergewaltigt haben; wie sie Glebs Nachricht erhielt, sie möge die Roten unterstützen; wie sie bei den Partisanen ihre revolutionäre Arbeit machte, als Kurier, als Organisatorin der Frauen, aber auch und vor allem als Hure: »Deine Genossen, deine Klassenbrüder. Sie brauchten mich. Es war wie eine Arbeit. UMARME MICH IN MEINER LETZTEN STUNDE. Sie gingen leichter in den Tod von mir weg« (S. 435). Sie erzählt, dass sie alle Arten von Sexualität erfahren hat, Vergewaltigung, Lust, Liebe. Genau das trifft Gleb am tiefsten. Sie begreift und durchschaut ihn: »Wenn mich die Weißen totgeschlagen hätten Du hättest einen ruhigeren Schlaf jetzt. Lacht. GESCHÄNDET. Bei wem ist die Schande. Ich kann mir jeden Mann abwaschen. Es muss nicht mit Blut sein – Wär ich ein Mann« (S. 436).

Indem Dascha ihre Kriegsbiografie genau erzählt, analysiert sie zugleich die Bedingungen, die sie gezwungen haben, Njurka ins Heim zu geben und selbst die andere zu werden, die sie geworden ist. Bedingungen, die es Gleb, dem Mann, ermöglichten, »den Junker, den Bourgeois, den Weißen noch in sich stecken« (S. 433) zu lassen. Zumindest, was sein Verhältnis zu Frauen betrifft.

Mit ihrer »Beichte« hebt Dascha die Diskussion über die Schuld von Frauen und von Müttern von einer privaten, individuellen auf eine gesellschaftliche Ebene.

»Dascha: Wie lange wird es dauern, bis der Mensch / Ein Mensch ist. Was sucht ihr, wenn ihr euch zerreißt / Einer den anderen wie ein Kind seine Puppe / Weil es nicht glauben will, dass die kein Blut hat?

Tschumalow: Wer hat den Terror angefangen. Wir?/ Solln wir uns abschlachten lassen. Was willst du?

Dascha: Ich weiß, Gleb. Und ich sollte so nicht reden / Es ist Weibergeschwätz, wie. Ein Mann muss nicht wissen / Solang das Töten

12 Dass es sogar am Ende des 20. Jahrhunderts im Jugoslawienkrieg immer noch so war, wissen wir. Was die vielen gegenwärtigen Kriege betrifft, so erfahren wir es nicht einmal.

leichter ist als leben / Wieviel Arbeit in einem Menschen steckt, wie?» (S. 435).

Sie ist noch jung, aber sie wird kein Kind mehr haben oder haben können. Sie schlussfolgert: »Ich bin keine Mutter mehr. Und werd es nicht mehr sein. Mir ist wichtig, dass unsere Kinder in den Heimen nicht mehr auf Stroh schlafen werden« (S. 442). Genau in diesem Moment, in dem Medea sich zur Arbeit für das Wohl aller Kinder bekennt, bringt Müller Medea ins Spiel – als Kommentar. Iwagin, der Intellektuelle, der einzige, der die Tragödie des Euripides kennt, sagt: »Ich habe Sie immer bewundert. Sie sind eine Medea. Und eine Sphinx für unsere Männeraugen. (...) Als sie (Medea) vor seinen (des Geliebten) Augen die Kinder zerriss, die sie ihm geboren hatte und in Stücken ihm vor die Füße warf, sah der Mann zum ersten Mal, unter dem Glanz der Geliebten, unter den Narben der Mutter, mit Grauen das Gesicht der Frau« (S. 442). Das ist die tradierte frauenfeindliche Deutung der Medea. Und genau so hat Dascha sich nicht verhalten.

Der Medea-Kommentar endet nicht wie in der antiken Tragödie damit, dass der Mann die Frau, sondern damit, dass die Frau den Mann verlässt. Das erinnert an Ibsens Nora, aber Dascha tut es aus anderen Gründen und mit anderen Absichten. Dascha: »Ich muss allein sein, Gleb, für eine Zeit. / Ich liebe dich. Aber ich weiß nicht mehr, / Was das ist, eine Liebe. Wenn sich alles umwälzt./ Wir müssen sie erst lernen, unsere Liebe« (S. 438). Als er zu verstehen beginnt und sie bittet, zu bleiben, lehnt sie ab: »Ich will mich nicht so nehmen wie ich bin, Gleb. Und dich nicht. Es ist beschlossen und ich geh.« Aber als sie Gleb erklären soll, wie sie und ihre Liebe sein sollen, sagt sie ehrlich: »Ich kann dir nicht erklären, was ich nicht weiß« (S. 439). Für sie ist die Revolution nicht die Verwirklichung vorgedachter Prinzipien, sondern die Befreiung von alten Haltungen und die Chance, Neues zu suchen.

Ich lese diese Szene als einen Fortschritt, als einen Schritt der Frau, fort von den alten, hin zu neuen Geschlechterverhältnissen, als einen Schritt in Richtung auf ihren Wiedereintritt in die Geschichte. Müller zeigt diesen Fort-Schritt als Schritt voller Konflikte, Verletzungen, Rückschlägen und zugleich als Chance, aber eine Chance ohne Garantie und mit »offenen Enden«.

Zement wird als das letzte der großen Müllerschen Epochen-gemälde über die Geburt einer neuen Zeit bezeichnet. Heiner Müller selbst sagte in einem Interview anlässlich der Uraufführung 1973: »Was mich an der Geschichte interessiert, ist das Feuer, nicht die Asche.«¹³ Jahre danach nannte er es »ein zu spät geschriebenes Stück«¹⁴.

Unter dem Aspekt des Wieder-Eintritts der Frauen in die Geschichte ist aufschlussreich, dass die Uraufführung im Auftrag, unter der Intendanz und in der Regie einer Frau stattfand: Ruth Berghaus. Ebenfalls aufschlussreich ist, dass vor allem die Dascha auf Unverständnis bis Ablehnung stieß, auch bei der damaligen Darstellerin Christine Gloger: »Als ich Zement zum ersten Mal las, hatte ich, was die Dascha betrifft, den Satz von meiner Mutter auf der Zunge: ›Er ist ja ne Seele von Mensch. Aber sie! < Meine Sympathie und mein Mitleid gehörten dem Mann. Und über Dascha dachte ich:

13 Heiner Müller, in: Neues Deutschland vom 10.10.1973. Berlin.

14 Heiner Müller, in: Krieg ohne Schlacht. Leben in zwei Diktaturen, Köln 1992, S. 243.

Dieses Monster, ein bisschen mehr Bescheidenheit täte es vielleicht auch. Ich mochte sie nicht. Wie das so ist mit Figuren: Man setzt sich auseinander, begreift, gewinnt sie irgendwie lieb, dann will man sie auch durchsetzen und verständlich machen, warum sie so sind und ihre Berechtigung haben.«¹⁵

Aufschlussreich ist, dass 1976 westdeutsche, vor allem männliche, Rezensenten die Aufführung in Frankfurt am Main und besonders die Darstellerin der Dascha hart kritisierten. Elisabeth Schwarz war ihnen zu wenig fraulich, sie habe nicht einmal das darstellerische Mittel der Ironie genutzt, um sich von dem Verhalten dieser Dascha zu distanzieren. Aufschlussreich ist, dass auch Heiner Müller diese Inszenierung kritisierte: Er fand sie »fürchterlich«. Peter Palitzsch habe das inszeniert »mit der Haltung, Bolschewiken sind auch Menschen, das zeigen wir euch jetzt mal. – Ganz falsch. Bolschewiki sind Marsmenschen. Sie sind so weit weg. Dann wird es Kunst.«¹⁶

Zweitens: *Medea-Spiel* (1974?)

Die Herausgeber haben diesen sehr kurzen Text¹⁷ 1974 datiert. Ich lese ihn als eine Art Lehr-Spiel, als lade Heiner Müller ein, die essentiellen und existentiellen Vorgänge aus dem Mythos herauszusezieren und sie metaphorisch und ohne Worte darzustellen.

Zunächst werden die Personen festgelegt: Ein Mann. Ein Mädchen. Mehrere Figuren mit Totenmasken. Dann die Handlung:

1. *Die Hochzeit*. Figuren mit Totenmasken binden das Mädchen mit seinem eigenen Gürtel an das Bett. Figuren mit Totenmasken bringen den Mann. Projektion: Geschlechtsakt.

2. *Die Geburt*. Die Frau wird gefesselt und geknebelt. Ihr Bauch schwillt an. Der Mann wird indes von Totenmasken mit Waffen behängt. Projektion: Geburtsakt.

3. *Der Tod*. Der Mann ist so schwer bewaffnet, dass er sich nur noch auf allen vieren fortbewegen kann. Die Frau nimmt ihr Gesicht ab, zerreißt das Neugeborene und wirft die Teile in Richtung des Mannes. Projektion: Tötungsakt. Auf den Mann fallen Trümmer, Gliedmaßen, Eingeweide.

In diesem Spiel gibt es keine Individuen. Nur der Titel deutet auf den Medea-Mythos. Müller reduziert den Vorgang auf seine Struktur. Das Spiel handelt von dem Kämpfen zwischen *dem* Mann und *der* Frau, aber weder der *Mann* noch die *Frau* haben die Möglichkeit, selbstbestimmt zu handeln. Beide werden durch die Totenmasken in Rollen geführt, handeln nach Mustern. Die einzige selbstbestimmte Tat in dem Spiel ist die Reaktion der Frau auf die Gewalttat und die Kriegsvorbereitung des Mannes: Indem die Frau die Maske abreißt, zeigt sie ihr individuelles oder ihr »wahres«(?) Gesicht, aber – ihr fällt nichts ein als ebenfalls eine Gewalttat zu begehen. Eine verzweifelte Aktion, zugleich eine Anpassung an Gewaltmechanismen. Auf diese Weise wird die Frau die Wiederholung des Vorgangs nicht verhindern. Beide, Mann und Frau, sind zwar gewalttätig, aber sie sind machtlos in dem Sinne, dass sie Zukunft nicht gestalten können.

Rückführung von Vorgängen auf ihre Struktur – eine von Müllers Schreibstrategien – sehen wir hier geradezu in Reinform. Indem

15 Christine Gloger 1991, in: Renate Ullrich: Mein Kapital bin ich selber. Gespräche mit Theaterfrauen in Berlin-Ost 1990/1991, Berlin 1991, S. 86.

16 Heiner Müller in: »Heiner Müller, warum zünden Sie keine Kaufhäuser an?« Interview von Patrick Landolt, Willi Händler, in: Heiner Müller: Gesammelte Irrtümer 2, Frankfurt/M. 1990, S. 155.

17 Heiner Müller: *Medea-Spiel*, in: Werke 1. Die Gedichte, Frankfurt/M. 1998, S. 176.

Müller den Zuschauerinnen und Zuschauern die Struktur eines historischen Vorgangs ausliefert, provoziert er sie, Fragen zu stellen. Verläuft Geschichte tatsächlich so? Ist das zwangsläufig? Wofür stehen die Totenmasken? Müller sagte: Die toten Geschlechter lasten auf den Lebenden. Deshalb, so verstehe ich das, müssen wir Lebenden das Studium der Vergangenheitsgeschichte als *Auseinandersetzung mit den Toten* betreiben. Der Zukunft wegen.

Drittens: Medea-Material (1949-1981/82)

bildet den mittleren und zentralen Teil einer Montage mit dem langen Titel *Verkommenes Ufer Medea-Material Landschaft mit Argonauten*¹⁸. Müller vollendete, montierte und veröffentlichte sie 1981/82. Das war die Zeit der Raketenstationierung in Europa und der weltweiten Angst vor einem dritten Weltkrieg, einem Atomkrieg. In diesem Kontext liest sich der Text als eine Warnschrift und als eine Zivilisationskritik, die weit über die Belange der DDR hinausgeht.

Der ersten Teil *Verkommenes Ufer* hatte Müller schon im Sommer 1949 geschrieben. Das war 4 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg und schon mitten im Kalten Krieg. Damals war Müller 23 Jahre alt und voller Hoffnung auf eine friedliche Entwicklung der Welt. Aber er beobachtete sehr genau, was um ihn herum geschah, nicht nur in der Weltpolitik, sondern in der Alltagskultur. In *Verkommenes Ufer* formuliert er seine Beobachtungen wie Schnappschüsse: Menschen beim Baden an einem See, Männer in der Berliner S-Bahn, pendelnd zwischen Arbeit, Wohnung und Puff, Frauen bei der Hausarbeit, zerstörte Natur, zerstörte zwischenmenschliche Beziehungen, zerstörte Geschlechterbeziehungen – dazwischen Kinder. Eine »Kriegs-Landschaft«, in die er Anspielungen auf das historische Gewordensein einschrieb, Ereignisse aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, die Assoziationen wecken: Kriegstote, Lustmorde in Chicago, erhängte Deserteure mit dem Schild vor dem Bauch »Ich bin ein Verräter«. Dieser kurze Text endet mit den merkwürdigen Zeilen: »Auf dem Grund aber Medea den zerstückten / Bruder im Arm Die Kennerin / Der Gifte« (S. 74).

Warum kommt Müller in diesem Zusammenhang auf Medea? Warum »auf dem Grund«? Auf dem Grund der Geschichte? Auf dem Grund der Zerstörung? Antworten sucht er in den beiden folgenden Szenen der Montage.

Die Szene *Medeamaterial* hat er in dem historischen Jahr 1968 geschrieben. Es ist der einzige Dialog in dieser Collage. Hier sprechen Figuren, die mythologische Namen tragen: Amme, Jason und Medea. Aber es sind ganz heutige Figuren. Der Beginn des Dialoges, so Müller selbst, könnte das Stenogramm einer heutigen Auseinandersetzung zwischen Eheleuten sein.

Gezeigt wird genau der Ausschnitt aus Medeas Leben, der auch in Euripides' Tragödie gezeigt wird. Als Medea begreift, dass Jasons Entschluss, die Jüngere, Schöneren, Reichere und Mächtigeren zu heiraten, unumkehrbar ist, möchte sie sterben: »Ich / Bin nicht erwünscht hier Dass ein Tod mich wegnähm«. Jason, genervt, fragt: »Was warst du vor mir, Weib?«, als wäre sie vor ihm ein Nichts gewesen und nur durch ihn etwas geworden. Sie antwortet: »Medea« (S. 75). Damit ist das Leitmotiv für die Szene gegeben, die Identitätsproblematik: Sie *war* Medea – was *ist* sie jetzt?

18 Heiner Müller: *Verkommenes Ufer Medeamaterial Landschaft mit Argonauten*, in: *Werke 5. Die Stücke 3.*, Frankfurt/M. 2002, S. 71-84. Die in diesem Abschnitt in Klammern gesetzten Seitenzahlen beziehen sich auf diese Ausgabe.

Auch sie beginnt – wie Dascha – , ihre Lage klug zu analysieren: in dieser verzweifelten Situation ein erster Schritt auf der Suche nach ihrer Identität.

Der Auslöser für die Analyse ist sein Verrat an ihr: »Dank für deinen / Verrat der mir die Augen wiedergibt / Zu sehen was ich sah« (S. 76). Verrat und seine historischen Folgen – das ist eines der großen Themen bei Müller.¹⁹ Jasons Verrat lässt Medea ihre Vergangenheit klar sehen. Wie etwas Fremdes. Sie begreift: Alles, was sie aus bedingungsloser Liebe für Jason getan hat, war auch *ihr* Verrat: Sein Sieg über Kolchis, die Kolonisierung ihres Landes, die Unterdrückung ihres Volkes, der Mord an ihrem Bruder, alles war auch ihr Verrat. Und zugleich war es *ihr Verrat an sich selbst*. Sie hatte aufgehört, Medea zu sein. Sie hatte ihm, so wörtlich, als »Sklavin, Werkzeug, Hündin, Hure, Sprosse auf der Leiter seines Ruhmes« (S. 75) gedient. *Er hatte sie erniedrigt und benutzt, aber sie hatte sich ihm freiwillig untergeordnet*. Das ist ein wichtiger Punkt bei Müller: die freiwillige Unterordnung der Unterdrückten und Ausgebeuteten unter die Herren.²⁰ Das bezieht er auf Klassen, Ethnien und Geschlechter.

Medeas erster Befreiungsschritt aus dieser Unterordnung ist also, dass sie »sieht«, begreift, erkennt. Der zweite ist, dass sie »abrechnet«: »Heute ist Zahntag Jason Heute treibt / Deine Medea ihre Schulden ein« (S. 79). Je genauer sie Schulden und Schuld analysiert, je öfter er auf ihre Argumente reagiert, um so deutlicher sieht sie: Ihre Lage ist aussichtslos. Medea – das heißt die Rat Wissende. Jetzt ist sie am Ende. Sie greift zum letzten Mittel, zur Gewalt. »Machtverlust«, so Hannah Arendt, verführt »sehr viel eher als Ohnmacht zur Gewalt, als könnte diese die verlorene Macht ersetzen.«²¹

Medea mordet die Nebenbuhlerin. Dann eine Steigerung ihrer Hilflosigkeit. Sie mordet ihre geliebten kleinen Söhne, die sie plötzlich als »Früchte des Verrats aus deinem Samen«, als ihre »kleinen Verräter« (S. 79) zu erkennen meint. Es ist eine Art Amoklauf, bei dem sie genau reflektiert, was sie tut: »Mit diesen meinen Händen der Barbarin / Händen zerlaugt zerstickt zerschunden vielmal / Will ich die Menschheit in zwei Stücke brechen / Und wohnen in der leeren Mitte Ich / Kein Weib kein Mann« (S. 79). Frau-Sein, Mann-Sein – die Unerträglichkeit der sozial konstruierten und tradierten Gegensätzlichkeiten – auch das ist ein großes Thema bei Heiner Müller²². Was will Medea sein? Ein Neutrum? Ein Ungeheuer? Ein Mensch?

Sie tötet die Kinder mit den Worten: »Küssen würdet ihr die Hand / Die euch den Tod schenkt kenntet ihr das Leben« (S. 79). Aber sie vollendet den Amoklauf nicht, bringt sich nicht selbst um. Als alles vorbei ist, glaubt sie, wieder sie selbst, wieder Medea zu sein: »Oh ich bin klug ich bin Medea Ich« (S. 80). Aber es ist Wahn, Selbstbetrug, Selbstaufgabe. Es ist, zumindest nach meinem Verständnis, ein Bild für die Pervertierung des Individualisierungsprozesses und ein radikales Bild für den Austritt der Frau aus der Geschichtsmächtigkeit durch Anpassung. Anpassung an patriarchal begründete Gewaltideologien und Gewaltpraktiken. – Aber: Diese Art von mörderischer Anpassung bedeutet zugleich auch eine Gefahr für patriarchal fundierte Gesellschaften, insofern sie das Bild, die Praxis und die Identität der domestizierten Frau zerstört.

19 Vgl. Heiner Müller: Der Auftrag, in: Ebenda, S. 11-42.

20 Vgl. ebenda, S. 22.

21 Hannah Arendt: Macht und Gewalt, München, Zürich 1970, S. 55. .

22 Siehe Heiner Müller: Quartett, in: Werke 5. Die Stücke 3. Frankfurt/M. 2002.

Der dritte Text der Montage *Landschaft mit Argonauten* beginnt mit der Frage nach der Identität: »Soll ich von mir reden Ich wer / Von wem ist die Rede wenn / Von mir die Rede geht Ich Wer ist das« (S. 80). Es ist ein Mann mit Namen Jason, der spricht. Es ist ein Ich, aber, so Müller in einer Anmerkung: »Wie in jeder Landschaft ist das Ich in diesem Textteil kollektiv« (S. 84). Es ist der Monolog eines kollektiven männlichen Ich, das Geschichte gemacht und erlitten hat – bis zur letzten Konsequenz, der kollektiven Selbstvernichtung.

Der Monolog besteht – ähnlich wie *Verkommenes Ufer* – aus einer Aneinanderreihung von Momentaufnahmen: Jasons Leben und Tod. Aber er geht weit darüber hinaus. Er beschreibt *Das Leben eines Mannes* (S. 81) durch die Jahrhunderte bis in die Gegenwart, von der frühen Kolonialisierung und der welthistorischen Entmachtung der Frau bis zu Panzerschlachten, Flugzeugangriffen, Medienschlachten. Das Leben eines Mannes im Spannungsfeld von Liebessehnsucht, technischem Fortschritt, fortschreitender Vernichtung von Natur und Mensch: »Ich spürte MEIN Blut aus MEINEN Adern treten / Und MEINEN Leib verwandeln in die Landschaft MEINES Todes« (S. 83).

Die Montage ist eine Warngeschichte von historischer Dimension, besonders heute, in der Zeit militärischer, sozialer und politischer Kriege und fortschreitender Umweltzerstörung.

Christa Wolf: Medea. Stimmen. Roman

Im Jahr 1996 erzählte Christa Wolf die Geschichte der Medea wiederum völlig anders. Sie schrieb diesen Roman knapp eineinhalb Jahrzehnte nach *Kassandra*, ihrem ersten Buch über eine Frau aus der antiken Mythenwelt, in dem sie darüber nachgedacht hatte, wer *Kassandra* gewesen sein könnte, bevor sie aufgeschrieben wurde. In *Medea. Stimmen* stellt sie die Frage: Warum und aus wessen Interesse wurde Medea zum Mythos von der Kindermörderin? Christa Wolf benutzt einen großen Teil der im Mythos erzählten Fakten, wertet sie um und erfindet einige Figuren und Vorgänge neu. Und, um es gleich vorwegzunehmen: Bei Christa Wolf tötet nicht Medea ihre Söhne wie bei Euripides, sondern die Korinther steinigen sie – ganz wie in dem uralten Mythos. Die Rezensionen, wiederum vor allem die von männlichen Kritikern aus den alten Bundesländern, waren ziemlich negativ: Warum muss dieses Buch *Medea* heißen, wenn doch die Frau ihre Kinder nicht umbringt? Außerdem wurde der Roman als Schlüsselroman gelesen: Die Frau aus dem Osten (Kolchis), die in den Westen (Griechenland) kommt, habe sich selbst (Medea) als emanzipierter darstellen wollen als die Frauen im Westen. Sie habe den Osten (die DDR) und sich selbst (kurzzeitige Stasi-Informantin in den fünfziger Jahren) entlasten wollen, indem sie den Westen (Korinth) anklagt, ebenfalls Leichen im Keller zu haben. Und so weiter. Unterm Strich kommt bei vielen heraus: Wir wollen unsere eifersüchtige, rasende Kindermörderin wiederhaben!

Meiner Ansicht nach haben diese Kritiker den Roman mit der Brille der Vorurteile gelesen, die über Christa Wolf nach der Wende in der Öffentlichkeit geschürt wurden. Wer aber mit dieser Brille liest, verbaut sich den Zugang zu dem, was wirklich erzählt wird. Erzählt wird die Geschichte der Medea als die immer und immer

wieder und auch gegenwärtig hochaktuelle Geschichte von der dehumanisierenden Macht von Vorurteilen und der Herstellung und Benutzung eines Sündenbocks.

Genau genommen erzählt Christa Wolf mehrere Geschichten in einer. Sie erzählt erstens: die Geschichte der politisch interessierten jungen Königstochter Medea, die es aus politischen Gründen in ihrer Heimat Kolchis nicht ausgehalten hat; denn ihr Vater hat seinen Sohn, Medeas Halbbruder, ermorden lassen. Das war in bestimmten Phasen des Übergangs vom Matriarchat zum Patriarchat ein durchaus üblicher Vorgang, der dem Erhalt der eigenen Macht diene.

Wolfs Medea nutzt die Chance zur Flucht mit Jason, bekommt von ihm zwei Söhne und gerät in ein Land (Korinth), dessen König ebenfalls aus Gründen seiner Machterhaltung eine Leiche im Keller hat: die Königstochter Iphinoe. Soweit die Vorgeschichte.

Medea entdeckt aus Zufall die Leiche in Korinths Keller. Sie hat nicht die Absicht, diese ihre Entdeckung zu veröffentlichen. Aber sie stellt Fragen. Mit diesem Wissen und ihren Fragen ist sie gefährlich.

Gefährlich ist sie auch, weil sie aus Kolchis Haltungen mitgebracht hat, in denen das Matriarchat noch nachklingt: Sie trägt bunte Farben und offene Haare; sie geht ohne Begleitung auf die Straße; sie ist, obwohl mit Jason verheiratet, allein erziehend und hat einen Liebhaber. Alles das könnte befreiend auf die Frauen von Korinth wirken. Und das darf nicht sein. Besonders weil Medea Umgang mit der völlig eingeschüchterten Königstochter Glauke hat und diese zu Selbstbewusstsein ermuntert. Medea, Fremde, emanzipatorisches Vorbild und vertuschten Geschichten auf der Spur – das ist eine potentielle Gefahr. Sie muss beobachtet, überwacht und in Schach gehalten werden.

Als ein Erdbeben das Land Korinth verwüstet und danach wegen ungenügender hygienischer Maßnahmen in den Armenvierteln die Pest ausbricht, wird seitens der Herrschenden angedeutet, das sei eine Strafe der Götter, an der Medea, ihr Lebenswandel, ihre Vergangenheit schuld seien. Sündenböcke gibt es nicht erst im Alten Testament, sondern schon weit vorher, und durch die Jahrtausende hindurch bis heute. Es gibt Sündenböcke, denen kollektive Schuld aufgeladen wird, und solche, denen individuelle Schuld aufgeladen wird. In Korinth wird das Gerücht gestreut, Medea sei die Mörderin ihres Bruders.

Christa Wolf erzählt zugleich die Geschichte der Medea als einer Frau, die versucht, als Mittlerin zwischen den Fremden und den Einheimischen zu agieren, indem sie am Leben und an den Feiern beider teilnimmt. Damit gerät sie zwischen die Fronten der auf beiden Seiten aufgebrachten Menge. Christa Wolf beschreibt, wie Wahn, Grausamkeit, Gewalt in unzufriedenen, aufgebrachten, aufgehetzten Massen entstehen und wie leicht der Hass von allen Seiten auf Sündenböcke gelenkt werden kann.

Im Zusammenhang damit beschreibt sie Medeas Konflikt als den Konflikt eines Menschen, der den politischen Anspruch erhebt, Menschenopfer für Götter, Menschenopfer für Machtinteressen, abzuschaffen, und der in die tragische Situation gerät, ein Massaker, Menschenopfer genannt, zu erleben und es nur begrenzen, aber nicht verhindern zu können.

Christa Wolf beschreibt, wie Medea wegen einer Tat, die sie nicht begangen hat, vom Korinther Gericht verbannt wird, in die Wüste

geht, begleitet von einer Kolcherin, sonst ohne Kontakt zu Menschen. Sie darf ihre Kinder nicht mitnehmen. Diese werden, ganz wie im alten Mythos gesteignet.

Um diese vielen Geschichten in einer zu erzählen, nutzt Christa Wolf einen Kunstgriff: Sie lässt Stimmen sprechen. Sechs Personen erzählen in elf Monologen den Verlauf der Vorgänge in Korinth jeweils aus ihrer eigenen individuellen Perspektive, beschreiben ihre Interessen, ihre Absichten. So werden nicht nur die Machtgeflechte, die unterschiedlichen Charaktere, Motive, Vorgeschichten erkennbar, sondern klar wird auch, was sie realiter voneinander halten, warum sie jemandem schaden, obwohl sie ihn als Persönlichkeit achten, oder warum sie jemanden fördern, obwohl sie ihn verachten.

Christa Wolf schafft es, individuelle Geschichten in ihrer historischen Dimension und Geschichte als Interessen- und Handlungsgeflecht von Individuen zu zeigen. Sie macht nicht nur durchschaubar, *warum und wie ein Sündenbock hergestellt wird*. Sie macht auch durchschaubar, *wie, aus welchen Interessen, mit welchen Mitteln ein Mythos gemacht wird*. In diesem Falle ein frauen- und fremdenfeindlicher.

Jahre später, als Arinna, die Tochter von Medeas Begleiterin, die beiden verwilderten Frauen in der Wüste gefunden und informiert hat, fasst Medea ihre Erfahrungen zusammen: Die Kinder »Tot. Sie (die Korinther) haben sie ermordet. Gesteignet, sagt Arinna. Und ich habe gedacht, ihre Rachsucht vergeht, wenn ich gehe. Ich habe sie nicht gekannt. (.). Und die Korinther sollen immer noch nicht fertig sein mit mir. Was reden sie. Ich, Medea, hätte meine Kinder umgebracht. Ich, Medea, hätte mich an dem ungetreuen Jason rächen wollen. Wer soll das glauben, fragte ich. Arinna sagte: Alle (...). Arinna sagt, im siebten Jahre nach dem Tode der Kinder haben die Korinther sieben Knaben und sieben Mädchen aus edlen Familien ausgewählt. Haben ihnen die Köpfe geschoren. Haben sie in den Hera-tempel geschickt, wo sie ein Jahr verweilen müssen, meiner toten Kinder zu gedenken. Und dies von jetzt an alle sieben Jahre. So ist das. Darauf läuft es hinaus. Sie sorgen dafür, dass auch die Späteren mich Kindsmörderin nennen sollen.«²³

23 Diesen Brauch mit dieser Wirkungsabsicht gab es in Athen sehr lange.

WERNER RUF

Africom – Ressourcen statt Freiheit

Der Sprung der USA nach Afrika

1. Africom

Im 21. Jahrhundert scheinen geostrategische Konzepte wieder die internationale Politik zu bestimmen. Hintergrund ist die Sicherung der in voraussichtlich 40 Jahren zu Ende gehenden Öl- und Gasvorräte des Planeten. Die Kriege in Afghanistan und Irak, die latente Kriegsdrohung gegen Iran sind nur die herausragenden Indizien für den Willen zu einer imperialen Neugestaltung der Welt, in der die Kontrolle der industriellen Grundlagen der kapitalistischen Wirtschaftsweise zur Bedingung für die Aufrechterhaltung des Systems wird. Hierzu gehören nicht nur die Ressourcen selbst, sondern in gleichem Maße die Kontrolle über die Transportwege – sei dies mittels *Enduring Freedom* am Horn von Afrika, mit dem Bau von Pipelines vom Kaspischen Meer durch Afghanistan an den Indischen Ozean oder durch den Bau neuer Pipelines wie *Nabucco*, die gezielt um Russland herumgeführt werden: Der Verlauf dieser Pipeline durch Georgien macht das Land zum geostrategischen Faustpfand, so wie Russland – noch immer einer der größten Energieproduzenten – durch die NATO-Mitgliedschaft der baltischen Staaten und die US-Raketenstationierung in Polen von Westen her in die Zange genommen werden soll. Relativ unbemerkt von der Weltöffentlichkeit gerät Afrika ins Fadenkreuz neoimperialistischer Interessen und ihrer globalstrategischen Zielsetzungen. Angesichts des Ressourcenreichtums des »Schwarzen Kontinents« ist dies jedoch geradezu zwingend.

So erklärte Präsident George W. Bush: »Dieses neue Kommando wird unsere Sicherheit in Zusammenarbeit mit Afrika verstärken und helfen, neue Möglichkeiten zu schaffen, um die Fähigkeiten unserer Partner in Afrika zu unterstützen. Africa Command wird unsere Anstrengungen steigern, um zu helfen, Frieden und Sicherheit zu den Völkern Afrikas zu bringen und unsere gemeinsamen Ziele der Entwicklung, Gesundheit, Erziehung, Demokratie und wirtschaftliches Wachstum in Afrika zu fördern.«¹ Am folgenden Tag, dem 7. Februar, wurde die Einrichtung von *US African Command* (im Folgenden: Africom) offiziell bekannt gegeben und vom Europäischen Kommando der USA (EUCOM) in Stuttgart in einer Power Point Präsentation² sowie fast zeitgleich im Pentagon³ der Presse vorgestellt. Diesem Konzept zu Folge ist Afrika für die USA »von signifikanter strategischer und wirtschaftlicher Bedeutung«. Hauptaufgabe von Africom ist es, »die Fähigkeit unserer Afrikanischen Partner auszubilden, um Konflikte zu reduzieren, Sicherheit

Werner Ruf – Jg. 1937; Friedensforscher, em. Professor für Internationale und Intergesellschaftliche Beziehungen und Außenpolitik an der Universität Kassel, Mitglied der dortigen Arbeitsgruppe Friedensforschung, Mitarbeit im Gesprächskreis Friedens- und Sicherheitspolitik der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Zuletzt in UTOPIE kreativ (mit Peter Strutyński): Militärinterventionen: verheerend und völkerrechtswidrig, Heft 205 (November 2007).

Der Artikel ist eine erweiterte und überarbeitete Fassung des Beitrages: Geopolitik und Ressourcen: Der Griff der USA nach Afrika, in: Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (Hrsg.), Projektleitung: Thomas Roithner: Von kalten Energiestrategien zu heißen

Rohstoffkriegen? Schachspiel der Weltmächte zwischen Präventivkrieg und zukunftsfähiger Rohstoffpolitik im Zeitalter des globalen Treibhauses, Dialog 54 – Beiträge zur Friedensforschung, Lit-Verlag Münster, Hamburg, London, Berlin, Wien 2008.

1 <http://www.eucom.mil/africom/transcripts/slides070000Lfeb2007.pdf> abgerufen 27. Juni 2007.

2 A. a. O. Übersetzung aus dem Englischen hier und im Folgenden W. R.

3 <http://www.defenselink.mil/transcripts/transcript.aspx?transcriptid=3882> abgerufen 30. Juni 2007.

4 International Institute for Strategic Studies: Strategic Comments, Vol. 14, Issue 2, March 2007.

5 Le Quotidien d'Oran, 2. Juli 2005.

zu verbessern, Terroristen niederzukämpfen (*defeat terrorists*), regionale Antworten auf Krisen zu unterstützen.« Die geplante und z. T. schon seit Jahren im Gang befindliche Zusammenarbeit mit den Streitkräften afrikanischer Partnerstaaten zielt darauf,

- Fähigkeiten der Partner auszubilden;
- US-Regierungsorganisationen bei der Implementierung von Sicherheitspolitiken zu unterstützen;
- Sicherheitszusammenarbeit auf dem Gefechtsfeld durchzuführen;
- Die Fähigkeiten zur Terrorismusbekämpfung der Partner zu verstärken;
- Humanitäre Unterstützung zu verstärken, Katastrophen zu mildern, Gegenmaßnahmen (*response activities*) zu verbessern;
- Den Respekt der Menschenrechte zu befestigen;
- Afrikanische regionale Organisationen zu unterstützen;
- Militärische Operationen durchzuführen.

Wie die im Dokument vorgestellte Karte zeigt, verliert das europäische Kommando (EUCOM) in Stuttgart seine Zuständigkeit für Teile Afrikas, ebenso verlieren das Northern Command (Northcom) und das Southern Command (Southcom) im Atlantik potentielle Zuständigkeiten. Das bisher Ostafrika einschließende asiatische Central Command (Centcom) bleibt vorläufig weiter zuständig für Ägypten. Das Pazifische Oberkommando (Pacom) tritt seine Zuständigkeit für Madagaskar ebenfalls an Africom ab. Damit wird endgültig die »afrikanische Lücke« geschlossen, die bisher noch nicht vom weltweit etablierten Netz der US-Oberkommandos abgedeckt war. Voll operationsfähig soll Africom im September 2008 sein, der Stab soll etwa 1 000 Mann umfassen. Zum Oberkommandierenden wurde der derzeit einzige im aktiven Dienst befindliche US-General schwarzer Hautfarbe William E. Ward, bisher Vize-Kommandierender von EUCOM, ernannt.

Doch ist Africom keineswegs ein *ex nihilo* geschaffenes neues Instrument der US-Außenpolitik: Schon seit Jahren hatte EUCOM durch Schiffspatrouillen im Golf von Guinea den Transport von Kohlenwasserstoffen aus Angola, Nigeria und Äquatorial-Guinea und Stützpunkte entlang der westafrikanischen Küste überwacht.⁴ Insbesondere seit September 2001 wurden die militärischen Ausbildungs- und Trainingsprogramme (*International Military Education and Training*, IMET) der USA in den meisten afrikanischen Staaten etabliert oder erweitert. 2002 gründeten die USA in der Folge von 9/11 die *Pan Sahel Initiative*, die dann 2005 durch die *Trans-Sahara Counterterrorism Initiative* (TSCTI) abgelöst wurde. Hauptaufgabe der beiden Initiativen ist die Ausbildung afrikanischer Soldaten für die Terrorismusbekämpfung durch die *US-Special Operation Forces*.

Geburtsstunde der TSCTI war das gemeinsam mit sieben Anrainerstaaten der Sahara durchgeführte große Manöver »Flintlock« Ende Juni 2005, an dem 2 000 afrikanische und 800 US-Soldaten teilnahmen.⁵ Zentrale Aufgabe war die Ausbildung einheimischer Fähigkeiten, um – gegebenenfalls unter Führung der USA – integrierte Operationen jener Länder der Region durchzuführen, die sich an der Organisation beteiligen wollen. Dies sind derzeit Algerien, Mali, Mauretanien, Marokko, Niger, Nigeria, Senegal, Tunesien und

Tschad. Libyen soll später einbezogen werden. Hauptaufgabe der TSCTI ist die Bekämpfung des islamischen Extremismus in der Region.⁶ Das Budget von TSCTI beträgt 100 Millionen US \$ jährlich. Dieses Budget dürfte Africom – jenseits der für diese Organisation vorgesehen Mittel – weiter zur Verfügung stehen.

Für Africom selbst, das ja erst im Herbst 2008 voll funktionsfähig sein soll, wurden für das Jahr 2007 50 Millionen US \$ bereitgestellt. Die wesentliche Finanzierung der operativen Kosten erfolgt jedoch durch die Mitgliedsländer, die von ihnen zur Verfügung gestellten Truppen und vor allem durch die Aufrüstung der Sahel-Staaten im Rahmen der US-Militärhilfe. Langfristiges Ziel der USA sind ein umfassendes militärisches Unterstützungsprogramm und der Ausbau militärischer US-Präsenz von Somalia und Äthiopien über den gesamten nordafrikanischen und Sahelraum, mindestens bis zum Golf von Guinea.⁷ In diesen Kontext gehört auch die Operation Enduring Freedom zur Kontrolle der Seewege am Horn von Afrika und die in Djibouti stationierte, 1 700 Mann starke, *Combined Joint Task Force – Horn of Africa*.⁸

Ein Oberkommando braucht jedoch einen Standort. Lange sah es so aus, als ob hierfür Algerien in Frage käme, das sich ja seit dem Militärputsch gegen die ersten freien Parlamentswahlen im Januar 1992 im »Antiterrorkampf« in besonderer Weise profiliert und insbesondere seit dem 11. Sept. 2001 seine »Sicherheitszusammenarbeit« mit der US-Regierung intensiviert hatte.⁹ In der Folge massiver Waffenkäufe Algeriens in Russland und wegen der Informationspolitik der US-Botschaft im Zusammenhang mit den Bombenanschlägen in Algerien am 11. April 2007 kam es zwischen beiden Ländern zu erheblichen Verstimmungen.¹⁰ Mittlerweile hat auch Algiers regionaler Rivale Marokko¹¹ zu verstehen gegeben, dass es kein Interesse hat, dieses Oberkommando auf seinem Boden zu etablieren. Ähnlich scheinen auch Ghana, Senegal und Nigeria zu reagieren, und die kenianische »Daily Nation« warnte vor der Präsenz »riesiger amerikanischer Basen.«¹² Auch in autoritären afrikanischen Staaten scheint sich die öffentliche Meinung auf Regierungspositionen auszuwirken, da die US-Außenpolitik allgemein als aggressiv und imperialistisch wahrgenommen wird. Als letztes Ressort könnten sich hier Djibouti mit der ohnehin schon erheblichen US-Präsenz erweisen oder Äthiopien, dessen Einmarsch in Somalia zum Zwecke des Sturzes der dortigen auf einer breiten Legitimität basierenden Regierung der »islamischen Gerichte« von den USA mit massiver Luftunterstützung vorangetrieben wurde. Das deklarierte Ziel von Africom, die »Demokratisierung« Afrikas, könnte wie in Irak und Afghanistan am Willen der Bevölkerung des Kontinents scheitern.

Es sieht derzeit danach aus, dass die USA auf ein landgestütztes Kommando in Afrika verzichten müssen. Vorläufig wird es wohl in Stuttgart bleiben.¹³ Pikanterweise führte das auch zu Auseinandersetzungen bei den hessischen Landtagswahlen: Die USA wollten ihr Oberkommando nach Wiesbaden verlegen, Africom in Stuttgart belassen. Die LINKE wandte sich massiv gegen diese von Ministerpräsident Koch befürworteten Pläne. Ein Schwerpunkt der geplanten Operationen liegt auf der Überwachung der Küsten.¹⁴ Umfangreiche Manöver etwa mit Marokko, an denen der Flugzeugträger

6 <http://www.globalsecurity.org/military/ops/tscti.htm>, abgerufen 1. 3. 07.

7 Vgl. dazu die Verlautbarungen des US State Department unter <http://www.state.gov/documents/organization/31936.pdf>; auch: <http://www.state.gov/t/pm/rls/rpt/fmtrpt/2006/74682.htm> abgerufen am 27. Dezember 2006.

8 A.a.O.

9 Werner Ruf: Terrorismus und US-Geopolitik. Algeriens Rolle im Anti-Terrorkampf; in: INAMO Nr. 50, Sommer 2007, S. 37-40.

10 Die US-Botschaft hatte, ohne die algerischen Behörden zu informieren, auf ihrer Website vor weiteren, für den 14. April bevorstehenden Anschlägen gewarnt. Etwa zeitgleich wurde der Direktor einer Joint Venture der algerischen Sonatrach und der US-Firma Brown Root and Condor wegen Bestechungsverdachts verhaftet. BRC ist ein Privates Militärisches Unternehmen und Tochter von Halliburton.

11 So besuchten im Juni 2007 der Direktor des FBI Robert S. Muller und CIA-Chef Michael Hayden Marokko, wenn auch ohne offensichtlichen Erfolg für die Stationierung von Africom. Vgl. L'expression, 3. Juli 2007.

12 Vgl. IISS a. a. O.

13 So die algerische Zeitung Liberté am 18. Mai 2008.

14 Daniel Volman: The Scramble for African Oil, in: New African, Juli 2006, S. 20.

USS Enterprise und rund 20 000 Mann teilnahmen, und zahlreiche weitere Manöver vor allem im Golf von Guinea deuten darauf hin, dass solche Pläne ernsthaft erwogen werden, reichen doch Seestreitkräfte mit Flugzeug- und Helikopterträgern völlig aus, um präzise Luftschläge gegen Gruppen auszuführen, die die Sicherheit der Öltransport- und Verladeeinrichtungen gefährden, oder aber um »Terroristen« zu vernichten. Ein seegestütztes Oberkommando mit logistischem Kopf in Stuttgart stünde nicht im Widerspruch zur Einrichtung kleinerer Stützpunkte überall dort, wo die *Special Operation Forces* oder auch private militärische Unternehmen die Ausbildung einheimischer Truppen betreiben, die dann nach Bedarf auf das Gefechtsfeld geführt werden können.

2. Der Kampf um energetische Ressourcen

Die Feststellung, dass *Peak Oil* unmittelbar bevorsteht oder sogar schon überschritten ist, ist inzwischen eine Banalität¹⁵. Die Rivalität um diesen zentralen Rohstoff wird verschärft durch die rasante Entwicklung Chinas und Indiens und deren Aufstieg zu industriellen Großmächten. Der von der US-Administration erklärte »Krieg gegen den Terror« verfolgt in Wirklichkeit harte Ziele im Bereich der Energiesicherung: Die Kriege in Afghanistan und Irak und der mögliche Krieg gegen den Iran schließen die Landbrücke zum kaspischen Becken. Der Konflikt in Georgien ist ein weiteres Indiz für die sich verschärfenden Rivalitäten, bei denen es neben der Sicherung der Förderstätten auch um die Kontrolle der Transportwege geht: Die vor allem von der EU geplante und finanzierte Pipeline Nabucco führt von Baku am Kaspischen Meer durch Georgien über die Türkei bis nach Ungarn und Österreich und vermeidet russisches Territorium, wohl auch um Russland von den Renteneinnahmen für den Transport abzuschneiden.

Sowohl die EU¹⁶ wie auch die Bundesrepublik Deutschland¹⁷ haben in dieser Welt der neuen Rivalitäten ihre Ansprüche auf nationale militärische Sicherung der Rohstoffzufuhr angemeldet. Im Vordergrund der Diskussion über Großmachtrivalitäten in Afrika, die auf die Energiesicherung gerichtet sind, steht derzeit China, dem eine Aufmerksamkeit zuteil wird, die von den Aktionen der übrigen großen Mächte wohl eher ablenken soll oder aber als Anmaßung und Einmischung in die traditionellen Herrschaftsräume der USA und der früheren Kolonialmächte dargestellt wird.

Africom ist Teil des Projekts des *Greater Middle East*, der für Vordenker der US-Außenpolitik wie Asmus und Pollack »von Nordafrika bis Pakistan« reicht.¹⁸ Dies unterstrich auch der US-Botschafter in Algier in einem Interview.¹⁹ Der *Council on Foreign Relations* hatte 2006 unter dem wegweisenden Titel *More than Humanitarianism: A Strategic U.S. Approach Toward Africa* eine voluminöse Studie²⁰ erstellen lassen. Der Studiengruppe gehörten hochrangige Personen aus Politik, Finanzwelt und Wissenschaft an. Die Studie hebt vor allem den Energiereichtum Afrikas hervor, die wachsende Rolle Chinas auf dem afrikanischen Kontinent, die terroristischen Bedrohungen und die AIDS- und Menschenrechtsproblematik. Betont wird, dass es in wachsendem US-Interesse liegt, die Ölzufuhr in zunehmendem Maß unabhängig von den mittelöstlichen Ölfeldern

15 Siehe u. a.: Elmar Altvater: Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen, Münster 2006; Thomas Schmitt: Spekulieren auf die Zeit ohne Öl, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 20. Dezember 2006, S. 58; Andreas Zumach: Die kommenden Kriege, Köln 2005.

16 European Union Institute for Security Studies 2003: European Security Strategy, Paris 2003.

17 Bundesministerium der Verteidigung: Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr, Berlin: BMVg, 2006, Online-Fassung, S. 9.

18 Ronald D. Asmus, Kenneth M. Pollack: Transformation des Mittleren Ostens. Das neue transatlantische Projekt, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 12/2002, S. 1457-1466.

19 Liberté, 14. September 2006.

20 Council on Foreign Relations: More than Humanitarianism: A Strategic U.S. Approach Toward Africa, Independent Task Force Report No. 56, Washington 2006, 174 S.

zu machen: Besondere Aufmerksamkeit gilt Nigeria, Angola, der Golf von Guinea, Tschad, Sudan, Äthiopien und die off-shore-Regionen von Namibia und Kenia. Nach Schätzungen des Berichts werden im Zeitraum 2005-2010 rund 20 Prozent der US-Ölimporte ausschließlich aus dem Golf von Guinea kommen – was die Toleranz gegenüber einer der fürchterlichsten afrikanischen Diktaturen, Äquatorial-Guinea, erklären hilft.²¹ Hervorgehoben wird auch die Qualität des afrikanischen Öls, das besonders schwefelarm und damit umweltfreundlicher ist.

Bereits unter Bill Clinton war die Diversifizierung der Ölimporte massiv vorangetrieben worden.²² Und der frühere stellvertretende Außenminister für Afrika, Walter Kansteiner, hatte bei einem Besuch in Nigeria im Juli 2002 unzweideutig erklärt, dass die Carter-Doktrin²³ nun auch für Afrika gelte, da afrikanisches Öl von strategischem Interesse für die USA sei.²⁴ In der Tat werden nur noch in Afrika nennenswerte neue Lagerstätten entdeckt. Die USA planen eine Steigerung ihrer Importe aus dem schwarzen Kontinent von derzeit etwa 13 Prozent ihrer Öl-Einfuhren auf rund 25 Prozent im Jahre 2013.²⁵ Daher wird dem Aufgabengebiet von Africom der gesamte afrikanische Kontinent zugewiesen, denn Kohlenwasserstoffvorräte finden sich nicht nur im saharischen Raum, sondern vor allem auch im Golf von Guinea, in Angola, im Sudan und nicht zuletzt auch im vom »Terrorismus« bedrohten Somalia,²⁶ ebenso wie im bitter armen Staat Niger, der außerdem drittgrößter Uran-Produzent der Welt ist.

Damit berührt die militärische Expansion der USA direkt die nach wie vor massiven Interessen Frankreichs in seinen ehemaligen Kolonialgebieten und damit auch die der EU²⁷: Eine Drehscheibe französischer und europäischer Afrikapolitik ist nach wie vor Algerien, und die vom neuen französischen Präsidenten vorgeschlagene Mittelmeer-Union kann gleichfalls als Teil einer Gegenoffensive Frankreichs (und der EU) gegen die US-Präsenz im Energiesektor des westlichen Mittelmeers verstanden werden: Die USA sind massiv im algerischen Erdölsektor präsent, sie beziehen fast die Gesamtheit des in algerische Häfen verflüssigten Erdgases, die Aussöhnung mit Libyen erklärt sich gleichfalls aus diesem Kontext.

Auch das deutsche Interesse an der Region ist manifest.²⁸ Motiv für die französischen, deutschen und europäischen Bemühungen sind zum Einen die geografische Nähe Algeriens und der Ausbau der schon bestehenden Gas-Pipelines über Marokko/Spanien und Tunesien/Italien, ebenso wie die von der algerischen Sonatrach projektierte Trans-Sahara-Pipeline von Nigeria nach Algerien; zum Anderen aber die Sorge um die mögliche Entstehung einer Gas-OPEP: Im Januar beschlossen die russische Gasprom, von der die EU 28 Prozent ihrer Gasimporte bezieht, und die algerische Sonatrach, die 12 Prozent der Importe liefert, eine enge Zusammenarbeit bei der Förderung und Vermarktung von Erdgas. In diesen Kontext gehört auch der Besuch des iranischen Präsidenten Ahmadinedjad in Algerien Anfang August 2007, bei dem die Zusammenarbeit im Energiebereich (Iran ist der drittgrößte Erdgasproduzent) und im Bereich der Nukleartechnologie im Vordergrund stand (mit Hilfe der USA baut Algerien derzeit Atomanlagen auf).²⁹

21 So wurden 2006 auch Äquatorial-Guinea und Sudan in das IMET-Programm der USA aufgenommen. Siehe Volman, a. a. O., S. 19.

22 Volman, a. a. O., S. 18-21.

23 In Reaktion auf die iranische Revolution hatte der damalige US-Präsident Jimmy Carter am 23. Januar 1980 vor dem Kongress erklärt: »Jeder Versuch einer fremden Macht, die Kontrolle über die Region am Persischen Golf zu erlangen, wird als Angriff auf die lebenswichtigen Interessen der Vereinigten Staaten angesehen. Jeglicher Angriff dieser Art wird mit allen Mitteln zurückgeschlagen werden, auch mit militärischen.« Mit der Gründung von CENTCOM wurde die Doktrin militärisch untermauert.

24 Volman, a. a. O. S. 18.

25 FAZ 24. April 2007.

26 So berichtete die FAZ am 20. Januar 1993, S. 3, also während der mit großem Medienaufwand durchgeführten Operation »Restore Hope«, dass laut einer Studie der Weltbank von 1991 Somalia an erster Stelle jener acht afrikanischen Staaten liegt, in denen Ölvorkommen vermutet werden. Schon zu Zeiten des Diktators Siad Barre waren die US-Firmen Conoco, Chevron, Amoco, Phillips prospektierend in Somalia tätig. Vgl. auch die Sendung NDR-Zeitgeschehen vom 18. November 1993 und Der Spiegel Nr. 9 vom 28. Februar 2005, S. 119.

27 Die EU-Kommission hat im Juni 2007 Algerien eine »strategische Partnerschaft«

im Bereich der Energielieferung vorgeschlagen (Liberté, 19. Juni 2007).

28 Wirtschaftsminister Glos besuchte während der deutschen Ratspräsidentschaft im Februar 2007 Algerien an der Spitze einer hochrangigen Wirtschaftsdelegation mit Vertretern von Siemens, MAN, Wintershall etc. Auch die Einladung des algerischen Staatpräsidenten zum G-8-Gipfel nach Heiligendamm gehört in diesen Kontext, ebenso wie die deklaratorische Aufmerksamkeit, die Afrika auf dem Gipfel zuteil wurde oder die Fürsorge des derzeitigen Bundespräsidenten Horst Köhler für den Schwarzen Kontinent. Vor allem aber der Besuch von Kanzlerin Merkel am 16. und 17. Juli dieses Jahres stand ganz im Zeichen der Sicherung der Energiezufuhr.

29 El Watan, 6. August 2007.

30 Wolf Kinzel, Sascha Lange: Afrika im Fadenkreuz der USA?, SWP-Aktuell 17, Berlin, März 2007, S. 4.

31 Institute for Security Studies: European Defence. A Proposal for a White Paper, Paris 2004.

32 A. a. O., S. 32: Jenseits des Hinweises auf die Völkerrechtswidrigkeit der National Security Strategy und der dort geforderten Präventivkriegsstrategie wird der Bruch der USA mit dem bisher geltenden Multilateralismus kritisiert: »Die NATO, das Rückgrat der transatlantischen Partnerschaft, verkommt zu einem Werkzeugkasten für die amerikanische Tagesordnung, der sich die Alliierten unterzuordnen haben oder aber das Risiko eingehen, ignoriert zu werden.«

Klassisches Standbein der französischen Afrikapolitik sind dagegen die ehemaligen Kolonien in West- und Zentralafrika, wo Frankreich mit nahezu der Gesamtheit der Regierungen Militärabkommen geschlossen und Truppen stationiert hat, die oft genug »stabilisierend« in innenpolitischen Wirren eingegriffen haben. Die US-Expansion in Afrika wird in Paris auch als Bedrohung seiner (und der europäischen) Einflussphäre empfunden. So haben die Auseinandersetzungen in Tschad dazu geführt, dass die EU inzwischen mit einer UN-mandatierten Militärintervention (3 000 Soldaten) im Tschad präsent ist, wobei es vor allem um den Schutz französischer Interessen vor dem massiven Vordringen der USA und um die Sicherung der Pipeline geht, über die das tschadische Öl durch die ehemalige französische Kolonie Kamerun zum Golf von Guinea transportiert wird.

Auch die dem deutschen Bundeskanzleramt zuarbeitende Stiftung Wissenschaft und Politik stellt fest: »Verstärkte Anstrengungen im Rahmen der Terrorbekämpfung sind wohl nicht der Hauptgrund für die Einrichtung des AFRICOM. Vielmehr scheinen die Sorgen um die künftige Energieversorgungssicherheit und die Einschätzungen der Rolle Afrikas in diesem Kontext das wesentliche Motiv zu sein. (...) Andererseits könnte ein starkes amerikanisches Handlungsinteresse auch zu einer ausgeprägteren Orientierung der NATO auf diese Region führen, die wiederum in Konkurrenz zur Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) und zum EU-Battle-Groups-Konzept treten könnte. Damit ist nicht nur die Frage nach der Haltung anderer europäischer Staaten wie Frankreich aufgeworfen, sondern auch die Frage nach der deutschen Position in einem derartigen Konkurrenzverhältnis.«³⁰

Africom ist also der Versuch, in einer sich verschärfenden Rivalität unter den Großmächten mit militärischen Mitteln Energiesicherung zu betreiben. Nicht nur China, auch die EU positioniert sich: Im (vorläufig gescheiterten) Verfassungsentwurf wird der ESVP ein hoher Stellenwert zugewiesen und eine kontinuierliche Aufrüstung gefordert, das EU-eigene Pariser *Institut für Sicherheitsstudien* hatte im Mai 2004 den Entwurf eines europäischen Verteidigungs-Weißbuchs³¹ präsentiert, das nicht nur scharfe Kritik an der US-Außenpolitik übte,³² sondern daraus auch die Notwendigkeit selbständiger – im Extremfall militärischer – Handlungs- und Interventionsfähigkeit ableitete. Als konkrete mögliche Bedrohung nennt der Entwurf des Weißbuchs »die direkte Bedrohung des Wachstums und der Sicherheit Europas etwa in Form der Unterbrechung der Ölversorgung und/oder massiver Steigerung der Kosten der Energieversorgung.«³³ Wie auch immer: Die Rivalitäten, die aus dem Kampf um die Energiesicherung resultieren, machen die Welt nicht sicherer, sie stellen auch – allmählich – alte Allianzen in Frage.

3. Die terroristische Bedrohung

Der »Krieg gegen den Terror«, an dem sich vor allem im Rahmen der Operation *Enduring Freedom* in Afghanistan und am Horn von Afrika auch europäische Staaten beteiligen, bedarf der Akzeptanz. Mittels manipulierter Informationen wird die Öffentlichkeit auf das Konfliktverhalten der Regierungen eingestimmt.³⁴ Dies hat durchaus Tradition: So manipulierte Bismarck ein Fernschreiben Napo-

leons III. (»Emser Depesche«), um 1870 den Krieg zwischen Deutschland und Frankreich zu entfesseln. Zu den in jüngster Zeit bekannt gewordenen kriegsrelevanten Manipulationen gehören:

- Eine von einer PR-Firma inszenierte Show vor dem US-Kongress bewirkte, dass dieser 1991 Präsident George Bush freie Hand für den Krieg gegen den Irak gab: Eine Augenzeugin, die sich als kuwaitische Krankenschwester vorstellte, in Wirklichkeit aber die Tochter des damaligen kuwaitischen Botschafters in den USA war, erzählte unter Tränen, wie die irakische Soldateska in Kuwait Neugeborene aus ihren Brutkästen geworfen hätten.

- Das »Massaker von Racak«, das Auslöser des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges gegen Jugoslawien wurde, entpuppte sich später als Inszenierung.³⁵

- Der vom damaligen deutschen Verteidigungsminister Rudolph Scharping präsentierte »Hufeisenplan«, der angeblich die geplante Vertreibung der albanischstämmigen Bevölkerung des Kosovo vorsah, wurde relativ schnell als vom Minister bestellte und von den Geheimdiensten lausig zusammengestellte Vorlage entlarvt.

- Der amerikanische Diplomat Joseph Wilson, der »Beweise« über die Lieferung von Uran aus Niger an den irakischen Diktator Saddam Hussein liefern sollte, diese aber nicht finden konnte, wurde »bestraft« durch eine aus dem Umfeld von Vizepräsident Cheney stammende gezielte Enthüllung, dass seine Frau, Valerie Plame, CIA-Agentin war. Immerhin wurde Lewis Libby, Mitglied des *Project for a New American Century* (PNAC) und Berater Cheneys wegen der Indiskretionen vor Gericht gestellt und wegen Meineids verurteilt.

- Die Notwendigkeit des Krieges gegen den Irak wurde vom damaligen US-Außenminister Powell vor dem UN-Sicherheitsrat mit von der CIA auf Anforderung produziertem »Beweismaterial« – Fotos eingeschlossen – begründet, obwohl auch Powell wusste, dass das Material konstruiert war. Es reichte aber aus, in den USA die Akzeptanz eines notwendigen Krieges zu erzeugen.

Dies sind nur die Spitzen eines gigantischen Eisbergs von gezielten Desinformationen, die bekannt und widerlegt wurden. Nur in ganz wenigen Fällen dürfte es gelingen, die notwendigen Fakten zusammenzutragen, um solche Konstrukte zu demontieren, die oft Grund für Entscheidungen über Krieg und Frieden sind. Umso erstaunlicher ist die Kurzlebigkeit des öffentlichen Gedächtnisses, wenn es wieder und wieder mit bedrohlichen »Erkenntnissen« konfrontiert wird

In keinem Bereich ist die Quellenlage dubioser und unüberprüfbarer als gerade in der Frage des »internationalen Terrorismus«. Dies liegt sicherlich zum Teil in der »Natur« der Sache: Wer – außer den Geheimdiensten – verfügt schon über Wissen über diese Organisationen, ihre Strukturen und Absichten. Doch wie sicher und verlässlich sind diese Informationen, bei denen bei genauerem Hinsehen auffällt, dass sie, wo auch immer sie erscheinen, in verblüffender Weise zum Teil wörtlich identisch sind.³⁶ Dies legt die Annahme nahe, dass diese Berichte wieder und wieder ungeprüft reproduziert werden, wodurch offenbar ihre Glaubwürdigkeit nicht leidet, sondern in paradoxer Weise verstärkt wird.

33 A. a. O. S. 83 ff.

34 Siehe exemplarisch: Jörg Becker, Mira Beham: Operation Balkan: Werbung für Tod und Krieg; in: Wissenschaft und Frieden, Heft 3 (2007), S. 14-17.

35 Heinz Loquai: Der Kosovo-Konflikt – Wege in einen vermeidbaren Krieg, Baden-Baden 2000, hier insbes. S. 45-51.

36 Dies ergaben umfangreiche Recherchen zur algerischen »Salafistische Gruppe für Predigt und Kampf« (GSPC): So finden sich gleich lautende Informationen über diese GSPC in den algerischen Medien, in groß aufgemachten Reportagen US-amerikanischer Zeitungen (exemplarisch der lange, in Western-Manier aufgemachte Bericht in der Village Voice vom 31. Januar 2006 (<http://www.villagevoice.com/news/0605,khatchadourian,Prozent2071993,6.html> abgerufen 20. März 2007), bis hin zu Berichten des Innenministeriums von Nordrhein-Westfalen: <http://www.im.nrw.de/sch/571.htm>, abgerufen 20. Aug. 2007.

37 <http://www.state.gov/s/ct/rls/crt/2006/82728.htm>, abgerufen 24. Aug. 2007.

38 Den Schutz der »ungeschützten Küsten« hat seit 2002 die Operation *Enduring Freedom* übernommen, an der auch die deutsche Bundesmarine beteiligt ist. Über etwaige Erfolge in der Terroristen-suche oder -bekämpfung dieser Einheiten hat es bisher keinerlei Meldungen gegeben.

39 <http://www.state.gov/s/ct/rls/crt/2006/82728.htm>, abgerufen 24. Aug. 2007.

40 Inzwischen haben sich die Hinweise mehr als verdichtet, dass viele dieser Gruppen vom algerischen militärischen Sicherheitsdienst teils unterwandert waren, teils gesteuert wurden (vgl. u. a. Lounis Aggoun, Jean-Baptiste Rivoire: *Françalgérie. Crimes et mensonges d'États*, Paris 2004; Salima Mellah: *GIA: 10 Jahre im Dienste der algerischen Sécurité militaire?* in: *INAMO*, Nr. 34 (2003), S. 53-54. Die GIA terrorisierten die Zivilbevölkerung, kämpften aber vor allem gegen den bewaffneten Arm der Islamischen Heilfront (FIS), die Armee des Islamischen Heils. Die FIS hätte haushoch die ersten freien Wahlen in Algerien gewonnen, wären diese nicht durch einen Militärputsch am 11. Januar 1992 beendet worden.

Wundersamerweise deckt sich die Terrorismus-Gefahr geografisch mit den Lagerstätten von Kohlenwasserstoffen (und Uran): Der jüngste *Country Report on Terrorism* des US State Department listet in seinem Kapitel 5 die »sicheren Häfen« des Terrorismus auf. In Afrika sind dies Somalia und der transsaharische Raum.³⁷ Die Angaben im vorliegenden Dokument sind äußerst vage und basieren ausschließlich auf geheimdienstlichen Quellen, so dass sie in keiner Weise nachprüfbar sind. Für Somalia stellt der am 30. April 2007 veröffentlichte Bericht fest: »Eine geringe Zahl von al-Qaida-Operationen fand einen sicheren Hafen in Ostafrika, insbesondere in Somalia, wo sie weiterhin eine ernsthafte Bedrohung amerikanischer und alliierter Interessen in der Region darstellen. Obwohl diese Elemente zu Jahresende in der Folge militärischer Aktionen der äthiopischen und der somalischen Übergangsregierung (mit massiver Luft- und Bodenunterstützung der USA – W. R.) ernsthaft zerschlagen wurden, operierte AQ weiterhin in Somalia und anderswo. Somalia gibt Grund zur Sorge aufgrund seiner langen und ungeschützten Küsten, seiner durchlässigen Grenzen, seiner andauernden politischen Instabilität und seiner Nähe zur Arabischen Halbinsel, die zusammengenommen Möglichkeiten für den Transit von Terroristen und/oder sichere Häfen bieten. Diese »virtuellen« Häfen sind in hohem Maße mobil, schwierig zu verfolgen und zu kontrollieren und befinden sich nicht in einem besonderen Staat.«³⁸

Der transsaharische Raum nimmt im Bericht ein wenig mehr Raum ein. Ursache allen Übels ist dort die algerische GSPC, die – wie aus algerischen Geheimdienstquellen berichtet – »sich im September (2006 W. R.) offiziell al-Qaida anschloss und seither in »al Qaida im Islamischen Maghreb (AQIM)« umbenannte. AQIM/GSPC operiert weiterhin im transsaharischen Raum, indem sie die schwer kontrollierbaren Grenzen zwischen Mali, Mauretanien, Niger, Algerien und Tschad überschreitet, um Extremisten in der Region zu rekrutieren für Operationen in diesem Raum, möglicherweise auch für Operationen außerhalb dieses Raumes. Die neue Allianz mit Al Qaida hat ihr möglicherweise Zugang zu mehr Ressourcen und Ausbildung verschafft.«³⁹

Wo auch immer vom Terrorismus im saharischen Raum die Rede ist, beginnt diese mit der ominösen *Salafistischen Gruppe für Predigt und Kampf* (GSPC), die sich 1997/1998 von den algerischen terroristischen *Bewaffneten Islamischen Gruppen* (GIA) abgespalten haben soll. Letztere stellten zu diesem Zeitpunkt ihre Aktivitäten ein.⁴⁰ Internationale Aufmerksamkeit erreichte die GSPC durch die sechs Monate dauernde Entführung von 32 europäischen – vor allem deutschen und österreichischen – Touristen im Februar und März 2003 in der algerischen Sahara. Diese GSPC trat ursprünglich in der Kabylei, einem Gebirge rund 150 km westlich von Algier in Erscheinung. Nun aber tauchte sie plötzlich über 2 000 km weiter südlich in einem von den Tuareg kontrollierten Gebiet auf. Bereits die Entführung selbst, wie vor allem auch die Informationspolitik der algerischen Regierung warfen mehr Fragen auf als die Behörden beantworteten.⁴¹ So gab es offensichtlich enge und gute Kontakte zwischen den Entführern und der algerischen Armee vor Ort; den notwendigen Treibstoff konnten die Entführer in den erforderlichen

Mengen für die weiten Strecken nach Mali, Niger und zurück in den Süden Algeriens nur in den Stützpunkten der Armee erhalten; trotz hoch moderner, von den USA gelieferter Nachtsichtgeräte konnten bis zu 5 000 eingesetzte Soldaten die Konvois der Entführer und ihrer Opfer in einem über hunderte von Kilometern topfebenen Gelände ohne Baum und Strauch nicht orten; die Regierung in Algier verhinderte deutsche Versuche, die GSG 9, das KSK oder Beobachtungsdrohnen zum Einsatz zu bringen; den Entführern gelang es, binnen weniger Tage original-verpackte Ersatzteile, die für normale Menschen in Algerien nicht aufzutreiben sind, für drei beschädigte Fahrzeuge zu beschaffen; bei einer großen Schießerei anlässlich der »Befreiung« der Entführten schien es weder Tote noch ernsthaft Verletzte gegeben zu haben etc. etc.⁴²

Zentrale Figur der Entführung war Amari Saifi, genannt Abderrazak »El Para«, weil er in der algerischen Armee bis 1991 als Fallschirmjäger gedient hatte, dann aber »desertierte«.⁴³ Er wurde schließlich von einer Widerstandsgruppe der Tuareg im nördlichen Tschad sieben Monate lang festgehalten. Obwohl diese der algerischen Regierung mehrfach seine Auslieferung anboten, reagierte Algier nicht. Schließlich wurde er an Libyen überstellt und von dort am 27. Oktober 2004 nach Algier überstellt. Dort wurde er dann – in Abwesenheit! – zu einer lebenslänglichen Gefängnisstrafe verurteilt. In einem zweiten Prozess am 18. März 2007, der ebenfalls ohne den Angeklagten stattfand, wurde die Verhandlung auf Antrag des Staatsanwalts binnen weniger Minuten vertagt, da das Verfahren gegen den Angeklagten »in Abwesenheit« zuvor abgeschlossen werden müsse, bevor gegen ihn verhandelt werden könne.⁴⁴

Schließlich: Niemals haben die Entführer sich mit Forderungen zu Wort gemeldet, noch haben sie politische Erklärungen abgegeben – ein für »Terroristen« völlig untypisches Verhalten. Dagegen halten sich vor allem in der algerischen Presse Gerüchte, wonach allein die Bundesrepublik Deutschland 5 Millionen € Lösegeld bezahlt haben soll.⁴⁵ So stellt sich die Frage, ob es sich hier um eine »normale« kriminelle Aktion von Banditen handelte, die in der Sahara den Auto-, Waffen-, Zigaretten- und Menschenschmuggel organisieren, hier aber unter dem Schutz des algerischen Geheimdienstes agierten, um in spektakulärer Weise die Präsenz von »Terroristen« in der Sahara unter Beweis zu stellen. Ähnlich dubios wie diese Entführung bleibt ein »terroristischer« Überfall auf einen Außenposten der mauretischen Armee unmittelbar vor dem Manöver »Flintlock« 2005,⁴⁶ an dem, in Vorbereitung von Africom, nahezu alle Anrainer-Staaten des Sahel teilnahmen.

Zu fragen bleibt auch, weshalb die westlichen Dienste, die die trüben Quellen kennen müssen, aus denen solche Informationen stammen, ungerührt die Geschichte dieser seltsamen GSPC reproduzieren, ohne die Glaubwürdigkeitslücken zu klären; weshalb, von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, die Medien solch dubiose Informationen ungeprüft übernehmen und damit einen Beitrag leisten zur Desinformation im allgemeinen und zur Rechtfertigung der Militarisierung von Außenpolitik im besonderen.

41 Salima Mellah, Werner Ruf: Entführungen in der Sahara: Fragen und Hypothesen, in: Algeria-Watch, 2. Juni 2003 (http://www.algeria-watch.org/de/artikel/touristen/mellah_ruf.htm).

42 Eine sehr gründliche Untersuchung der Vorgänge liefert der britische Sozialanthropologe Jeremy Keenan: Waging War on Terror: The Implications of America's »New Imperialism« for Saharan Peoples, in: Journal of North African Studies, Bd. 10, Nr. 3-4/2005, S. 619-647. Sehr aufschlussreich ist auch ein Rundfunkfeature, das sich vor allem auf Aussagen der Entführten stützt: Bettina Rühl: Treibsand. DLF, 13. Februar 2007. Ähnlich und sehr informativ auch der Fernsehfilm von Susanne Sterzenbach: Entführung in der Sahara, der am 20. August 2007 von Phoenix übertragen wurde, und in Kurzfassung am 4. Juli 2007 in der Reihe »Auslandsreporter« der ARD gezeigt wurde.

43 Es wird behauptet, dass er bis 1998 auf der Gehaltsliste der Armee stand. <http://esperial2003.blogspot.com/search?q=El+Para>, abgerufen 10. Mai 2007.

44 El Watan, 19. März 2007.

45 Die Welt spekulierte am 8. Juli 2003 darüber, dass Deutschland, die Schweiz und die Niederlande zusammen 15 bis 20 Millionen € Lösegeld bezahlt hätten.

46 Siehe den für verschiedene Menschenrechtsorganisationen, darunter die OMDH verfassten Bericht: Diagana, Ould Maroini, Ould Yessa: Impasse politique et

réflexes sécuritaires en Mauritanie. Comment fabriquer du terrorisme utile. Paris, Juli 2005.

47 Helgard Schulze-Ritter: Von der OAU zur AU: Chancen für mehr Sicherheit in Afrika? Magisterarbeit im Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Universität Kassel, Sommer 2007.

4. Fazit

Die Militarisierung nun auch noch des Schwarzen Kontinents macht die Welt nicht sicherer, ganz im Gegenteil: Während die Afrikanische Union große und konstruktive Anstrengungen unternimmt, innerafrikanische Konflikte selbst zu lösen,⁴⁷ machen die Großmächte den Kontinent zu ihrem Aufmarschgebiet, denn der Aufbau der US-Militärpräsenz wird auch die anderen Akteure – allen voran die EU, aber auch China – dazu veranlassen, ihre Militärpräsenz zu erhöhen oder auszubauen. Der »internationale Terrorismus« dient dabei als Vorwand, und sei dieser noch so fadenscheinig. Vorher zu sehen ist, dass die wachsende Präsenz ausländischer Truppen das von den Afrikanern mühsam und meist nur bruchstückhaft errungene Selbstbestimmungsrecht überall dort mit Füßen treten wird, wo die Großmächte die von ihnen definierten Interessen in Gefahr sehen. Solch neuer Kolonialismus im Gewande der Terrorismusbekämpfung wird Widerstand wecken und genau jenen »Terrorismus« produzieren, den zu bekämpfen Africom & Co. ausgezogen sind. Deshalb darf auch bezweifelt werden, dass diese Strategie langfristig ihren eigentlichen Zweck, die Sicherung der Rohstoffzufuhr, erreichen wird.

STEFAN AMZOLL

Die Apokalypse ist eine Revolution im Ganzen

Interview mit Eugen Drewermann
über frühe und heutige Apokalypsen

»Und ich sah: Als es das sechste Siegel auftrat, da ward ein großes Erdbeben, und die Sonne ward finster wie ein schwarzer Sack, und der ganze Mond ward wie Blut, und die Sterne des Himmels fielen auf die Erde, wie ein Feigenbaum seine Feigen abwirft, wenn er von starkem Wind bewegt wird. Und der Himmel entwich wie eine Schriftrolle, die zusammengerollt wird, und alle Berge und Inseln wurden weg bewegt von ihrem Ort.« (Johannes, 6, 12-14)

Da geht ein Ganzes radikal in die Luft. Apokalypse als ein Zeichen, eine Vorstellung, eine Vision für das bevorstehende Ende der Welt, woher kommt das? Wo liegen die Wurzeln?

EUGEN DREWERMANN: Alle Apokalyptik ist gebunden an die Angst und in gewissem Sinne sogar an den Wunsch, daß die uns bekannte Welt vernichtet werden möge. Und man stellt sich umgekehrt zu den Schöpfungsmythen vor, wie alles das zurückgenommen wird, was uns umgibt und wovon wir leben. Weltuntergangsfantasien sind Grenzerfahrungen. Man kann und man will in der uns bekannten Welt nicht länger existieren. Es ist zu qualvoll geworden, was an Lebensbedingungen uns entgegentritt.

Gebundensein können diese Erfahrungen an das Leben eines einzelnen. Viele Menschen wünschen, von bösen Traumata verfolgt, alles möge hin werden.

EUGEN DREWERMANN: In psychotischen Erfahrungen, der Schizophrenie z. B., können diese Weltuntergangsfantasien auftauchen. Menschen glauben sich vollkommen isoliert, auf Eisschollen durch das All treibend, unter ihnen eine Welt, die immer mehr vergeht, der sie gerade noch entronnen sind. Beides ist darin gelegen. Man fühlt sich mit allem, was man erlebt hat, buchstäblich am Ende. Man kehrt aber die Betrachtung jetzt um, und man stellt sich auf die Seite einer Macht, die diese Welt zu Grunde richtet.

Der Einzelne erträgt diese irdische Welt nicht mehr und ersehnt eine andere, oft radikal andere. Fantasiert wurde das offenbar sehr früh.

EUGEN DREWERMANN: Im Erleben ganzer Völker können solche Erfahrungen auftauchen. Als im 1. Jahrhundert der jüdische Staat unter der Macht der Römer zu Grunde geht, verbindet man im Jahr 70 den Untergang Jerusalems unmittelbar mit dem Untergang der ganzen Welt. Im 13. Kapitel des Markusevangeliums wird in einem apokalyptisches Flugblatt die Zerstörung der heiligen Stadt Jerusa-

Stefan Amzoll – Jg. 1943; studierte Theater- und Musikwissenschaft an der Humboldt-Universität Berlin, war Musikredakteur und Redaktionsleiter im Rundfunk der DDR. Seit 1992 als freier Publizist tätig. Zuletzt in UTOPIE kreativ Gespräch mit Gerd Rienäcker »Sie schrien abermals ›Kreuziget ihn!‹«, Heft 129/130 (Juli/August 2001).

Eugen Drewermann – Jg. 1940, Theologe, Psychoanalytiker und Schriftsteller; bekannter Kirchenkritiker.

lems verbunden mit dem Untergang der ganzen Welt. Man dehnt die eigene subjektzentrierte Angstperspektive aus zur Deutung eines totalen Geschehens. »Untergang der Welt« müßte man in dem Sinne in Anführungsstriche setzen, es ist meine Welt, es ist unsere Welt, die da vergeht.

Eine andere haben wir nie kennengelernt, und können sie uns auch nicht oder schwer vorstellen.

EUGEN DREWERMANN: Es geht um diese eine Welt in den apokalyptischen Fantasien oder Alpträumen, aber nicht um den Untergang der objektiven, physikalischen Welt. Alles, was da herangezogen wird, Mond und Sterne, die vom Himmel fallen, Verfinsterung der Sonne, das Rauschen des Meeres, alles das sind Projektionsbilder, die wir in die Seele zurückverlagern müßten, um sie richtig zu begreifen. Was den Menschen zur Orientierung gedient hat, was ihnen Hoffnung gab im Dunkeln, was sie aufschauen ließ zu ihren Idealen, alles scheint jetzt zerstört, nichts von alledem bietet mehr irgend einen Halt, im Gegenteil, es fällt zerstörerisch auf diejenigen, die einmal daran geglaubt haben, zurück. Und die Zeit rückt nahe.

Was kann man tun in solchen Augenblicken?

EUGEN DREWERMANN: Die nordamerikanischen Indianer, als die Weißen sie immer mehr zurückdrängten, erfanden den Geistertanz. Man träumte sich in eine Welt hinein, die über die Apokalypse hinaus denkt. Eines Tages würden die Büffelherden zurückkehren, würden die Väter die Erde wieder fruchtbar machen, würden die Weißen zurückgedrängt werden. Man glaubt am Ende an einen Neuanfang, der nur all das verleugnet, was an Bitterkeit jetzt existiert. In der Edda haben wir diese Vorstellung, in der Völuspa, der Seherin Gesicht. Da ist ein Zustand beschrieben, wo Kain und Abel sich als Grundverhalten zwischen allen Menschen ausdehnen: Schwertzeit, Beilzeit, Wolfszeit. Niemand will den andern schonen. Es ist eine Zeit rasender Mitleidlosigkeit, permanenter Kriege und Blutrache. Das alles kann sich nur zu Ende, in riesigen geschichtlichen Konvulsionen durchtragen, bis zur Selbstvernichtung. Aber dann wird es wieder sein, daß eine neue Welt entsteht.

Völuspa (isl. – Weissagung der Seherin) gilt als das bedeutendste Gedicht des nordischen Mittelalters. Es entstand um das Jahr 1000. Die Red.

Der große Luther sah in der Belagerung Wiens 1529 ein Zeichen für den Untergang der Welt, der in der Offenbarung des Johannes angekündigt wird. Da klafft eine weite Perspektive.

EUGEN DREWERMANN: Im Grunde sind die apokalyptischen Szenarien Wiedergeburtfantasien, die sich ins Universelle ausdehnen. Da ist ein totaler Untergang, um einem totalen Neuanfang Platz zu machen. Es gibt keine Kontinuität mehr zwischen den beiden Welten. Das ist das Entscheidende. Das Gefühl ist, daß erstmal alles vernichtet werden muß, damit alles neu beginnt. Selbst die revolutionären Geschichtstheorien sind immer noch geschichtsimmanent, denken daran, daß man durch einen vollkommenen lokalen, politisch begrenzten Umsturz alles, aber innerhalb eines bestimmten Rahmens, verändern könnte.

Die Apokalypse, sagen Sie, sei eine Revolution im Ganzen.

EUGEN DREWERMANN: Ja. Keine Anknüpfung, keine Kohärenz, keine Kontinuität, sondern Abbruch, Zäsur und Neubeginn. Deswegen ist logischerweise die Apokalypse verlagert in eine absolute Macht, die beides entscheiden kann, die total vernichten kann und die total von neuem schaffen kann. Das ist allemal die Macht des Göttlichen.

Das ist ja offensichtlich nie eingetreten, was da gedacht worden ist, daß alles weggeht und etwas völlig Neues entsteht? Die Grenzerfahrung wurde nie eingelöst.

EUGEN DREWERMANN: Bezogen auf den Kosmos ist das alles natürlich bis jetzt nicht eingetreten, es hat aber auch damit nichts zu tun. Wenn unsere Astronomen erklären, daß das Zentralgestirn, die Sonne, eigentlich sich nicht verfinstern wird als erstes, sondern sich riesig ausdehnen wird, selbst bis zur Bahn der Erde, eine Form annimmt in dem, was man einen roten Riesen nennt, und alles Leben vernichtet, zum Kochen bringt, ganz buchstäblich, auf der Erde, bis es dann kollabiert und zu einem weißen Zwerg sich zusammenzieht, dann hat man die Beschreibung von Vorgängen, die bis etwa 4-5 Milliarden Jahren zu konzipieren sind. Dann ist unser Sonnensystem am Ende. Aber ja nicht die Welt. Das ist ein lokales Ereignis irgendwo am Rande einer Galaxie, von der es Tausende von Milliarden gibt.

Der Kosmos ist gigantisch groß und der Untergang unseres Planetensystems in einiger kosmischer Entfernung gar nicht mehr beobachtbar.

Eugen Drewermann: Ja, aber das alles ist in den apokalyptischen Texten nicht gemeint, sondern es ist symbolisch projektiv zu verstehen, als Beschreibung von etwas, das in der Seele von Menschen und in ihren geschichtlichen Erfahrungen sich abspielt. Paradoxiertweise müssen wir sagen: Die Apokalypse ist die rechte Deutung für das Leben jedes einzelnen. Unser eigenes, ganz persönliches Leben geht ganz sicher entweder heute Nacht schon oder morgen früh oder spätestens in ein paar Jahrzehnten zu Ende, und das tut es gründlich und absolut.

Die Frage ist, gibt es danach einen Neuanfang?

EUGEN DREWERMANN: Eine Deutung der Hoffnung, die jeder einzelne hat, wenn er sein Leben auswirft auf eine anderes Leben, das ist im Grunde die Apokalypse. Man hat von Platon her die Konzeption einer unsterblichen Seele in das Christentum hineingelegt. Sie ist aber nicht jüdisch, und sie wurde nicht geteilt von dem Mann aus Nazareth. Jesus glaubte nicht daran, daß in uns eine Substanz sei, die sich durchhält durch den Tod. Wir sterben ganz, mit Leib und Seele. Die Hoffnung Jesu, die Hoffnung des Christlichen, sollte sein, daß wir eingeschrieben sind in Gottes Hand mit unsern Namen, mit unserem Wesen, und daß Gott uns ein zweites Mal neu schafft. Die Kontinuität liegt deshalb nicht in etwas, das sich durchhalten würde in uns. Es liegt einzig in der Macht, die über beides entscheidet, über Tod wie Leben, und der wir vertrauen, daß sie unser Leben

nicht nur einmal gemocht hat, sondern auch ewig will. Gott ist die Kontinuität. So in der Apokalypse, bezogen auf die ganze Welt, so im Leben jedes einzelnen, wenn eine Hoffnung jenseits des Todes überhaupt Grund haben soll.

Sie kennen Hironymus Boschs Höllendarstellungen, das sind schreckliche Bilder. Haben Sie genauer untersucht, was da gemalt worden ist?

EUGEN DREWERMANN: Ich hab, glaube ich, acht Stunden vor Hironymus Boschs Bild »Die Versuchung des heiligen Antonius« gesehen, um jedes Detail wirklich zu verstehen, weil die Reproduktionen allenfalls in Vergrößerungen sichtbar machen, was man da präsentiert bekommt. Es ist so ungeheuer. Die »Versuchung des heiligen Antonius« zeigt uns 1500 Jahre nach Christus eine Welt, in der Jesus im Mittelpunkt steht, aber buchstäblich keinen Einfluß hat auf den Gang der Dinge. Er steht da in einer Kirchengrabmalruine wie vollkommen verloren. Der Aufstieg dahin ist so steil, daß gar kein Zugang sein soll. Darum spukt alles mögliche, eine verlorne Kirche, die nur noch ihre eigenen Texte für sich selber rhapsodiert. Wollust und Wahnsinn in jeder Form, Gewalt und der Aufstieg von dämonischen Kräften von allen Seiten her, bis zum Kampf in den Lüften.

Man könnte glauben, daß die wahnsinnigen Bombardements in der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts und zu Beginn des 21. Jahrhunderts, Luftschiffe, die Vernichtung transportieren, in diesen Bildern vorweggeahnt worden wären.

EUGEN DREWERMANN: Alles, was Menschen an Schrecknissen ersinnen können, lebt in den Bildern des Hironymus Bosch. Sexualrepression, Sadismen, unterdrückte Triebbedürfnisse, die sich allmächtig erweisen und den Menschen zurückholen. Kleinste Inseln noch, Residuen, die Menschlichkeit zu bewahren scheinen, sind bedroht von ausbrechendem Feuer. Nichts von allem dem wird einen Bestand haben. Das lernt man von den Bildern des Hironymus Bosch im 16. Jahrhundert bereits, als die europäische Welt zerbricht und die Glaubenskriege das Herz des Menschen zu zerreißen anfangen. Man ringt um das Subjekt in dem Wissen all seiner Angst, all seines Wagemuts, den es kostet, ein Individuum zu sein, und dagegen steht die militarisierte Unfehlbarkeit Roms, gestützt vom Kaiser, im Niederbrennen jeder Freiheit, in der Terrorpraxis der Inquisition, die bis heute ja nicht wirklich bereut wird. Man will gesiegt haben, immer noch. Man hat den Status der göttlichen Repräsentation in Allmacht und Wahrhaftigkeit über die Menschen. Suchen, ehrliches Fragen, der Dialog untereinander – alles Makulatur. Hironymus Bosch hat das unglaublich klar gesehen.

Und jetzt ist die Frage: Man kann nur wünschen, daß diese verrückte Wahnsinnswelt möglichst rasch sich beendet?

EUGEN DREWERMANN: Das ist die apokalyptische Hoffnung paradoxerweise. Sie ist so irrsinnig und leiderfüllt, wie man 1943, wenn man recht bei Troste war, nicht darum betete, der Krieg möge kurz sein, indem die Nazis siegen, sondern es mögen die Schrecknisse,

die Bombardements auf Hamburg und Köln, auch Berlin, irgendwann eine Wirkung haben. Das ganze muß überhaupt erst zusammenbrechen, damit es wieder besser wird. Alle Hoffnung kehrt sich zunächst im Schmerz gegen sich selber, ist, wie wenn ein Mensch an Zahnschmerzen leidet, auf die Stelle, die am meisten wehtut, auch noch beißt. So ähnlich.

Diejenigen, die damals gewünscht haben, das Nazireich möge ausgelöscht werden, standen nach dem Krieg ziemlich einsam da.

EUGEN DREWERMANN: Dazu muß man sagen, daß die Fantasien von Himmel und Hölle einer Projektion nun fast perverser Gerechtigkeitshoffnungen entsprechen. Es sollen, die schon schlimm waren, auf die schlimmste Weise bestraft werden. Sie sollen den verdienten Lohn bekommen. Und das alles soll sich jetzt spalten, zwischen den verbliebenen 100 000 Gerechten und dem Rest der Welt. Das können Millionen sein, die in die Hölle stürzen. Das tatsächlich fantasiert das letzte Buch der Bibel, die sogenannte geheime Offenbarung. Es gibt bis heute im Christentum religiöse Gruppen, die das ganz wörtlich nehmen. 100 000 Auserwählte, nicht mehr, nicht weniger, die Zahl muß, wenn sie göttlich ist, erfüllt bleiben. Ich denke, daß die Bibel manchmal weiser ist, als sie sich selber gibt bzw. als man sie in absurder Weise »wörtlich« liest.

Eine solche Apokalypse wird im 1. Buch Moses schon beschrieben.

EUGEN DREWERMANN: Auf den Anfangsseiten, Kapitel 6,5 bis 8 in der Genesis, beschließt Gott, Remedur zu schaffen. Die Welt ekelt ihn an, wie die Menschen es treiben, und er will den Augiasstall leermisten, indem er ihn unter Wasser setzt. Die Sintflut bricht aus.

Remedur = Abhilfe,
die Red.

Bei Jesaja heißt es: »Und es wird Dreck statt Reinheit sein. Gestank statt Wohlgeruch, ein Strick statt eines Gürtels, eine Glatze statt lockigen Haars, statt des Prachtgewandes ein Sack, Brandmal statt Schönheit.«

EUGEN DREWERMANN: Das Antlitz der Welt soll rein gewaschen werden von diesem Krebsbefall Mensch. Aber es gibt kein Halten, kein Aufhören, wenn man anfängt, die Bösen auszumerzen, um einen Antiterrorkrieg weltweit auszurufen und dabei ständig die Bösen zu töten, damit die Guten überleben. Es ist ein Programm bis zu einem Endsieg, in dem nichts mehr da ist. Die Sintflut, die globale Vernichtung, ist das Ende eines solchen absurd gewordenen Gerechtigkeitswillens. Deshalb wird es für ein jenseitiges Leben keine andere Hoffnung geben, als für dieses Leben. Wir müssen lernen, das Böse zu überwinden durch Geduld, vor allem, indem wir seine Wurzeln verstehen. Menschen sind nicht einfach böse, sondern es gibt Gründe, die sie dahin bestimmen.

Ihre Verzeiflung macht die Menschen böse.

EUGEN DREWERMANN: So ist es, Angst und Verzweiflung, unterdrückte Hoffnungen, Ergebnislosigkeit bester Bemühungen, das Gefühl, minderwertig zu sein im Konkurrenzkampf gegen einen anderen, das ist der Hintergrund der Kain-und-Abel-Erzählung. Zu existieren und unberechtigtweise zu existieren, sich ständig recht-

fertigen zu müssen mit List und Leistung, die immer wieder verraten wird. In dieses Getriebe einer unheilvollen Seelenbefindlichkeit wird der Strahl der Hoffnung hineinkommen. Die Erlösungslehre des Christentums erzählt sich wirklich so: Jesus wollte gegen den Alptraum der Wirklichkeit uns bei der Hand nehmen und zurückführen in das Paradies des Vertrauens und der Menschlichkeit. Jesus dachte nicht als Apokalyptiker, und selbst die Gleichnisse der Hölle, die wir bei ihm finden, beschreiben im Grunde – vorgreifend die Bilder des Hironymus Bosch – nur eine Wirklichkeit, die uns darauf aufmerksam machen möchte, wie höllisch das ist, was wir für normal halten.

Die Hölle, sagen Sie, sei kein Jenseitszustand, sie sei die Diagnose des Gegenwärtigen, damit wir damit aufhören.

EUGEN DREWERMANN: Im Grunde gibt es nur eine Hoffnung der Versöhnung von allem, aber sie ist das Gegenstück zur apokalyptischen, dualistischen Weltauffassung: in der Zeit zerlegt, zwischen Hier und Jetzt ohne Kontinuität, und in Gut und Böse, ungetrennt, absolut einander gegenübergestellt. So ist es nicht menschlich, aber so ist es im Erleben von sehr viel Leid. Paradoxerweise ist die Apokalyptik eine Steigerung der biblischen Traditionen. Man versucht, dem Grauen standzuhalten, indem man es nicht psychologisch zu begreifen versucht, sondern sich sozusagen an die Seite Gottes begibt und mit seinen Augen den geschichtlichen Plan erklären zu können meint. Es gibt die Prophetie im alten Testament, die versucht, Gott in der eigenen Person zur Sprache zu bringen und die Geschichte zu deuten. Man stellt dabei die Diagnose des Unheilvollen und des Drohenden, das sich vorbereitet. Man tut das mit vollkommenem Ernst und absoluter Wucht, die zur Entscheidung aufruft. Bleibt es, wie es kommt, setzt der Prophet in Aussicht, daß es über die Menschen hereinbrechen wird wie eine göttliche Strafe, wie ein Gericht, das sie gerade noch verhindern könnten, aber wenn sie nicht wollen, es sich selber auf das Haupt ziehen.

Darin liegt noch ein Appell an die Entscheidungsmächtigkeit von Menschen, auch an die Freiheit.

EUGEN DREWERMANN: Ja, aber die Apokalyptik denkt im Grunde gerade an dieser Stelle vollkommen anders als die Prophetie: Es gibt keine Freiheit mehr, sondern es gibt einen Geschichtsplan Gottes, der abläuft wie ein Räderwerk.

Sie schrieben, die Befreiung der KZ Auschwitz und Dachau sei das dramatischste Beispiel für die Erlösung einer riesigen Masse zum Tode verurteilter Menschen. Warum das dramatischste Beispiel?

EUGEN DREWERMANN: Ich denke z. B. an den erschütternden Roman von Jurek Becker »Jakob der Lügner«. Es gibt eigentlich keine Hoffnung in dem Wissen, daß die Nazis nichts weiter wollen als die äußerste Ausbeutung von Menschen, die sie schließlich noch entschlossen sind zu töten, nur um ihre Restkörper zu verwerten. Es ist äußerster Zynismus, Menschen wie Schlachtvieh in den Händen ihrer Schergen. Und das bestimmt für Millionen von Menschen! Das hat es in der Geschichte der Menschheit noch nie gegeben. Es hat

die Sklaverei gegeben mit Millionen Opfern, aber man wollte die Menschen wie Arbeitstiere zumindest in Diensten halten. Dieser Zynismus, zu entscheiden, daß ganze Bevölkerungsgruppen aus rassistischen Motiven nicht verdienen zu leben, daß sie Schädlinge sind am Gesamtbestand der Welt, das ist eine Idee, die die Nazis singulär erfunden haben. Sie ist mir in keiner Parallele historisch zugänglich geworden.

In dem Roman von Jurek Becker beginnt ein Mensch die anderen zu trösten. Nicht, indem er eine Wahrheit hätte, sondern indem er vorgibt, Rundfunknachrichten hören zu können: Die Russen rücken näher.

EUGEN DREWERMANN: Und das ist die einzige Hoffnung: dieses ganze System, das man das »Dritte Reich« nennt oder das »Tausendjährige«, möchte bald zu Ende sein. Und erst, wenn das geschieht, die totale Vernichtung, wird das Leben wieder beginnen. Wohlgemerkt, das ist nicht die Apokalypse, das ist allenfalls eine Parallele, die innergeschichtlich etwas wiedergibt, das in der Bibel, im Judentum selbst bis ins Kosmische gedehnt als Verheißung ausgegeben wurde. Das Gefühl der Apokalypse ist nicht einmal so sehr moralisch geprägt, es ist das Gefühl, daß die Welt alt geworden ist. Damit die Maschinerie der Zeit sich drehen kann, muß sie immer wieder neu konstruiert werden.

Aber irgendwann ist auch das zu Ende.

EUGEN DREWERMANN: Ja, die Welt ist in der Vorstellung der Apokalyptik alt geworden wie ein Tuch, das man zulange als Kleid getragen hat. Und nun ist es zerschlissen, man kann es nicht mehr flicken, nicht mehr reparieren. Es ist zu Ende. Das geht nur, indem man etwas Neues an die Stelle setzt. Im 2. Kapitel bei Markus kann Jesus mal sagen, seine eigene Botschaft sei derart neu, daß man sie nicht als Flicker nehmen könnte, um sie auf das alte Tuch zu setzen. Ein neuer Tuchteil wird das alte Gewebe nur zerreißen können, weil er viel zu fest ist. So kann man nicht flicken. Die Botschaft Jesu ist in diesem Sinne innergeschichtlich von einer Dynamik, die die Apokalypse ersparen möchte, indem sie das Neue, den Anfang eines Vertrauens gegen die Angst des Lebens, aus Güte gegen die Gewalt, eines Vertrauens gegen die Allmacht des Todes setzen will wie einen Neuanfang. Dazwischen besteht ein Unterschied wie zwischen Leben und Tod, wie zwischen Haß und Liebe, wie zwischen Destruktion und Aufbau. Dazwischen ist existentiell im Grunde nur die Umkehr möglich. Auch keine Kontinuität von einem zum andern. Ein Entweder-Oder herrscht da.

Sie wenden solche Gedanken nicht selten auf die heutige Realität an, auf den globalen Kapitalismus etwa mit seinem Schema Produzieren – Vernichten, Produzieren – Vernichten, koste es was es wolle.

EUGEN DREWERMANN: Das Schlimme an dem Wirtschaftssystem, das wir seit 1989 haben, besteht darin, daß es keine immanenten Bremssysteme gibt. Der Kapitalismus ist dadurch definiert, daß ihm nichts weiter wichtig ist als Gewinnmaximierung, Profit, Rendite. Als Ausbeutung der Armen durch die Reichen. Ein System, das sich

nur erhalten kann, indem es wächst, ist – bezogen auf den Gesamtorganismus der Welt – so viel wie ein wucherndes Gewebe in unserem Körper, man nennt das Krebs. Das ist ein Zellgewebe, das sich nur erhält durch unkontrolliertes Wachstum. Und das ist natürlich zerstörerisch für alles, was es umgibt. Genauso drückt unser Wirtschaftssystem auf die immer enger werdenden Wände der Welt, und sie sind zerstörerisch.

Der CO₂-Ausstoß kommt ja nicht nur aus den Auspuffrohren der Autos, er kommt durch Brände der Urwälder, er kommt durch die Vernichtung der Resorbtionszentren der Welt, durch die das CO₂ aus der Atmosphäre wieder integriert werden könnte in Lebenskreisläufe.

EUGEN DREWERMANN: Ja, das geschieht seit über dreißig Jahren und wirklich mit ständigem Wachstum. In zehn, fünfzehn Jahren wird es die tropischen Regenwälder nicht mehr geben. Das war der Wahnsinn von Helmut Kohl: Man kann sie nicht nachforsten. Wie dumm muß man eigentlich sein, um Bundeskanzler zu sein, und die Katastrophe zu sehen und sie komplett durch Unwissenheit, erlaubtermaßen scheinbar, ignorieren zu können. Man kann im Sauerland vielleicht die Stangenwälder nachforsten. Aber der Amazonas-Urwald ist ein so komplexes Gebilde, das ist durch keine Macht der Welt wiederherzustellen. Wir haben nicht mal eine Ahnung, was wir da alles zerstören.

Jeden Tag 150 Tier- und Pflanzenarten. Da könnte man wirklich Apokalyptiker werden ...

EUGEN DREWERMANN: Man muß das ja nur weiter rechnen, man muß die Koeffizienten des Katastrophalen: Überbevölkerung, Umweltzerstörung, ständiges Wachstum im Energieverbrauch nur weiterrechnen, und man kommt irgendwann zu dem Punkt, an dem es nicht mehr weitergehen kann. Wir können mit technischen Mitteln das Ganze natürlich verschieben, wir werden es auch zu tun versuchen, aber am Gesamtbestand ändern wir nichts, wenn das Grundverhalten so bleibt.

Immer mehr Menschen bedeutet immer mehr Naturzerstörung.

EUGEN DREWERMANN: Wir haben 1995 in Kairo das letzte Mal die Chance ergriffen, so etwas international durchsetzen zu wollen wie Geburtenkontrollpolitik. Damals konnte ein winziger Staat, der Vatikan, zusammen mit persischen Ajatollas und amerikanischen Fundamentalisten aus dem Bibelgürtel genau dieses Programm stornieren. Seit zehn Jahren geht das so weiter, wie wir es haben. Wir müssen den Chinesen dankbar sein, daß sie bei 1,2 Milliarden Menschen mit aller Macht, die eine Diktatur besitzt, das Wachstum der Menschheit in ihrem eigenen Terrain vermindern. Das aber soll nicht sein, wenn wir den Konservativen weiter den Freibrief lassen. Ja, gewiß, immer mehr Menschen bedeutet immer mehr Naturzerstörung. Die Leute wollen nicht nur essen, sie wollen Häuser haben, sie brauchen eine Infrastruktur, Krankenhäuser, was Sie wollen. Mit allen Ansprüchen drücken wir auf eine Welt, die uns nicht mehr aushält.

Bibelgürtel: Gebiet in den USA mit überwiegend konservativer Wählerschaft, das von Texas im Südwesten bis Kansas im Nordwesten, Virginia im Nordosten und Florida im Südosten liegt, die Red.

Bekannt ist: wir könnten mit dem, was wir heute in der Überproduktion in Westeuropa und Nordamerika ausstoßen, durch ständige Subventionen protegieren, das Doppelte der Menschheit ernähren, 12 Milliarden statt 6 Milliarden. Was aber sagt die Realität?

EUGEN DREWERMANN: Wir haben seit 1965-2005 einen Anstieg von Hunger von ungefähr 400 Millionen Menschen auf 800 Millionen Menschen. D. h. wir haben die letzten 40 Jahre im Anbeginn und im Anblick der Katastrophe, die jeder kennen könnte, in keiner Weise genutzt, um irgend etwas wirksam dagegen zu tun. Im Gegenteil, wir haben dumme Sprüche gehalten, daß wir die Entwicklungshilfe steigern würden, von 0,3 Prozent auf 0,7 Prozent wollten wir versprechen – seit Adenauer tun wir das. Nicht mal die Hälfte davon haben wir je eingezahlt.

Wie soll eine Apokalypse vermeidbar sein, die wir uns ausrechnen können, und selbst deren Wissen menschliches Verhalten offensichtlich nicht korrigiert?

EUGEN DREWERMANN: Denkbar ist tatsächlich, daß die Apokalyptiker recht haben. Wenn unser Wirtschaftssystem ein Turbomotor ist in einem Auto, dem wir keine Bremse hinzufügen, sollte man eigentlich ein solches Fahrzeug beim TÜV nicht zu lassen, sondern man sollte es sofort von der Piste nehmen. Ein solches Auto kann eigentlich nur zum Halten kommen, wenn der Antrieb versagt, z. B. weil kein Brennstoff mehr vorhanden ist, oder durch den vollkommenen Clash. Letzteres wird das Wahrscheinliche. Wir werden erst innehalten, wenn es nicht mehr weitergeht.

Unzählige Namenlose sind zu Apokalyptikern geworden durch die Grauen des Krieges. Die Schrecken erregenden Otto-Dix-Bilder kündeten davon. Ludwig Meidner etwa hat in seiner »Apokalyptischen Landschaft« die Urkatastrophe des 1. Weltkriegs antizipiert. Diese Kriegserfahrung war so ungeheuerlich und tat so weh, daß Millionen sich diese Apokalypse durch Zerstörungen noch größeren Ausmaßes wegwünschten. Die ganze Welt sollte in die Luft gehen.

EUGEN DREWERMANN: Das alles verschlägt mir als erstes die Sprache, weil es kein Halten gibt. 1918 stand man einer Situation gegenüber, daß man im Ausstoß der schlimmsten Vernichtungsmittel, die die Industrienationen aufbieten konnten, 4 Jahre lang gemordet und gemordet hatte. Und am Ende waren es – man kann es nicht mal mehr auf Hunderttausende schätzen – 10 Millionen, 15 Millionen Menschen, denen man mit Panzerketten, Handgranaten, Artilleriebeschuß, Millionen von Granaten auf die Planquadrate, mit Giftgas, mit allem, was taugte – mit Typhus – jeder Art von Unheil in den Tod gedrängt hat. Nun hätte man auf Leute wie Stefan Zweig, Henri Barbusse, Romain Rolland, Albert Schweitzer, auf Leute wie Einstein und Freud hören und hören müssen. Die Botschaft hätte lauten sollen, müssen: Das Grauen, das man an jedem Frontabschnitt über die Menschen gebracht hat, kann keine Sieger übrig behalten haben, nur Verlierer gemeinsam an der Menschlichkeit. Das, was wir da getan haben, hätte man sagen müssen mit Entsetzen über sich selber, läßt uns nicht von Siegern reden.

Scheiden für Sie gerechte Kriege aus?

EUGEN DREWERMANN: Wie denn? Wer will denn das gewonnen und die Opfer für rechtens erachten, die er dem andern und sich selber zugemutet hat. Stattdessen wollte man bekanntlich im 1. Weltkrieg nicht verloren haben, auf keiner Seite. Die einen wollten gewonnen haben, die Alliierten, und die andern nicht verloren haben, – die Dolchstoßlegende. Und so ging es weiter. Alles, was an Schrecknissen schon war, mußte systematisiert werden. Wie treibt man Panzerkeile in die gegnerische Front, wie summiert man Bomberpuls bis zu 1 000 Maschinen in einer einzigen Nacht über ein Stadtgebiet.

Damit ging es los beim Zweiten Weltkrieg.

EUGEN DREWERMANN: Und das war immer noch nicht genug. Man mußte eine Bombe erfinden, die in 3 Sekunden 100 000 Menschen mindestens tötet. Da war immer noch nicht Schluß. Man mußte 14 Tage später nach Nagasaki und Hiroshima Kamerateams schicken, damit man beim nächsten Mal noch besser zuschlagen konnte, mit der Mentalität von Harry Truman: Jungs, wir haben ihnen einen Ziegelstein auf den Kopf geschmissen. 7 Jahre später hatte man die Wasserstoffbombe, weil eine Atombombe, eine Uran-spaltbombe, physikalisch Grenzen hat an der kritischen Menge. Man brauchte einen Stoff, der nach oben physikalisch unbegrenzt ist, die Wasserstoffbombe. Megatode beim Eröffnen des Atomkriegs, 50 Millionen Tote war die Summe von 6 Jahren Zweiter Weltkrieg. Das war die Ouvertüre, je nach Winddrehung. 50 Millionen, 150 Millionen Tote – so what. Wir hatten Regierende, die das die Politik der Abschreckung, der Balance of Power, der Flexible Response nannten, das war Verantwortung, das war NATO-Strategie, das war die Wahrung der Freiheit.

Das war der Drill für jeden 18-Jährigen auf dem Kasernenhof.

EUGEN DREWERMANN: Erstschlag-Theorie, Zweitschlag-Option. Millionen von Menschen, mit denen man spielte, als wären sie Schachfiguren. Immer noch kein Halten. Die Neutronenbombe. Es wäre ja zu schade auch, wenn man die Städte, das rollende Material, die Fabriken vernichten würde; viel eleganter, man tötet nur die Menschen. Immer noch kein Halten. Wir haben sogenannte bakteriologische Waffen zum Ausrotten von Menschen mit Hilfe von Seuchen, die in der Natur manchmal vorkommen, aber nun in den Händen von Militärs konzentriert: Wie kann man innerhalb von 48 Stunden Großstädte ausrotten, so daß die Häuser, die Straßen, die Autos alle noch da stehen, nur die Menschen nicht mehr sind. Weiter: Chemische Waffen. Alles, was uns in den Ländern, die uns gefährlich werden könnten, heute bekämpfen könnte, lagert im Arsenal der Amerikaner und auch der Russen natürlich in ganz riesigen Beständen, die auch nicht abgebaut werden. Verträge scheinen da nicht zu zählen. Die Apokalypse müssen wir nicht erst anrichten, sie hat sich in der Seele der Menschen, die zu solchen Planungen fähig sind, längst ereignet. Sie haben aufgehört, Menschen zu sein, sie haben die Grenze über den Tod längst hinter sich gelassen, sie haben aufgehört, Teil einer funktionierenden Welt zu sein.

Diese Leute gehörten an den Pranger, aber sie laufen frei herum, halten Vorträge in der Welt, werden beklatscht und bewundert.

EUGEN DREWERMANN: Und wenn die Apokalyptik sagen wollte, sie sind wie die Teufel oder sind selber deren Inkarnation, ist das, zumindest bildlich gesprochen, nicht ganz falsch. Die suchen uns heim und die machen mit uns, was wir nicht wollen können. Aber wir bezahlen sie, wir wählen sie, wir halten sie im Amt. Auch das zeigt ja Hironymus Bosch, daß die gequälten Opfer sich in Maschinerien befinden, die sie selber drehen und antreiben.

Wenn wir von Apokalyptik sprechen, wird immer wieder assoziiert der Gedanke, die Menschen selbst richteten die Welt zugrunde.

EUGEN DREWERMANN: Daran ist zweifellos soviel richtig, daß wir derzeit keiner Tier- und Pflanzenart mehr ein eigenes Recht auf Zukunft lassen, außer in Dienstbarkeit für die Überlebensinteressen der Menschen. Wir legen gerade eine Querschnittlähmung durch den gesamten Motor der Evolution. An der Seite von uns Menschen darf und soll sich überhaupt nichts mehr entwickeln, was nicht rückführbar ist in die Nahrungsmittelinteressen oder in die pharmazeutischen Konzepte des Menschen im Umgang mit Menschen und begrenzt dann auch mit Tieren und Pflanzen. Der Artegoismus des Menschen ist grenzenlos, und die Technik erlaubt ihm, immer weiter so zu fahren. Von daher werden die Opfer, die die jetzt noch lebende Natur gegenüber dem Menschen entrichten muß, global sein. Nehmen wir Deutschland: Wir haben inzwischen zwischen dem Wattenmeer und den Hochalpen nichts mehr, das den Namen Natur verdient. Beim Wattenmeer sind wir dabei, Planungen für die Erdölindustrie zu legen und in den Hochalpen Skilifte anzulegen für die Tourismusindustrie.

Glauben Sie, das wird so weitergehen?

EUGEN DREWERMANN: Ja. In der Welt von morgen, 2050 oder wann, im 22. Jahrhundert, wird nichts mehr sein, das sich nicht der Hand des Menschen verdankt. Es wird Natur in diesem Sinne nicht mehr geben. Nicht einmal mehr die Schutzräume, die Antarktis, Gebiete in den tropischen Regenwäldern. Es wird nur existieren aus der Hand des Menschen, was wir zum Überleben für rentabel halten. Wir sind dabei, alles den Meistbietenden zu verkaufen. Der Urwald ist käuflich für den, der das meiste Geld hat. Dann kann er Landepisten anlegen, für McDonalds Rinderfarmen, er kann nach Gold suchen, wenn er es da vermutet, er kann die Indios ausrotten, die Tiere, er kann Straßen bauen. Was immer er will, es gehört ihm, und würde die Bevölkerung dagegen rebellieren, weil man sie gerade bestohlen hat und ihr den Existenzraum wegnimmt, wird man Militär dainschicken, um den rechtmäßigen Erwerber in seinem Eigentumsanspruch demokratisch zu schützen. Und der ist dann halt mächtiger als die Indios, die man für Terroristen erklärt, wenn sie sich wehren.

So geht das jeden Tag, was ist zu tun?

EUGEN DREWERMANN: Zunächst, es kann nicht unbegrenzt so weiter gehen. Daraus läßt sich – übertrieben – die Formulierung als sinnvoll einführen, wir richteten die Welt zugrunde. Dann aber muß man

wieder sehen, daß wir das nicht schaffen. Selbst der kleine Globus Erde ist enorm viel größer, alleine durch den Faktor der Zeit bereits. Als Menschen, wenn wir ganz großzügig rechnen, sind vom *Homo habilis* an vielleicht 2,7 Millionen Jahre alt. Oder wenn wir ganz groß rechnen, dicht bis zu der Zeit, wo der heutige Schimpanse sich vom heutigen Menschen getrennt hat, dann wären wir bei 6 Millionen Jahren. Das ist sehr viel. Kein Mensch kann in Hunderttausenden, Millionen Jahren sinnvolle Zuordnungen schaffen. Aber es sind die geologischen und die evolutionsbiologischen Zeiträume. Wir müßten, um die Geschichte der Erde zu verstehen, 4,5 Milliarden Jahre voraussetzen, vom Beginn an. 3,5 Milliarden Jahre von den ersten Formen, die hin auf das Leben weisen.

Und ich glaube, niemand, der uns ernsthaft zuhört und bei Verstand ist, wird glauben, daß das, was wir heute Geschichte nennen, auch noch ein paar hunderttausende von Jahren sich abspielen könnte. Das ist verschwindend wenig gegenüber einer Milliarde von Jahren. Und nun kommen die Astrophysiker und erklären, unser Zentralgestirn habe noch ungefähr vier bis fünf Milliarden Zeit. Das heißt, rein biologisch wird unsere Spezies irgendwann aufhören, die Welt zu verwüsten. Dann haben andere Lebensformen, niedrige Lebensformen, Kakalaken, Schildkröten, Insekten aller Art, vielleicht sogar restliche Säugetierarten, die Chance, neu aufzusteigen.

Das ist einleuchtend, aber wenig tröstlich für die Menschen jetzt.

EUGEN DREWERMANN: Das Experiment des Lebens kann auf jeder Stufe noch einmal neu beginnen. Vielleicht, dürfte man freundlicherweise vermuten, wären dann Pflanzenfresser imstande, Intelligenz zu erwerben, und sie hätten den Kampf ums Dasein nicht so grausam erlernen müssen, wie unsere Vorfahren die Maschinerie des Tötens von Tieren immer wieder als Überlebensreserve trainieren mußten, um Krieg auch gegeneinander dann führen zu lernen. Vielleicht ist es möglich, wir hätten Friedfertigkeit und Intelligenz gemeinsam in einem neu startenden Experiment. In vier bis fünf Milliarden Jahren läßt sich jede Art von Utopie auf dieser Erde nochmal denken. Eines steht fest, ewig besteht das Leben hier auf dieser Erde nicht. Aber daß wir das Ende wären, wäre eine antropozentrische Übertreibung. Wir nehmen uns in jedem Fall zu wichtig.

MARCUS HAWEL

Die normalisierte Nation?

Verdinglichte Vergangenheitsbewältigung und interventionistische Außenpolitik

In der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 13. September 2007 schreibt Christian Hacke, »die Geringschätzung der positiven Normalisierungsleistungen der Bundesrepublik« machten die Lektüre meines Buches zu oft zu einem Ärgernis. Darunter falle auch, dass ich die »Auslandseinsätze der Bundeswehr nicht als Sicherheitsvorsorge, sondern als Ausdruck neuen Machtstrebens« bewerte.

In der Tat unterscheidet sich hier die konservative von einer linken Bewertung des Normalisierungsgebarens: Während den Konservativen ärgert, schon wenn er liest, was ist, so ärgert es den Linken, dass ist, was er liest.

Aufgearbeitete Vergangenheit?

Mitte der 1990er Jahre, als sich die Befreiung von Auschwitz zum 50. Mal jährte, konnte man den Eindruck gewinnen, dass in der Öffentlichkeit eine umfassende Aufarbeitung der deutschen Barbarei weitgehend im positiven Sinne stattgefunden hat. Aber der Umgang mit der Schuld war auch eine Demonstration des gewachsenen Abstandes zum Vergangenen. Das umfassende Schuldeingeständnis konnte deshalb so unbefangen erscheinen und hatte den Charakter eines abschließenden Rituals. Es ging über in eine mit dem Duktus der Selbstverständlichkeit gehaltene Normalitätsdebatte, in der stolz auf die mittlerweile 50-jährige Tradition rechtstaatlicher Demokratie und militärpolitischer Zurückhaltung hingewiesen wurde. Deutschland gilt seitdem in der Welt als ein vorbildlicher Staat im Umgang mit der eigenen katastrophischen Vergangenheit und als ein durch und durch westliches Land.

Die westlichen Werte sind allein allerdings kein Garant für Frieden und Freiheit, denn sie sind in hohem Maße ambivalent. Gerade in der westlichen Moderne ist auch das Potential aufgehoben, welches in die Katastrophe führte. Die nationalsozialistische Barbarei war nicht das abstrakte Gegenteil zur westlichen Zivilisation, sondern deren Schattenseite. In diesem Sinne war die Katastrophe kein »Rückfall in die Barbarei«, sondern in ihrer ideologischen Revolte gegen die Moderne sehr modern. Darauf aufmerksam zu machen, war die Intention von Max Horkheimers und Theodor W. Adornos philosophischen Fragmenten der *Dialektik der Aufklärung* gewesen.

Zum 60. Gedenktag der Befreiung von Auschwitz, zeigte sich dann, dass die normalisierende Tendenz längst in einem umfassenden Konsens manifest geworden war. Bernd Ulrich faßte in der *ZEIT* vom 27. Januar 2005 diesen zusammen: »Auschwitz war ein sin-

Marcus Hawel – Jg. 1973; Dr. phil., Studium der Soziologie, Sozialpsychologie und Literaturwissenschaft in Hannover; wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Hannover; seit 2005 im Vorstand des Rosa-Luxemburg-Bildungswerkes Niedersachsen e.V.; zuletzt in UTOPIE kreativ: Befindlichkeit im Blick. Versuch, uns und anderen Israel von »außen« zu erklären, Heft 205 (November 2007).

guläres, ein deutsches Verbrechen; Deutschland wurde befreit; die Jüngeren müssen die Verantwortung für den Holocaust übernehmen; Freiheit liegt für uns nicht im Verdrängen, sondern in der Erinnerung; und man kann nicht aus dem Schatten treten, den man selber wirft. Richard von Weizsäcker und Jürgen Habermas, der Präsident und der Philosoph, haben gegen Ernst Nolte und Martin Walser, den Historiker und den Dichter, obsiegt. Das Thema Auschwitz ist seit her in Deutschland weitgehend außer Streit gestellt, die Sache scheint befriedet und geklärt.« Schuld werde sich umfassend eingestanden und erschüttere nicht mehr bis in die Grundfesten. »Das Nie-Wieder ist und bleibt die ungeschriebene zweite Präambel unseres Grundgesetzes, eine fundamentale, aber in den meisten Bereichen mittlerweile ungenaue Orientierung.« Die richtige Interpretation der Vergangenheit habe sich durchgesetzt. Es bestehe die Gefahr nicht mehr darin, dass Auschwitz verdrängt werde, »sondern dass man hinschaut, ohne Schmerz zu empfinden, ohne sich in seinem Deutschsein und seinem Menschsein wirklich verunsichern zu lassen.«

Verdinglichtes Ritual einer isolierten Erinnerungspraxis

Horkheimer und Adorno schreiben in der *Dialektik der Aufklärung*: »Alle Verdinglichung ist ein Vergessen«. Und genau durch diesen Satz wird seit längerem die bundesrepublikanische Gedenkkultur im öffentlichen Raum charakterisiert, die längst einem verdinglichten Ritual gleicht. Der Biowissenschaftler Jens Reich verglich die »routinierte öffentliche Aufarbeitung von Geschichtsterminen« in der Bundesrepublik mit dem öffentlich praktizierten verdinglichten Antifaschismus in der DDR: »Der Antifaschismus der DDR hatte auch diesen stereotypen Charakter, aber von der eingebildeten Siegerseite her, während in der Bundesrepublik der Betroffenheitsgestus gepflegt wird« (*DIE Zeit* vom 27. Januar 2005).

An den regelmäßig immer wiederkehrenden Gedenktagen – etwa das Attentat auf Hitler vom 20. Juli oder die Befreiung von Auschwitz – werden Kränze niedergelegt und über die Medien Bilder von ernsten Minen um die Welt geschickt; es werden Sonntagsreden gehalten und Essays für das Feuilleton geschrieben, in denen immer wieder das gleiche gesagt wird. Ganz sicher ist es in der Regel zutreffend, an was an den Gedenktagen öffentlich gemahnt wird. Aber das Ritual der Erinnerung ist verdinglicht. Und alle Verdinglichung ist ein Vergessen. Die Erinnerungsrituale gleichen darin den Monumenten: sie halten Geschichte nicht lebendig. Was dem Monument eigentümlich ist, aus Stein zu sein, gilt auch für die gegenwärtige Form der öffentlichen Erinnerung und fürs Bewusstsein: Sie werden innerlich zum petrifizierten Fossil. Diese Versteinerungen tragen nicht die wahre Geschichte in sich und dringen nicht bis in das Bewusstsein vor, sondern tragen zum Vergessen, zum Vorbeisehen bei. Schnell ist das zu Erinnernde ersetzt durch eine Leerstelle oder ein anderes aus in der Gegenwart erfundenen Traditionen, die Züge seines Gegenteils in sich transportieren und zum Zwecke gegenwärtiger Interessen instrumentalisiert werden.

Die öffentliche Erinnerungspraxis ist als Bestandteil der Kultur – wie Kultur insgesamt – verklausuliert, das heißt von sämtlichen Be-

reichen der staatlichen Politik (Soziales, Wirtschaft, Außen) isoliert, in diesem Sinne abstrakt und im Feuilleton mehr oder weniger eingesperrt. Dahinter scheint ein systemischer Zweck zu stehen, denn die Gedenkkultur kann umso lebhafter nur *erscheinen* und tiefe Einsichten zu Tage fördern, je weniger zu befürchten ist, dass aus diesen Wahrheiten ernsthafte praktische Konsequenzen für die Organisation von Staat und Gesellschaft folgen müssten. Stattdessen gilt das »Versprechen der Normalität« als eingelöst. Der Anspruch einer hergestellten Normalität dient zur Abwehr von weiteren praktischen Konsequenzen.

Wirkliche Aufarbeitung der Vergangenheit – darauf wies schon Adorno hin – findet aber nicht nur im Geiste statt: Sie hat auch wie die Bildung eine gegenständliche Seite. Eine lebendige Gedenkkultur, die nicht zum Vergessen beiträgt, wäre nicht bloß moralisch, sondern mischte sich in sämtliche relevanten Politikfelder ein und trüge zur Bildung *des* gesellschaftlichen Ganzen bei.

Die offene Wunde Auschwitz

Ende der 1950er Jahre bemerkte Helmuth Plessner in seinem Buch *Die verspätete Nation*, dass Erneuerung nicht gelingen kann, wenn sich dagegen verschlossen wird, die Vergangenheit zu begreifen und aufzuarbeiten. »Welchen Weg die Nation zu gehen hat, wird ihr durch die objektiven Möglichkeiten zur Wahl gestellt. Aber dass sie ihn nicht gehen kann, wenn sie mit sich selbst zuvor nicht ins Reine gekommen und über sich selber nicht klar geworden ist, diese einfache Regel menschlicher Sauberkeit sollte auch in einer Zeit der Ausweglosigkeit und Hoffnungslosigkeit niemals vergessen werden.« Schon in den frühen Jahren der Bundesrepublik war der Ruf nach »Schlussstrich« und »Normalität« zu vernehmen, zu einem Zeitpunkt also, als von einer Aufarbeitung der Vergangenheit, aus der weitreichende Konsequenzen für die Gestaltung und Organisation des deutschen Staates zu ziehen wären, nicht die Rede sein konnte.

Es ist alles andere als suspekt, sondern moralisch und politisch geboten, die Erinnerung und Aufarbeitung der Katastrophe wachzuhalten, damit aus ihr Lehren und praktische Konsequenzen gezogen werden können. Jan Ross scheint anderer Ansicht zu sein. In der *ZEIT* vom 27. Januar 2005 heißt es bei ihm unter dem Titel »Wie weit weg liegt Auschwitz?«: »Es wäre (...) suspekt, die Erinnerung an den Holocaust vor allem deshalb wachzuhalten, damit daraus Lehren gezogen werden, wie gute und edle auch immer. Die Ermordeten haben einen Anspruch darauf, dass ihrer und ihres Schicksals um ihrer selbst willen gedacht wird, nicht zu Zwecken der Nachwelt.« Dem möchte ich ausdrücklich widersprechen. Die Ermordeten und die Überlebenden sowie auch die Nachgeborenen haben einen Anspruch darauf, dass Auschwitz oder ähnliches sich nicht wiederholt. Erinnerung und Aufarbeitung sind identisch. Aufarbeitung ist aber nicht bloße Erinnerung, sondern zum einen der Versuch, das Unbegreifliche zu begreifen, und zum anderen aus dem Begriffenen praktische Konsequenzen folgen zu lassen, die verhindern, dass sich Auschwitz oder Ähnliches wiederholt. Mit anderen Worten: Die gesellschaftlichen Voraussetzungen, die in die Katastrophe geführt haben, müssen überwunden werden. Solange dies

nicht geschieht und stattdessen sich »nur« moralisch erinnert wird, bleibt Auschwitz mehr als bloß lebendig: eine offene Wunde.

Auch Bernd Ulrich muss ich widersprechen, da er für die Beschäftigung mit Auschwitz eine »Regel« konstatierte: Wenn die Beschäftigung mit Auschwitz »nicht zutiefst verstört, immer wieder, zumindest immer mal wieder, dann ist etwas daran falsch« (*DIE ZEIT* vom 27. Januar 2005). Ganz sicher gibt es in der Wissenschaft – und nicht nur dort – das abwehrende Phänomen der Rationalisierung. Aber nicht jede nüchterne Betrachtung zu Auschwitz ist eine Rationalisierung. Jeden emphatischen Wissenschaftler dürfte die Beschäftigung mit Auschwitz auch verstören, nur ist das nicht gerade für die Öffentlichkeit geeignet. Soll (wissenschaftlich) das Unbegreifliche versuchsweise begriffen werden, darf man sich nicht nur verstören lassen. Moshe Zuckermann schreibt in seinem Essay zur neuen deutschen Normalität *Gedenken und Kulturindustrie*: »dass dieses (Hinschauen, Zuwenden – M. H.) unerträglich werden kann, soll nicht bestritten werden; da schaut man in der Tat nicht so »gerne« hin. Aber kein Weg, der sich adäquater Erinnerung an Auschwitz rühmt, führt daran vorbei.«

Darf man sich im Angesicht der Monstrosität gegen diese kaltmachen, um im Gegenzuge das Unfassbare zu begreifen? Darf man Auschwitz begreifen wollen? – Ich denke, man darf es nicht nur, man muss es auch. Es ist die Aufgabe der Nachgeborenen, deren Gnade ansonsten schnell zu einer neuen Schuld verkommen kann. Man muss – mit Walter Benjamin gesprochen – durch die »Eiswüste der Abstraktion« gehen, das heißt einen Teil der bürgerlichen Kälte mobilisieren, von der Horkheimer und Adorno sagen, sie habe Auschwitz erst möglich gemacht. Der Begriff zielt aufs Allgemeine – lässt sich Auschwitz aber verallgemeinern? Das steht dem Befund der Singularität entgegen, gleichwohl ist das Wesen von Auschwitz als Latenz und Tendenz in jeder modernen Form von Gewalt enthalten.

Will man dagegen darauf beharren, dass die Beschäftigung mit Auschwitz verstören müsse, ansonsten sei sie falsch, nötigt man die Beschäftigung mit Auschwitz, das Gedenken, Erinnern und die Aufarbeitung in einen Kreislauf, der der Katastrophe mythische Züge verleiht, so dass die Katastrophe nur unbegriffen und nur verstört zur Kenntnis genommen werden kann. Man wäre aber nicht imstande, *wirkliche* praktische Konsequenzen, die bis heute umgangen worden sind – etwa für die Außenpolitik – zu folgern. Geforderte Verstortheit ist ein verdinglichter Umgang mit der Vergangenheit im öffentlichen Raum des Erinnerns und Gedenkens: eine Praktik der Abwiegung und des Vergessens. Hat am Ende diese Praxis Methode, um zu verhindern, dass allzu radikale Konsequenzen gezogen werden müssten?

Das am 23. Mai 1949 zunächst provisorisch nur für Westdeutschland verkündete und bis heute gültige Grundgesetz, trägt eine explizit antifaschistische Handschrift, die insbesondere in den ersten 20 Artikeln zum Ausdruck kommt. Sämtliche Artikel – von der Untastbarkeit der menschlichen Würde über die Freiheit der Meinungsäußerung bis hin zum Sozial- und Rechtsstaatsgebot – sind Konsequenzen, die aus der faschistischen Vergangenheit gezogen wurden. Die Normen haben einen postulativen Charakter. Die Ver-

fassungswirklichkeit hat sich jedoch der Verfassungsnorm in den mehr als 50 Jahren »erfolgreich praktizierter Demokratie« nicht angenähert, sondern davon entfernt.

Deutschland beteiligt sich direkt oder indirekt an Kriegen: im ehemaligen Jugoslawien, in Afghanistan und im Irak, obwohl diese völkerrechtswidrig sind. Das Grundgesetz verbietet einen Angriffskrieg, der von deutschem Boden ausgeht und stellt schon die Vorbereitung eines solchen unter eine lebenslängliche Freiheitsstrafe. Die Bundeswehr wird als reine Verteidigungsarmee bestimmt. Inzwischen ist der Begriff der Verteidigung total entgrenzt: Nach den Worten Peter Strucks wird Deutschlands Sicherheit auch am Hindukusch verteidigt. Der Anspruch einer hergestellten Normalität dient mithin zur Abwehr von praktischen Konsequenzen, die sich aus den Normen unserer Verfassung ergeben.

Die verändernde Praxis des Eingedenkens

Für ein weiterführendes Verständnis, warum ich die angeblich »positiven Normalisierungsleistungen der Bundesrepublik« so gering schätze, wie Christian Hacke in der *FAZ* schreibt, möchte ich den Geschichtsbegriff von Walter Benjamin in Erinnerung rufen. Geschichte ist für ihn nicht vergangen. Sie hat etwas Unabgeholtenes, das in die Gegenwart ragt, dort Raum einnimmt und Geltung besitzt. Die Aufgabe des Eingedenkens ist es, das Unabgeschlossene der Geschichte zu vergegenwärtigen.¹

Das Normalitätsparadigma soll diese Verstrickung ausblenden und entsorgen. Der Literaturwissenschaftler Heinz Brüggemann schreibt, es gehe den Normalisierern darum »den Nachhall der Klage aus der Geschichtswissenschaft zu vertreiben, den Opfern der Verbrechen historisch das Recht zu verweigern, Interaktionspartner unserer gegenwärtigen Erfahrung zu sein, den Nationalsozialismus zu »historisieren«, sprich: seine Geschichte zu etwas abgeschlossenem zu machen, ihn einzubetten in den Fluss der Universalgeschichte, ihn zu einem Bild der Vergangenheit zu machen, das mit unserer Gegenwart verschwinden soll, weil sie sich in ihm nicht mehr als gemeint erkennen will.«²

Aufarbeitung der Vergangenheit bedeutet nach Walter Benjamin vor allem auch verändernde Praxis. Nicht bloß ein immer wiederkehrendes Ritual des Bekennens und ansonsten des Weitermachens. Überhaupt geht es Benjamin um alles andere als ums Weitermachen. Er plädiert für das »Aufsprengen des geschichtlichen Kontinuums« durch das »Anhalten der Zeit«. Er plädiert für das Ziehen der Notbremse des in einem Zug dahinrasenden kopflosen Menschengeschlechts. Erst wenn der Zug zum Stehen kommt, können wir uns auf unsere Gegenwart besinnen: auf das Liegegebliebene und Uneingelöste in der Geschichte; auf den Weg, den wir einschlagen, und die Geschwindigkeit, mit der wir fortfahren wollen, statt von einem Sachzwang in die nächste Zwangslage zu geraten. »Eine Gesellschaft kann sich nur dann wirklich verändern, wenn sie genau hinsieht, auf welchen Trümmern sie steht«, schreibt Nele Reuleaux ganz treffend in ihrer Dissertation *Nationalsozialistische Täter*³, in der es um das intergenerative Fortleben des Nationalsozialismus geht.

1 Vgl. Sven Kramer: *Auschwitz im Widerstreit. Zur Darstellung der Shoah in Film, Philosophie und Literatur*, Wiesbaden 1999.

2 Heinz Brüggemann: *Die Erfahrung des Eingedenkens – Walter Benjamin*, in: Michael Buckmiller, Dietrich Heimann, Joachim Perels (Hg.): *Judentum und politische Existenz. Siebzehn Portraits deutsch-jüdischer Intellektueller*, Hannover 2000, S. 11-38; hier S. 32.

3 Vgl. Nele Reuleaux: *Nationalsozialistische Täter. Die intergenerative Wirkungsmacht des malignen Narzißmus*, Gießen 2006, S. 19.

Darum hat Utopie auch etwas mit Erinnerung zu tun: dem Aufsammeln von Liegegebliebenem, dem Zusammenfügen von Trümmerteilen. So besehen, wird Geschichte zu einer Konstruktion, der ein emanzipativer Sinn beigelegt ist. »Auf den Begriff einer Gegenwart, die nicht Übergang ist, sondern in der Zeit einsteht und zum Stillstand gekommen ist, kann der historische Materialist nicht verzichten. Denn dieser Begriff definiert eben die *Gegenwart*, in der er für seine Person Geschichte schreibt«, so Walter Benjamin.

Die herrschende Praxis der Normalisierung der deutschen Nation – insbesondere in der Außenpolitik – hat grundlegend mit diesen Gedanken nichts zu tun. Sie folgt dem Gedanken von Carl Schmitt, den dieser 1922 in seiner politischen Theologie niedergeschrieben und zur Normalität gemacht hat: wonach Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand verfügt.

Walter Benjamin hat in seinen Geschichtsthesen den »wirklichen Ausnahmezustand« dagegehalten: »Die Tradition der Unterdrückten belehrt uns darüber, dass der ›Ausnahmezustand‹, in dem wir leben, die Regel ist. Wir müssen zu einem Begriff der Geschichte kommen, der dem entspricht. Dann wird uns als unsere Aufgabe die Herbeiführung des wirklichen Ausnahmezustands vor Augen stehen; und dadurch wird unsere Position im Kampf gegen den Faschismus sich verbessern. Dessen Chance besteht nicht zuletzt darin, dass die Gegner ihm im Namen des Fortschritts als einer historischen Norm begegnen. – Das Staunen darüber, dass die Dinge, die wir erleben, im zwanzigsten Jahrhundert ›noch‹ möglich sind, ist kein philosophisches. Es steht nicht am Anfang einer Erkenntnis, es sei denn der, dass die Vorstellung von Geschichte, aus der es stammt, nicht zu halten ist.«⁴

Geschichtswissenschaft, die sich selbst nicht als umformende Praxis begreift, ist alles andere als kritisch. Die Selbstblockade auf der gedanklichen Ebene führt schließlich auch zu einer politischen Blockade der Emanzipation.⁵ Und umgekehrt.

Die gedankliche und die politische Blockade der Emanzipation sind nicht unmittelbar sichtbar. Weil das neue Machtstreben als Sicherheitsvorsorge getarnt wird und – wie etwa im NATO-Krieg gegen Serbien – vorgibt, ein zweites Auschwitz verhindert und damit die richtigen Konsequenzen aus der deutschen Vergangenheit gezogen zu haben, müssen die Blockaden erst kenntlich gemacht werden. Von Menschenrechten, die mit militärischen Interventionen geschützt oder wieder hergestellt werden, ist in unserer Zeit viel die Rede. Aber Adornos kategorischen Imperativ aus der *Negativen Dialektik*, »Denken und Handeln so einzurichten, dass Auschwitz nicht sich wiederhole, nichts Ähnliches geschehe«, vermag ich hier nicht wiederzuerkennen.

Darum antworte ich in meinem Buch mit einer Kapitalismuskritik: Wenn Staaten die Menschenrechte als Bedingung allen Handelns einklagen, ist das inkonsequent, wenn nicht zugleich auch der Mechanismus, der die Wiederkehr der Barbarei aus dem Zentrum dieser Gesellschaft heraus stets möglich macht, bekämpft wird. Dieser Mechanismus ist der Motor für die Menschenrechte. Dem Wesen nach verbirgt sich hinter der Idee der Menschenrechte historisch die Moral der Ökonomie. Die *Kritik der politischen Ökonomie* von

4 Walter Benjamin: Über den Begriff der Geschichte, in: Ders.: Gesammelte Schriften, Bd. 1, Frankfurt/M. 1974, S. 691-704, These VIII.

5 Vgl. Olaf Berg: Benjamin und Deleuze: Ansätze für eine kritische Geschichtswissenschaft in Filmbildern, in: Zeitschrift für kritische Theorie, 12. Jg., Nr. 22/23 2006, S. 68-98; hier S. 74.

Marx zeigt auf, wie die Menschen nach der ökonomischen Rationalität des Äquivalententauschs sich gegenseitig als Personen anerkennen. Damit die Waren aufeinander bezogen werden können, müssen diese von den Warenbesitzern auf den Markt getragen werden. Es bedarf des gemeinsamen, gewaltfreien Willensaktes, die Waren aufeinander zu beziehen. Die Personen erkennen sich gegenseitig im Tausch als Personen, als Privateigentümer an. Die Form dessen ist der bürgerliche Vertrag, in dessen gemeinsamen Willensverhältnis sich das scheinbar gewaltlose – das ökonomische Verhältnis – widerspiegelt.⁶ So setzte sich mit dem Wertgesetz unter der Prämisse des Privateigentums allgemein das Menschenrecht durch: Die Welt der gegenseitigen Anerkennung von Herren und Knechten, in der sich die unmittelbaren Herr-Knechtschaftsverhältnisse in vermittelte transformierten. Dieses scheinbar gewaltfreie ökonomisch-rationale Verhältnis ist das versachlichte Resultat des vorangegangenen, gewalttätigen Kampfes um Anerkennung auf Leben und Tod. Diese Geschichte haben sämtliche westlichen Nationalstaaten durchgemacht. Man kann sagen, die Menschenrechte sind mit Blut und Feuer in die Annalen der Geschichtsbücher eingegangen. Das kapitalistische Wertgesetz setzte sich maskiert unter dem Schleier der Menschenrechte durch und steht als letzter Grund auch heute noch hinter jeder bürgerlichen Apologie der Menschenrechte. Was in Europa als ethische Wertgemeinschaft bezeichnet wird, verdient daher eher als Mehrwertgemeinschaft bezeichnet zu werden.

In der heutigen Zeit wird mit Gewalt das Menschenrecht dort zu erzwingen versucht, wo das Wertgesetz sich noch nicht vollständig durchsetzen können. Das Kapital benötigt Gewaltfreiheit auf der Oberfläche, die durch ein staatliches Gewaltmonopol gewährleistet wird, abstrakte Rechtsgleichheit, Vertragssicherheit, ökonomische Freiheit. Das sind die basalen Knochen des Skeletts der Menschenrechte. Was aber im Kapitalismus Frieden heißt, ist nicht einmal die Abwesenheit von Krieg, sondern der mehr oder minder versteckte, ökonomische Bürgerkrieg der Konkurrenz aller gegen alle. Dieser ökonomische Krieg ist die Normalform bürgerlicher Gewalt. Solcher Frieden ist schon nicht das wahre Eden der Menschenrechte, wie es der Schein von Gewaltlosigkeit in der Zirkulationsphäre glauben machen möchte. Natürlich ist ein solcher Zustand allemal einem vorzuziehen, wo es nur das Faustrecht des Stärkeren gibt, und der Mensch dem Menschen ein Wolf sein muss, um zu überleben. Der wahre Frieden, die wahre Gemeinschaft, in dem die Menschenrechte zu sich selbst gekommen sind, ist aber erst in einer Gesellschaft möglich, die sich vom kapitalistischen Wertgesetz befreit hat, so dass die Menschen nicht mehr als leere, dingliche Warenhüter gelten, sondern das gesellschaftliche Leben auf ihre individuellen Bedürfnisse und Begehren abgestimmt ist; wo jeder so sein kann, wie er ist, ohne dem Terror des Allgemeinen ausgesetzt zu sein; wo jeder ungezwungen anders sein darf, ohne Hass zu provozieren.⁷

Was ich hier kapitalismuskritisch skizziert habe, ist die Normalität unserer Welt. Und »so müßte eine Untersuchung dartun, daß die zeitgemäße Krankheit gerade im Normalen besteht«, heißt es bei Adorno. Mich treiben gegen die skizzierte Normalität die drei

6 Vgl. Karl Marx: Das Kapital. Bd. 1, in: MEW 23, S. 99.

7 Marcus Hawel: Die normalisierte Nation. Vergangenheitsbewältigung und Außenpolitik in Deutschland, Hannover 2007, S. 250 f.

großen kategorischen Imperative an, wie sie von Kant, Marx und Adorno formuliert wurden.

Adorno schreibt in seiner *Negativen Dialektik*, dass Moral nur im »ungeschminkt materialistischen Motiv« überlebe. Dem Kapitalismus unmaterialistisch, gleichsam bloß moralisch anzugehen, hieße, ihm den »Schleier der Maja« anzuhängen, unter dem wir dann leben und alles nur noch verschleiert wahrnehmen. Das soll heißen: Der Kapitalismus funktioniert nicht nach den Maßstäben guter Moral, da er wesentlich auf Ausbeutung und Profitmaximierung beruht.

Moral ohne materialistisches Motiv findet sich in Kants kategorischem Imperativ, so zu handeln, dass das individuelle Handeln zur allgemeinen Maxime des Handelns werden könne. Und: Behandle den Menschen niemals bloß als Mittel, sondern immer zugleich auch als Zweck. Kants allgemeines Sittengesetz führt – konsequent, das heißt »ungeschminkt materialistisch« weitergedacht – zu dem von Marx in seiner Einleitung zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie formulierten kategorischen Imperativ: »Die Kritik der Religion endet mit der Lehre, dass der Mensch das höchste Wesen für den Menschen sei, also mit dem kategorischen Imperativ, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.«⁸

Was hat Marx dazu veranlasst, den moralischen Imperativ an das Subjekt in einer praktischen Kritik des Kapitalismus aufzuheben? In seiner Kritik der politischen Ökonomie zeigt er auf, dass die Kapitalisten aufgrund des Konkurrenzprinzips »bei Strafe ihres Untergangs« dazu gezwungen sind, den Menschen als bloßes ökonomisches Mittel (Ware Arbeitskraft) und nicht zugleich auch als Zweck (Menschwerdung des Menschen) zu behandeln. Die Menschen verstoßen im Kapitalismus gezwungenermaßen gegen Kants Sittengesetz, indem die Menschen als Dinge behandelt werden; er ist also sittenwidrig.

Und Adorno hat gesehen, in welche moralische Katastrophe die verdinglichende bürgerliche Kälte, die aus dem Wertgesetz resultiert, führen kann, wenn sie auf eine historisch ungünstige Konstellation trifft. Darum formulierte er den dritten kategorischen Imperativ, in welchem die vorangegangenen von Kant und Marx aufgehoben sind: »Hitler hat dem Menschen im Stande seiner Unfreiheit einen neuen kategorischen Imperativ aufgezwungen: Ihr Denken und Handeln so einzurichten, dass Auschwitz nicht sich wiederhole, nichts Ähnliches geschehe.«

Der Moralphilosoph Karl-Otto Apel hatte 1987 in seinem berühmten, heute vergessenen Essay *Zurück zur Normalität?*⁹ gefragt: »Könnten wir aus der nationalen Katastrophe etwas Besonderes gelernt haben?« An Apels Begriff einer postkonventionellen Moral knüpfte Jürgen Habermas an und entwickelte sein Konzept einer »postnationalen Konstellation«. Beides ist heute längst zu Grabe getragen.

In der Tat lasse ich die Katze aus dem Sack, wie Christian Hacke meint, wenn ich die ursprünglichen Gedanken von Karl-Otto Apel und Jürgen Habermas und vor allem von Adorno weiterführe und schreibe: Nicht nur ein *anderes* Deutschland, sondern auch eine *andere* Welt: eine Welt ohne Nationalstaaten, das heißt auch ohne Deutschland müsse entstehen.

8 Karl Marx: Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung, in: MEW, Bd. 1, S. 385.

9 Karl-Otto Apel: Zurück zur Normalität? – Oder könnten wir aus der nationalen Katastrophe etwas Besonderes gelernt haben? Das Problem des weltgeschichtlichen Übergangs zur postkonventionellen Moral aus spezifisch deutscher Sicht, in: Ders.: Diskurs und Verantwortung. Das Problem des Übergangs zur postkonventionellen Moral, Frankfurt/M. 1990, S. 370-474.

Wenn auf die Kritik des Normalisierungsgebarens nun mit der Parole begegnet wird: »Bloß keine neuen Sonderwege!«, dann betrachte ich das als eine obszöne Umkehrung der Vorzeichen des einstigen Sonderwegstabus. Dabei wird das Sonderwegstabu in Anschlag gebracht, obwohl Deutschland – und auch die EU – nicht einmal annähernd auf dem Niveau britischer, französischer oder amerikanischer Liberalität angekommen ist.

Habermas selbst sagt, bei der EU handele es sich um die erste postnationale Demokratie der Welt. Ich teile diesen Gedanken nicht vollständig. Die EU ist immer weniger ein postnationales Gebilde, sondern erhält den nationalstaatlichen Rahmen am Leben. Die EU ist auch nicht wirklich ein demokratisches Gebilde; jedenfalls weist sie ein starkes Demokratiedefizit auf, von dem wir nicht erwarten dürfen, dass es von den demokratiemüden herrschenden Eliten selbst beseitigt wird.

Insbesondere das außenpolitische Problem, welches auf der Ebene der Realpolitik dringend gelöst werden muss, verbindet sich mit der Frage nach dem verantwortlichen Umgang mit den eigenen wie auch den fremden Gewaltpotentialen, um Kriege einzuzugrenzen oder gar zu verhindern. Wenn Streitkräfte auf Angriffspotentiale verzichten, kommt mehr Sicherheit in die Staatenwelt. Deutschland und Europa wären erst dann Friedensmächte, wenn die Streitkräfte mit maximal ausreichendem Umfang in Form von Verteidigungsstreitkräften ausschließlich zur Landes- und Bündnisverteidigung ihrem strikten Wortsinn nach ausgerüstet und eingesetzt werden würden. Die Mitwirkung an UNO-Einsätzen im Sinne der UN-Charta und KSZE ohne Kampfauftrag – jedoch mit der einzigen Ausnahme, wenn es darum geht, einen Völkermord der Dimension von Auschwitz zu verhindern –, scheint geboten, muss aber mit einer maximalen Ausweitung der Entwicklungshilfen, der maximalen Abrüstung und dem radikalen Stopp von Rüstung und -exporten einhergehen. Für militärische Einsätze der Europäischen Union bedürfte es wenigstens einer demokratischen Kontrolle durch das EU-Parlament, das heißt eines Parlamentsvorbehaltes wie er für Deutschland im Grundgesetz verankert ist, seit einiger Zeit aber stetig ausgehöhlt wird. Schließlich müsste gelten, dass äußere Souveränität dadurch ausgeübt wird, indem auf sie verzichtet wird, wie Stefan Brunner schreibt, »*positiv* durch Mitwirken am Bau einer vernünftigen Welt.«¹⁰ So verstandene Souveränität wäre das direkte Gegenteil des Diktums von Carl Schmitt, wonach Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand verfügt.

Europa wäre dann eine Friedensmacht, wenn es von der Umsetzung einer europäischen Militärstaatlichkeit ablässt und auf die »Weltintegration Europas« setzt. »Die Frage lautet daher im Grunde, ob Europa so fortfahren soll wie bisher, nur in größerem Maßstab, oder ob sich auch für die Europäer der Gedanke der Integration, der zur Institutionalisierung Europas geführt hat, als Leitlinie für ihre Weltpolitik erweist.«¹¹ Anders gesagt: Eine angemessene Inanspruchnahme von Normalisierung würde unter anderem darin bestehen, dass die Integration der Welt am Beispiel Europas fortgeführt wird. Jedenfalls nicht darin, einer von Deutschland dominierten EU die Attribute einer imperialistischen Großmacht zu verschaffen, die

10 Stefan Brunner: Deutsche Soldaten im Ausland. Fortsetzung der Außenpolitik mit militärischen Mitteln?, München 1993, S. 226.

11 Ebenda, S. 223.

sich im globalen Kräftespiel mit China, Russland und den USA misst.

An dieser Stelle wie Christian Hacke in der *FAZ* von konservativer Seite oder wie Peter Bierl in der *Jungle World* von antideutscher Seite zu entgegnen, es solle also wieder einmal am deutschen und jetzt auch am europäischen Wesen die Welt genesen, ist für mich ganz unstrittig eine Pervertierung der ursprünglichen chauvinistischen Anmaßung, die sich selbst nach wie vor nationalistisch geriert, jedenfalls weit hinter den Gedanken der internationalen Solidarität zurückfällt.

GARNET HELEN BRÄUNIG

Freierbestrafung

Der Freier kauft vor allem Macht

Schweden

Erstmalig in der Welt ist in Schweden vom 1. Januar 1999 an das »Kaufen weiblicher Körper« unter Strafe gestellt. Schon wer sich beim Geschäftsgespräch mit einer Hure erwischen lässt, dem drohen 6 Monate Gefängnis, während das Anbieten der käuflichen Liebe straffrei bleibt. Die Schweden versprechen sich von dem Gesetz vor allem die Schaffung von »Unrechtsbewusstsein« und einen »Meinungswandel«, denn »Prostitution ist« laut Schwedens Frauenministerin Winberg »Gewalt«. Weiterhin sah sich das schwedische Parlament durch die Zunahme der Prostitution zum Handeln gezwungen. Der jüngsten Polizeistatistik zufolge verdienten 1999 zwischen 5 000 und 6 000 Frauen in Schweden durch berufsmäßige Prostitution ihr Einkommen. 1993 waren es noch rund 2 500. Die Kriminalisierung der Freier ist Teil des großen Gesetzespaketes mit dem Namen »Frauenfrieden«, das die Schwedinnen besser vor Gewalt und Diskriminierung schützen soll.

Der offensichtliche Erfolg dieses Gesetzes war, dass bereits im Jahre 2000 70 Prozent aller schwedischen Männer den Kauf einer Prostituierten »aus ethischen Gründen« ablehnten. Allein in Malmö sank die Zahl der Freier auf die Hälfte.

Kritiker bezweifeln jedoch, dass der gewünschte Effekt eintritt. Seitdem die Polizei mit Videokameras die Straßen kontrolliert, wagt sich praktisch kein Freier mehr auf die Straße. Stattdessen haben die Freier jedoch einen Sextourismus ins Nachbarland Dänemark entwickelt. Die dänische Nachrichtenagentur Ritzau berichtete von einem »Boom schwedischer Kunden«. Angesichts der gesetzlich verordneten Enthaltsamkeit pendeln auch die Prostituierten aus der südschwedischen Stadt Malmö nach Dänemark, um in der Hauptstadt Kopenhagen ihr Geld zu verdienen.

Ordnungsbehörden warnen sogar vor zunehmender Kriminalität. Das Kunstgewerbe müsse zukünftig in geheimen Domizilen ausgeübt werden, was Machenschaften mit überhöhten Mieten Tür und Tor öffne. Die bislang oft ohne Zuhälter auskommenden Prostituierten benötigen zukünftig Beschützer und technische Berater. Bereits jetzt werden Callgirls im Internet angeboten, die Nutzung der elektronischen Möglichkeiten könnte zunehmen. Die Sozialarbeiter geben zu bedenken, dass die Prostitution dadurch in den Untergrund gedrängt und für Frauen möglicherweise gefährlicher wird.

Diejenigen Freier, die bezahlten Sex weiter in Schweden suchen, sind nur schwer zu stellen, da nicht nachweisbar ist, dass es sich

Garnet Helen Bräunig – Jg. 1957, 1976-2004 Krankenschwester, Tätigkeit in der Kranken-, Alten- und Privatpflege; 1986-1989 Mitarbeit in der Friedensinitiative, 1996-2003 ehrenamtliche Tätigkeit mit Migranten; Seit 2004 Studium der Sozialpädagogik, 2006-2007 Arbeit im Frauenhaus und Stadtteilarbeit in Hamburg. Zuletzt in Utopie kreativ: Zwang und Soziale Arbeit – ein Widerspruch in sich?, Heft 212 (Juni 2008).

nicht um zwei Bekannte handelt, die sich miteinander vergnügen wollen. Die Sozialarbeiter, die sich ständig um die Frauen kümmern, wollen deren Kunden nicht der Polizei melden. Dahinter steht die Befürchtung, das Vertrauensverhältnis zu ihren Schutzbefohlenen zu verlieren, von denen die Hälfte drogensüchtig ist; die Mädchen würden abtauchen und wären nicht mehr für Resozialisierungsmaßnahmen zu gewinnen.

Die Prostituierten selbst haben sich all diese Befürchtungen zueigen gemacht und Protestlisten an die schwedische Regierung geschickt. Doch Fürsprecherinnen und Fürsprecher sehen in dem Gesetz unverändert einen Anfang, da viele zu Beginn angefeindete Reformen wie das Frauenwahlrecht oder der Schwangerschaftsabbruch sich letztendlich doch durchgesetzt haben.

Europa

Als sich 2003 auf Einladung der Grünen 150 ExpertInnen aus 15 EU-Ländern in Brüssel trafen, wurde deutlich, dass nur drei Länder für die Legalisierung der Prostitution und Zuhälterei sind: Holland, Belgien und Deutschland. Alle anderen Länder verfolgten vorrangig das Ziel einer Ächtung der Prostitution sowie der Ausstiegshilfen für Prostituierte bis hin zur Bestrafung von Freiern. Dennoch wurde in mehreren Ländern die Prostitution legalisiert.

Deutschland

So auch am 19. 10. 2001 in Deutschland: Prostitution gilt fortan nicht mehr als sittenwidrig, weshalb auch die Förderung der Prostitution durch Menschenhändler, Zuhälter oder Bordellbesitzer nicht länger strafbar ist. Im Oktober 2004 verabschiedete der Bundestag das Gesetz zur Bekämpfung des Menschenhandels. Bereits im Sommer 2004 tauchte aus den Reihen der CDU/CSU-Opposition die Forderung nach der Bestrafung der Freier von Zwangsprostituierten auf, der von der rot-grünen Regierungsmehrheit jedoch abgeschmettert wurde. 2005 präsentierte die CDU/CSU erneut ihren Gesetzesentwurf. Darüber hinaus forderte das Land Bayern die Rücknahme der Reform des Prostitutionsgesetzes von 2001. Nach Meinung der überwältigenden Mehrheit der Expertinnen und Experten hat dieses Gesetz nur den Menschenhändlern und Zuhältern genützt, den Prostituierten jedoch geschadet, da es auf praxisfernen Vorstellungen von selbstbestimmten und freien Prostituierten basiert. Statt der Doppelmoral wurde jegliche Moral abgeschafft. Zuhältern, Bordellbesitzern und Menschenhändlern wurde das Geschäft mit der Ware Frau erleichtert, weil gleichzeitig Polizei und Justiz das Verfolgen von kriminellen Machenschaften im Rotlichtmilieu erschwert wurde. Dementsprechend boomt der Frauen- und Kinderhandel (besonders von Ost nach West), Brutalität und Profit dieses Geschäfts steigen. Die Inanspruchnahme von Renten- und Krankenversicherung von Prostituierten jedoch, welche das Hauptargument für die Reform des Prostitutionsgesetzes war, tendiert laut Krankenkassen gen Null.

Es stellte sich nach der Reform des Prostitutionsgesetzes heraus, dass Deutschland innerhalb der EU das Schlusslicht bei der Verfolgung von Menschenhandel ist und dass das neue Prostitutionsgesetz

den Kampf gegen Menschenhandel zunehmend erschwert. Laut bayrischer Staatsanwaltschaft führt das neue Gesetz faktisch zu einem Schutz der Zuhälter und einer verstärkten Abhängigkeit der Prostituierten. Eine entsprechende Revision des neuen Gesetzes wurde vom schwarz-roten Kabinett mit Hinweis auf eine Begleitforschung zu dem neuen Gesetz abgelehnt. Diese wurde diverse Male verschoben und liegt angeblich immer noch nicht vor. Auf Nachfrage teilte das Forschungsinstitut SoFFI K. in Berlin mit, diese besagte Begleitstudie bereits im August 2005 beim Familienministerium abgeliefert zu haben. Die Frage ist, in wessen Interesse die Begleitstudie zurück gehalten wird. Im Interesse der Zuhälter allemal!

Obwohl nach Schätzungen ungefähr ein Drittel der männlichen Bevölkerung der BRD schon einmal die sexuellen Dienste der etwa 200 000 Prostituierten in Anspruch nahmen, ist über »den Freier«, wie der Konsument euphemistisch genannt wird, kaum etwas bekannt. Empirische Breitbanduntersuchungen gibt es bislang keine. Auch das Recht, namentlich das Strafrecht, interessiert sich bislang für den Freier, das unbekannte Wesen, nicht. Die Diskussion, ob auch in Deutschland Freier bestraft werden sollen, ist relativ neu. Sie wird erst im Zusammenhang mit der Reform der Menschenhandelsdelikte im Jahr 2004 von der Politik geführt.

Die Ausübung der Prostitution ist unabhängig von der rechtlichen Bewertung in Deutschland seit jeher grundsätzlich straflos. Ebenfalls straflos ist folglich seit jeher die Nachfrage. In Wahrheit unterlagen die Prostituierten aber schon immer diversen Regulierungen wie z. B. der strafrechtlichen Verfolgung ihres Gewerbes an verbotenen Orten, ganz zu schweigen von ihrer gesellschaftlichen Ächtung, während die Straflosigkeit des Freiers bis heute nicht angetastet wird. Diese Zurückhaltung versteht sich jedoch nicht von selbst. Andere Rechtsordnungen, z. B. in vielen Bundesstaaten der USA, die sich für eine prohibitive Kriminalisierung der Prostitution entschieden haben, ziehen korrespondierend auch die Freier zur Verantwortung. In Europa hat Schweden eine Vorreiterrolle bei dem Versuch unternommen, die Prostitution durch eine umfassende Strafverfolgung der Freier zu bekämpfen, während die Prostituierten selbst als Opfer angesehen werden. Auch in Kanada haben nicht die Prostituierten, sondern die Freier die Polizei zu fürchten, die sie vor die Wahl stellt, entweder durch Teilnahme an einem Umerziehungskurs der Polizei einen Eintrag ins Strafregister zu vermeiden oder vor Gericht gestellt zu werden.

Käthe Schirmacher, die deutsche Schriftstellerin und Politikerin, fragte einst: »Wie vereint es sich mit den elementarsten Grundsätzen des Rechts, für eine Tat, die zwei begehen, nur einen zu verachten und zu bestrafen?«

Bestrafung der Freier von Zwangsprostituierten

Die rechtspolitischen Anstöße – vor allem von der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag und des Freistaates Bayern im Bundesrat – beschränken sich auf die Bestrafung der Nachfrage nach Zwangsprostituierten. Eine Übernahme des schwedischen Modells wird nicht erwogen, obwohl es auf der Ebene der EU von vielen Frauenrechts-

organisationen unter Berufung auf die bewusstseinsbildende Kraft des Strafrechts favorisiert wird.

Vor allem zwei Gründe werden dagegen gehalten:

- Es ist äußerst zweifelhaft, ob das schwedische Modell tatsächlich die Prostitution eingedämmt hat. Eher scheint es die Prostitution in den Untergrund gedrängt und damit schwerer kontrollierbar gemacht zu haben.

- Der Europäische Gerichtshof unterstellt die selbständig ausgeübte Prostitution der Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit nach Art. 52 EGV. Viele Expertinnen und Experten halten dies für unvereinbar mit einer umfassenden Strafverfolgung der Freier.

Die 28jährige Katja Husen ist die frauenpolitische Sprecherin vom Bündnis 90/Die Grünen und Mitglied des Bundesvorstandes ihrer Partei. Ihr politisches Ideal sieht sie darin, »den Menschen zu helfen und sie zu befähigen, ihre Freiheit richtig zu nutzen.« Unter dieser Prämisse äußert Katja Husen sich zum Thema Frauenhandel wie folgt: »Eine Freierbestrafung ist leider kein Allheilmittel. Das Beispiel Schweden/Finnland zeigt, dass Freierbestrafung zu einer erneuten Illegalisierung und Marginalisierung von Prostitution führen kann, die sogar den Freiern und Zuhältern zugute kommt, weil sie sich dann mit den Frauen in abgelegene Gebiete zurückziehen, wo diese noch schutzloser sind. Nach dem neuen Menschenhandelsgesetz aus dem vergangenen Jahr haben Freier mittlerweile eine Anzeigepflicht, wenn sie von einem bevorstehenden oder fortbestehenden schweren Menschenhandel erfahren. Das führte in der Vergangenheit schon des öfteren dazu, dass Freier der Polizei einen Hinweis auf mögliche Zwangsprostitution gaben. Diese nützlichen Tipps würden wegfallen, wenn sich die Freier grundsätzlich selbst strafbar machen. Um in der Frage der Freierbestrafung eine sinnvolle Lösung zu finden, müssen deshalb rechtliche Details und mögliche Folgewirkungen sehr genau abgewogen werden.«

Auch der deutsche Frauenrat möchte die Arbeit von selbst bestimmten und legal arbeitenden Prostituierten nicht gefährden. Die Lobby der Frauen hat sich bereits 1998 dafür ausgesprochen, die arbeits- und sozialversicherungsrechtliche Diskriminierung von Prostituierten durch gesetzliche Regelungen zu beenden. Diese Position wurde 2005 von der Mitgliederversammlung in einer Resolution bekräftigt. Dementsprechend lehnte der deutsche Frauenrat die Forderung nach einer generellen Freierbestrafung analog dem schwedischen Modell ab. Lediglich in Fällen, in denen ein Freier nachweislich die Dienste einer Zwangsprostituierten in Anspruch genommen hat wie z. B. Michel Friedman, muss nach Auffassung der Frauenlobby gründlich geprüft werden, ob die Einführung einer Bestrafung sinnvoll und erfolversprechend ist.

Die Bestrafung der Freier von Zwangsprostituierten steht nämlich nach Meinung der meisten Expertinnen und Experten nicht im Widerspruch zum Prostitutionsgesetz, da es sich nicht gegen rechtliche Freiräume für selbständig ausgeübte Prostitution richtet, sondern dem Schutz von Zwangsprostituierten dient. Wer in die BRD gelockt und zur Prostitution genötigt wird, wer von Heiratsvermittlern »zur Probe« angeboten wird, ist kein Adressat der Rechtswohlthaten des Prostitutionsgesetzes. Wird dem Prostitutionsgesetz vorge-

worfen, es mache die Prostitution erst salonfähig, dann darf dies nicht für die Zwangsprostitution gelten.

Die Entwicklung der rechtlichen Beurteilung der Prostitution einerseits und des Frauenhandels andererseits weisen auf einen gemeinsamen Schnittpunkt hin: die Entdeckung des Schutzes der sexuellen Selbstbestimmung. Die rechtliche Zurückhaltung gegenüber der freiwillig ausgeübten Prostitution ist Ausdruck eines freiheitlichen Rechtsverständnisses, wonach es nicht die Aufgabe eines am Rechtsgüterschutz orientierten Strafrechts ist, moralische Verhaltensstandards durchzusetzen oder Menschen vor den Folgen ihrer Lebensentscheidungen zu bewahren, die sie in freier Selbstverantwortung getroffen haben. Gegenüber der Zwangsprostitution ist dagegen ein umfassender Strafrechtsschutz geboten. Damit ist das maßgebliche Rechtsgut einer entsprechenden Strafvorschrift benannt. Freier von Zwangsprostituierten suchen den Sexualkontakt gegen den Willen des Opfers und verletzen damit seine sexuelle Selbstbestimmung. An der Strafwürdigkeit der Freier besteht kein Zweifel: Sie sind die wahren sexuellen Ausbeuter. Ausbeuten heißt, jemandem zum eigenen Vorteil auszunutzen. Kennzeichnend für ein Ausbeutungsverhältnis ist die Behandlung des Ausgebeuteten als Objekt. Der Vorteil des Ausbeuters liegt in dem Nutzen, den er aus der Verletzung der Menschenwürde des Opfers zieht, ein Vorteil, den er nicht erlangen würde, wenn er das Opfer als Person respektieren würde. In diesem Sinne fordert auch Artikel 18 der Europaratskonvention Nr. 197 »on action against trafficking in human beings« vom 16. 5. 2005 eine Bestrafung derjenigen, die wissentlich die Dienste von Menschenhandelsopfern nachfragen – als Menschenrechtsverletzung.

Wie Ermittlungsverfahren gezeigt haben, besteht eine entsprechende Strafbarkeitslücke. Die Freier machen sich nicht wegen Teilnahme am Menschenhandel strafbar, wenn sie die Dienste einer Zwangsprostituierten nachfragen. Die Schwelle zur Strafbarkeit wird erst dann überschritten, wenn die Teilnahme auf das Einwirken selbst abzielt, etwa wenn ein Stammkunde bei seinem Zuhälter exotischen »Nachschub« bestellt oder wenn jemand in die für die Unterdrückung maßgeblichen Strukturen eingebunden ist. § 177 Abs. 1 Nr. 3 StGB greift ebenfalls nicht ein. Zwar befinden sich Zwangsprostituierte häufig in der vom Gesetz »schutzlosen Lage«, weil sie sich den Sexualkontakten nicht entziehen können. Darüber hinaus ist aber erforderlich, dass der Wille des Opfers in dem Sinn gebeugt wird, dass es nur deshalb die sexuellen Handlungen duldet, weil es Widerstand gegen den Täter für aussichtslos hält. Die Bedrohungskulisse wird regelmäßig durch den Zuhälter und nicht durch den Freier geschaffen und aufrechterhalten.

In Betracht kommen schließlich die Körperverletzungsdelikte (§§ 223 ff. StGB). Eine Penetration kann als Eingriff in die körperliche Unversehrtheit angesehen werden. Dieser Eingriff bedarf der Zustimmung durch das Opfer, woran es bei Zwangsprostituierten per definitionem gerade fehlt. Bei den §§ 223 ff. StGB handelt es sich gewissermaßen aber um die »falsche Adresse«, weil sie ein anderes Rechtsgut, nämlich die körperliche Unversehrtheit schützen und nicht das spezifische Unrecht der Verletzung der sexuellen Selbstbestimmung beschreiben.

Im Fall der 2000 im Alter von 30 Jahren verstorbenen Lolo Ferrari (mit bürgerlichem Namen Eve Valois) kommt jedoch jedes Gesetz gegen Frauenhandel zu spät. Aufgewachsen in einem repressiven Elternhaus voller Misshandlung geriet sie als 16jährige an den 22 Jahre älteren Gebrauchtwagenhändler Eric Vigne, der kurz nach ihrer Hochzeit aus dem Autohandel aus- und in den Frauenhandel einstieg. Er entwarf am Computer ein neues Gesicht und einen neuen Busen für seine Frau. Er ließ ihren Körper in zahlreichen Operationen zum »Busenwunder Nr. 1« konstruieren, so dass sie fortan riesige Silikon-Brüste von je 3 kg Gewicht herumtragen musste, die es ihr die letzten Jahre ihres Lebens unmöglich machten, ihr Haus zu verlassen. Als die Ärzte sich nach der vierten Operation weigerten, den Busen mit noch mehr Silikon aufzupumpen, heuerte er einen Flugzeugdesigner an, der ein Gestell für seine Frau entwarf, welches die 3 l Silikon umfasste. Daraufhin führte ein gewissenloser und profitgieriger Arzt die gewünschte Operation aus. Auch die Nase wurde verkleinert, die Stirn und die Wangenknochen erhöht und die Lippen vergrößert, so dass sie nur noch durch den Mund atmen konnte und ihre Lunge nur noch ein Viertel des normalen Volumens hatte. Dergestalt bot er seine Frau gewinnbringend in Bars, auf Jahrmärkten, im Internet und in Pornofilmen zum Verkauf an. Silikon, Tabletten, Alkohol und Diäten ruinierten ihre Gesundheit vollends, zahlreiche Selbstmordversuche folgten, bis sie im April 2000 an einer Überdosis Tabletten starb, nachdem sie wenige Tage zuvor beim lokalen Bestatter ihre Beerdigung geregelt hatte. Sie wurde als Selbstmörderin beerdigt, obwohl sogar die Rede von Mord durch ihren Ehemann war, den sie angeblich wegen eines Geliebten verlassen wollte und der sie um eine Million der Gagen betrogen haben soll. Vor einer Anzeige braucht er sich jedoch nicht zu fürchten, denn die Staatsanwaltschaft ließ ihren Sarg vorsorglich für weitere Untersuchungen verplomben!

Generelle Freierbestrafung

Für die einen ist die Prostitution ein schmutziges Geschäft, für andere völlig normal. Ein boomender Markt ist Prostitution in jedem Fall. Das horizontale Gewerbe erwirtschaftet fast zehnmals soviel Umsatz wie die Musikindustrie. Schätzungsweise 14,5 Milliarden Euro werden jährlich in deutschen Rotlichtvierteln umgesetzt. Die meisten Gelder kommen aus den Portemonnaies heterosexueller Männer.

Trotzdem geht nicht jeder Durchschnittsmann auch zur Prostituierten. Ein Fünftel bis zu einem Drittel der Deutschen war einmal bei einer Hure, ergaben Untersuchungen. Was aber treibt Männer ins Bordell? Der durchschnittliche Freier ist gemäß kanadischer Statistiken mehrheitlich weiß, meist verheiratet, verdient in der Regel gut, hat oft eine Universitätsausbildung und kauft sich Sex, weil er damit keine Verpflichtung eingeht. In einer Freier-Studie unternimmt die Genderwissenschaftlerin Sabine Grenz von der Humboldt-Universität einen Streifzug durch die Kulturgeschichte der Prostitution, gestützt auf Interviews mit 25 Freiern. Vordergründig gibt es unterschiedliche und vielfältige Motivationen von Freiern:

- Stärkerer männlicher Sexualtrieb
- Sich etwas Gutes gönnen
- Entspannung suchen
- Abwechslung suchen
- Spezielle sexuelle Wünsche und Vorlieben ausleben
- Beziehung suchen
- Die totale Verfügbarkeit suchen

Hintergründig jedoch kann in einer Welt, in der Frauen zwei Drittel der Arbeit verrichten, aber nur ein Drittel des Einkommens erhalten und ein Hundertstel des Vermögens besitzen, in der seit ca. 5 000 Jahren die Sexualität der Frauen kontrolliert, ausgebeutet und unterdrückt wird, von einer freiwillig erbrachten sexuellen Dienstleistung ohne kriminelle Begleiterscheinungen wohl kaum die Rede sein. Sie stellt vielmehr nicht nur für Zuhälter, sondern auch für die Medien und diverse andere Wirtschaftszweige ein lukratives Geschäft dar, wie 14,5 Milliarden Euro Jahresumsatz allein in Deutschland, den vor allem Männer kassieren, hinlänglich beweisen. Auch die Tatsache, dass nur etwa 20 Prozent der Prostituierten aus intakten Elternhäusern stammen, ist ein Indiz für die in der Regel soziale, finanzielle oder psychische Notlage, die die Mehrheit von ihnen »freiwillig« ihren Beruf »auswählen« ließ. Die Unterscheidung zwischen einer »guten«, weil selbst gewählten, und einer »schlechten«, weil erzwungenen Prostitution entspricht nicht der Realität. Dies beweisen auch Studien zweier norwegischer Kriminologinnen aus den 1980er Jahren, die 15 Jahre als Durchschnittsalter der ersten Prostitutionserfahrungen ermittelten. Die meisten Prostituierten, die in Beratungsstellen kommen, leiden unter schweren Depressionen bis hin zur Suizidgefährdung. 90 Prozent wurden in ihrer Kindheit sexuell missbraucht, wie ebenfalls amerikanische und skandinavische Studien beweisen.

Ebenso wenig ist der durchschnittliche Verdienst einer Prostituierten ein Zeichen von »der Freiheit der Berufswahl und Berufsausübung«, die Bündnis 90/Die Grünen im Oktober 2000 für die Prostituierten forderten. Das durchschnittliche Monatseinkommen beläuft sich auf 2 000 Euro brutto, nur jede dritte Prostituierte verdient 3 000 Euro, dafür aber jede zweite unter 1 700 Euro. Viele Prostituierte (und dies bezieht sich keinesfalls auf die Beschaffungsprostitution) leben von staatlicher Unterstützung. Zwangsprostituierte aus Osteuropa haben sogar nur einen Bruchteil dieses Einkommens.

Von den Beschaffungsprostituierten haben fast alle Gewalterfahrungen mit Freiern, Zuhältern und Bordellbetreibern, von den »Professionellen« ebenfalls jede zweite. Je jünger die Prostituierte ist, desto hilfloser und desto öfter betroffen ist sie auch. Das Rotlichtmilieu hat sich in den letzten 10 bis 15 Jahren radikal dahingehend verändert, dass es von immer mehr Gewalt und immer mehr Drogen geprägt ist.

Begründet wurde die Reform des Prostitutionsgesetzes von der Grünen Bundestagsfraktion mit knallharten kapitalistischen Argumenten wie der allgemeinen Käuflichkeit von geistiger und körperlicher Arbeitskraft sowie von Sexualität. Doch nicht nur die Kirche lehnt jede Art von Vermarktung des menschlichen Körpers ab. Auch

Feministinnen aller Couleur betrachten Prostitution als Verstoß gegen die Menschenwürde und gegen die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte vom 10. 12. 1948. Betroffene Prostituierte selbst äußerten 1971 in dem Buch »Das verkaufte Geschlecht« von Kate Millett, dass sie »nicht nur Sex, sondern auch ihre Menschenwürde« verkaufen.

Im Wesentlichen lassen sich feministische Zugänge zur Prostitution in zwei Stränge einteilen: Jenem, der Prostitution als pathologischen Auswuchs des Patriarchats betrachtet und deshalb ihre Abschaffung fordert, und dem anderen, der aus einem feministischen Engagement heraus oder als Betroffene die Arbeits- und Lebensbedingungen von Sexarbeiterinnen verbessern will.

So wichtig wie die soziale und rechtliche Gleichstellung von Prostituierten mit anderen Erwerbstätigen auch ist, so kann sie die Prostitution doch niemals zu einem Beruf wie jedem anderen machen, den man sich für seine Tochter wünscht und in den man arbeitslose Frauen auf dem Arbeitsamt vermittelt. Vielmehr sollte man über ihre Abschaffung bzw. über Ausstiegshilfen nachdenken, weil »Prostitution Gewalt ist, Missbrauch, Erniedrigung und Ausnutzung Schwächerer«, wie der schwedische Soziologe Sven-Axel Mansson unmissverständlich äußerte. Und Inger Segelström, die Vorsitzende des schwedischen sozialdemokratischen Frauenverbandes begründete das Anti-Freier-Gesetz damit, dass man verhindern müsse, dass »Männer für Geld Frauen kaufen können«.

Dass Männer einen stärkeren Sexualtrieb haben, ist ohnehin ein Mythos, der die Prostitution keinesfalls rechtfertigen kann. Es gibt keine ernst zu nehmende biologische Studie, die diese These stützen könnte. Im Gegenteil: Seit langem gehört es zum sexualmedizinischen Handbuchwissen, dass die Triebstruktur von Mann und Frau gleich ist. Trotzdem begründen Freier ihre Bordellbesuche mit ihrem vermeintlich starken Trieb. Galten in der Antike junge Männer, die zu Prostituierten gingen, als unbeherrschte Schwächlinge, sind Männer heute stolz auf ihren heftigen Drang, der sie zur Sexarbeiterin zwingt. Diese können sie konsumieren, und bei ihr können sie sich so geben, wie sie sich selbst empfinden. Die Prostituierte ist dabei ein sexuelles Objekt. Sie hat keine eigenen Bedürfnisse, steht sexuell aber zur Verfügung. Der Freier kauft eben doch nicht nur Sex, sondern vor allem Macht.

Prostitution ist keine Sexualität nach Tarif, sondern die Maskierung der Vergewaltigung als Kundschaft. Prostitution funktioniert nur mit Verachtung; gekauft wird nicht die sexuelle Dienstleistung, sondern das Unterjochen eines Körpers mittels männlicher Potenz. Sie ist die Möglichkeit zur Dominanz, zur Erniedrigung, zur Geringschätzung, Ausdruck männlicher Herrschsucht in ihrer brutalsten Form, in der Sexualität nur Mittel und niemals Zweck ist.

Resümee

Auch wenn durch das Anti-Freier-Gesetz die Prostitution in Schweden noch nicht abgeschafft worden ist, so ist es dennoch weltweit einmalig. Nicht mehr die Prostituierten werden diskriminiert, sondern die Freier werden strafrechtlich verfolgt. Die Zahl der Freier ist in Schweden nachweislich um die Hälfte gesunken. Allein das Wis-

sen um Strafe und gesellschaftliche Ächtung schreckt viele Männer ab. Bereits die Demütigung durch das Aufgreifen und die Vernehmung durch die Polizei stellt meist einen nachhaltigen Hinderungsgrund für einen Rückfall dar.

Es gilt, das beispielhafte schwedische Anti-Freier-Gesetz in möglichst vielen Ländern zu übernehmen; nicht nur, um z. B. das Abwandern schwedischer Freier ins Nachbarland Dänemark zu verhindern, sondern besonders, um die Prostitution, den Indikator einer kranken (patriarchalischen) Gesellschaftsstruktur, das Krebsgeschwür einer morbiden Männergesellschaft, zu bekämpfen. Richtet man sich nach der SOLWODI-Umfrage, die über den Zeitraum vom 1. 9. 2005 bis zum 30. 11. 2005 durchgeführt wurde, bedarf es dafür keiner weiteren Diskussion, denn 96 Prozent der befragten Frauen und 91 Prozent der befragten Männer sprachen sich hierin für die Freierbestrafung aus.

»Sich eine Welt ohne Prostitution vorzustellen, heißt die Abschaffung der sexuellen Ausbeutung aller Frauen für möglich zu halten«, sagte einmal die amerikanische Soziologin und Autorin Kathleen Barry. Welch verlockende Vision!

Literatur

Central and Eastern European Harm Reduction Network (Hrsg.): Sex Work, HIV/AIDS and Human Rights in Central and Eastern Europe and Central Asia, Vilnius 2005.
Claudia Gather (Hrsg.): Weltmarkt Privathaushalt, Münster 2005.
EMMA 04/2007, S. 20-23.

WALTER SCHMIDT

Die Revolution von 1848/49 in der deutschen Geschichtskultur

Die Revolution von 1848/49 gehört zu den wenigen Großereignissen in der deutschen Geschichte, in denen ein Aufbruch zu Demokratie und gesellschaftlichen Fortschritt versucht wurde. 1848 war ein Jahr, an das die Menschen in unserem Land wie in vielen anderen europäischen Ländern große Hoffnungen geknüpft hatten. Und die Niederlage des Aufbruchs, das Scheitern der Revolution brachte ebenso große Enttäuschung. Wie hat man sich dem in Deutschland gestellt?¹

Wie wurde diese Revolution in den 16 Jahrzehnten, seit sie stattfand, von der Gesellschaft in Deutschland aufgenommen, behandelt und bewertet, wie stellten sich die verschiedenen sozialen und politischen Kräfte zu ihr; ist sie als eine bewahrenswerte Tradition akzeptiert und bewusst gepflegt oder aber verworfen worden? Die Haltung zur bürgerlich-demokratischen Revolution in der Mitte des 19. Jahrhunderts zeigt plastisch, wie sich die Geschichtskultur in Deutschland in den letzten 160 Jahren entwickelte, welche Faktoren dabei wirksam waren. Am deutlichsten sichtbar wird dies an den öffentlichen Reaktionen in den sechs Jubiläumsjahren, die diese Revolution inzwischen erlebte.² Also soll gefragt werden: Wer stand 1873 zum Erbe von 1848 und wer verschwieg es lieber? Was hatte sich 1898 im Verhältnis der Gesellschaft zur Revolution geändert? Wie wirkte sich eine neue deutsche Revolution, die von November 1918, auf die Wahrnehmung von 1848 im Jahre 1923 aus? Welche Fragen des 1848er Erbes standen 1948 in Ost und West im Zentrum des öffentlichen Interesses? Wie verhielten sich 1973 die beiden deutschen Staaten zu den Ereignissen im Revolutionsjahr 1848/49? Und was schließlich ist neu in der 1848er Erinnerungskultur im staatlich wieder vereinten Deutschland im 150. Revolutionsjubiläum des Jahres 1998, das nun auch schon ein Jahrzehnt zurückliegt?

*

Die Auseinandersetzungen um das Revolutionserbe setzten bereits unmittelbar nach der Revolution ein. In den 1850er Jahren wurden auch schon die Leitlinien des seitdem tobenden Streits um das Erbe von 1848 umrissen.³ Die *Konservativen* adlig-monarchischer Provenienz suchten die Erinnerung an 1848 durch schlichtes Verschweigen zu tilgen, was ihnen größtenteils auch gelungen ist. Sobald sie dieses Ereignis zur Kenntnis nehmen mussten, verteufelten sie die Revolution als Werk von ausländischen Agenten und Irreführten

Walter Schmidt – Jg. 1930, Historiker, Prof. Dr. habil., bis 1990 Direktor des Zentralinstituts für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR; zahlreiche Veröffentlichungen, u. a.: Wilhelm-Wolff-Biographie (2 Bde.), Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution 1848/49, Bürgerliche Revolution und proletarische Emanzipation in der deutschen Geschichte, Helmut Bleiber, Walter Schmidt, Susanne Schötz (Hrsg.), Akteure eines Umbruchs. Männer und Frauen der Revolution von 1848/49, Bd. 1, Berlin 2003, Bd. 2, Berlin 2007. Zuletzt in UTOPIE kreativ: Preußen und die deutsche Geschichtskultur, Heft 127 (Mai 2001).

1 Die folgende Darstellung stützt sich auf und erweitert: Walter Schmidt; Die Revolution 1848/49 in einer sich wandelnden Geschichtskultur, Berlin 2000.

2 Siehe dazu auch: Wolfram Siemann: Die Revolution von 1848 zwischen Erinnerung, Mythos und Wissenschaft 1848-1998, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 1998, Heft 6/7, S. 272 ff.; Günter Wollstein, Gedenken 1848. Tradition im Wandel der Zeit, in: Bernd Rill (Hrsg.) 1848. Epochenjahr für

Demokratie und Rechtsstaat in Deutschland, München 1998, S. 311 ff.; Claudia Klemm: *Erinnert – umstritten – gefeiert. Die Revolution von 1848/49 in der deutschen Gedenkkultur*, Göttingen 2007.

3 Hierzu ausführlich Walter Schmidt: *Die Revolutionsrezeption in den Jubiläumsjahrestagen 1873 – 1898 – 1923*, in: Helmut Bleiber, Rolf Dlubek, Walter Schmidt (Hrsg.), *Demokratie und Arbeiterbewegung in der deutschen Revolution von 1848/49*, Berlin 2000, S. 243-250.

4 Karl Marx an Ludwig Kugelmann, 3. 3. 1869, in: MEW Bd. 32, Berlin 1965, S. 596.

5 Zum folgenden siehe auch Franzjörg Baumgart: *Die verdrängte Revolution. Darstellung und Bewertung der Revolution von 1848 in der deutschen Geschichtsschreibung vor dem ersten Weltkrieg*, Düsseldorf 1976, S. 93-118.

und verteidigten die unbedingte Vorherrschaft der Krone. Die *Liberalen* wiederum rechtfertigten zwar die Vereinbarungspolitik der Parlamente in der Revolution, näherten sich aber in der Machtfrage den konterrevolutionären Siegern an: Nicht ein gewähltes souveränes Nationalparlament, sondern vielmehr die preußische Königsmacht sei entscheidend für die auf einen deutschen Einheitsstaat zielende Nationalbewegung. Nur die *radikalen Demokraten* und die *Sozialisten* bekannten sich zur Revolution und suchten die Erinnerung an sie wach zu halten. Für sie allein war revolutionäre Gewalt legitimes Mittel zur Durchsetzung eines demokratisch-parlamentarischen Systems in einem vereinigten Deutschland. Sie feierten den 18. März als »Freiheitsschlacht«, wobei die Sozialisten – wohl mit vollem Recht – den hohen Anteil der Arbeiter an der Revolution herausstellten.

Eine 1848er Traditionspflege fand in den 1850er Jahren freilich nicht statt. Die Reaktion hatte wieder ganz das Sagen und machte *ihre* praktische Geschichtspolitik. Die Revolution wurde also in der Öffentlichkeit schlicht und einfach totgeschwiegen. Die demokratischen Gegenkräfte waren zu schwach, um eine die Gesellschaft durchdringende 1848er Gedenkkultur zu entwickeln, und die Liberalen zeigten wenig Interesse, an ihre »Jugendsünde« zu erinnern. Marx traf sicher den Kern der Sache, als er 1869 an Kugelmann schrieb, dass »es der Reaktion in Deutschland auch gelungen ist, die Erinnerung an 1848/49 gänzlich zu tilgen.«⁴ Doch es gibt Ausnahmen. In Baden und in der Pfalz – wo übrigens bis heute 1848er Traditionspflege eine Angelegenheit von größeren Teilen der Bevölkerung geblieben ist – waren Friedrich Heckers und Gustav Struves Aufstandsversuche ebenso unvergessen wie die Mordtaten der preußischen Intervenenten vom Frühsommer 1849. Das 1848 geborene »Heckerlied« wie Ludwig Pfaus berühmtes »Badisches Wiegenlied« sprechen eine deutliche Sprache.

*

Zum ersten 1848er Jubiläum wurde der *25. Jahrestag 1873*. Dieser Jahrestag stand unter dem Eindruck der deutschen Reichsgründung von 1871, jenes Ereignisses, das im Verständnis der Konservativen, aber auch der Liberalen fortan zum strahlenden Höhepunkt deutscher Geschichte wurde.⁵ Die Geschichtskultur mehrerer Generationen von Deutschen wurde von diesem Geschichtsbild geprägt, das die Revolution von 1848 ins historische Abseits, bestenfalls in die Vorgeschichte der Reichsgründung stellte. Die 1848er Revolution erschien in diesem ganz auf das Jahr 1871 ausgerichteten Geschichtsbild, das durch die Medien und den Geschichtsunterricht im Volk weite Verbreitung fand, als eine historische Sackgasse, als ein verabscheuungswürdiger Fehlversuch auf dem Weg zur staatlichen Einheit.

Die *Konservativen* nahmen den Jahrestag 1873 gar nicht erst zur Kenntnis. Sie entwickelten ihr an den Erfolgen von 1870/71 festgemachtes Traditionsbild. Der Tag des Sieges über Frankreich von Sedan, der 2. September, wurde neben des Kaisers Geburtstag zum Feiertag erklärt. In Berlin beging man zur Feier des gegen Frank-

reich gewonnenen Kriegs die Einweihung der Siegessäule – die Berliner nennen sie bekanntlich »Goldelse« –, des Denkmals im Tiergarten, das jeder noch heute besichtigen und neuerdings dabei sogar Kaffee trinken kann und wo, wer möchte, sogar Samenspender finden kann. In Lichterfelde legte man den Grundstein für die mit Mitteln aus den französischen Kriegskontributionen erbaute zentrale preußisch-deutsche Kadettenanstalt, wo von 1945 bis 1990 das amerikanische Militär residierte und in der heute die größten Archivbestände zur Reichs- und DDR-Geschichte lagern. Die *Liberalen* – und mit ihnen nicht wenige Demokraten – hatten angesichts der Erfüllung der nationalen Einheitsforderung durch Bismarck mehr oder weniger ihren Frieden mit dem monarchischen Prinzip gemacht und schwiegen sich in den Medien weitgehend aus.

Doch zugleich zeigte sich 1873, dass es durchaus Kräfte in Deutschland gab, die gegen diesen Strom schwimmen wollten und die bereit und in der Lage waren, mit dem Erbe von 1848 eine demokratische Gegenposition zum preußisch-deutschen nationalistischen Konzept aufzubauen.

Wiederbelebt wurde 1873 die Erinnerung an die Revolutionsjahre in der Öffentlichkeit und im Volke vor allem durch die organisierte Arbeiterbewegung – von Lassalleanern wie Eisenachern, die damals noch getrennt marschierten.⁶ Es gab demokratische Märzfeiern in vielen Städten. In Berlin organisierte die Arbeiterbewegung eine wahre Pilgerfahrt zu den Märzgräbern im Friedrichshain. Der von der Polizei verbotene und oft gewaltsam verhinderte Marsch zum Friedrichshain wurde seitdem zur populärsten Demonstration der Berliner Arbeiter im 19. Jahrhundert. Im »Volksstaat« erschien in diesem Jahr Georg Herweghs berühmtes Gedicht: »Achtzehnhundertvierzig und acht« mit dem aufmüpfig-optimistischen »Achtzehnhundert siebzig und drei. Noch sind nicht alle Märzen vorbei«. Die Arbeiterbewegung entwickelte mit den Märzfeiern, die – bis 1914 – zu ihrem wohl wichtigsten historischen Gedenktag wurde, erfolgreich eine Gegentradition zum preußisch-deutschen Sedantag, ein Stück demokratischer Geschichtskultur, die national und international verankert war. Denn es wurde bewusst an zwei Ereignisse zugleich erinnert: an den Berliner 18. März 1848 und an den Pariser 18. März 1871, den Tag der Ausrufung der Pariser Kommune. Die Arbeiterbewegung setzte so der staatsoffiziellen Erbfeindschaft zu Frankreich die demokratische Solidarität mit dem revolutionär aktiven französischen Volk entgegen.

*

Der zweite Jubiläumstag, die *50-Jahr-Feier 1898* weist in der akademischen Geschichtsschreibung zwar einige neue Momente auf. Man begann sich von der bisherigen borussischen Sicht zu distanzieren. Teilweise zurückgenommen wurde auch die Verleumdung des 18. März als Werk von Verschwörern. Eine begrenzte Aufwertung der Revolution wurde eingeleitet; und die akademische Geschichtsschreibung nahm sich jetzt erst der Revolution an.

In der Geschichtskultur änderte sich indes nichts. Immer noch stand vornehmlich die Arbeiterbewegung vorbehaltlos zum Erbe der

6 Beatrix W. Bouvier, Zur Tradition von 1848 im Sozialismus, in: Dieter Dove, Heinz-Gerhard Haupt, Dieter Langewiesche: Europa 1848. Revolution und Reform, Bonn 1998, S. 1169 ff.; Manfred Hettling: Nachmärz und Kaiserreich, in: Christof Dipper und Ulrich Speck: 1848- Revolutionen in Deutschland, Frankfurt/a. M. 1998, S. 11 ff.; Thomas Mergel: Sozialmoralische Milieus und Revolutionsgeschichtsschreibung. Zum Bild der Revolution von 1848/49 in den Subgesellschaften des deutschen Kaiserreichs, in: Jansen, Mergel: Die Revolutionen von 1848/49, Göttingen, S. 247 ff.

7 Franz Mehring: Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, 2 Bde., Stuttgart 1897/98; Wilhelm Liebknecht: Robert Blum und seine Zeit, Nürnberg 1888 und Ders.: Zum Jubeljahr der Märzrevolution, Berlin 1898; Wilhelm Bloss: Die Deutsche Revolution. Geschichte der Deutschen Bewegung von 1848 und 1849, Stuttgart 1891.

8 Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstages, IX. Legislaturperiode, V. Session, 1897/98, S. 1600.

9 S. B. Kan: Nemeckaja istoriografija rewolucii 1848-1849 gg. v Germanii, Moskwa 1962; Dieter Rebentisch: Friedrich Ebert und die Paulskirche. Die Weimarer Demokratie und die 75. Jahrfeier der 1848er Revolution, Heidelberg 1998; Walter Schmidt: Der 75. Jahrestag von 1923: Die Revolution von 1848 in nachrevolutionärer Situation, in: Ders. (Hrsg.), Bürgerliche Revolution und revolutionäre Linke. Beiträge eines wissenschaftlichen Kolloquiums anlässlich des 70. Geburtstages von Helmut Bock, Berlin 2000, S. 189-206.

Revolution, zu den bewegenden Taten des Volkes. Im Vorfeld und aus Anlass des 50. Jahrestages erschienen erstmals umfangreichere Revolutionsdarstellungen aus sozialdemokratischer Feder, die Werke von Franz Mehring, von Wilhelm Liebknecht und von Wilhelm Bloss.⁷ Massenhaft wurden Märzfeiern begangen. Und zum Berliner Friedrichshain demonstrierte man am 18. März natürlich zu Zehntausenden.

Furore machte in der politischen Öffentlichkeit diesmal ein Vorgang im deutschen Parlament. August Bebel forderte im Reichstag genau am 18. März 1848 Konservative und Liberale zu einer gedenkpolitischen Auseinandersetzung über die 1848er Revolution heraus. Die Konservativen kannten nur Hass und Abscheu vor der Revolution und verleumdete die Märzkämpfer immer noch als ausländisches Gesindel. Die Führer der Liberalen stellten die Nationalversammlung über die Berliner Barrikadenschlacht, die ihnen nur eine peinliche Episode war. Bebel hingegen erklärte unmissverständlich, dass die Nationalversammlung nur eine Frucht der Märzrevolution war, und er verteidigte leidenschaftlich die Ehre der Barrikadenkämpfer. Den Konservativen rief er zu: Das Gesindel werden wir ihnen noch eintränken. »Das werden wir ihnen nicht vergessen. Es ist eine Infamie, die Männer, die damals ihr Leben in die Schanzen schlugen und für ihre Ideale kämpften, in solcher Weise zu beschimpfen. Die Männer haben im Jahr 1848 das getan, was Sie 1870 getan zu haben vorgeben und sich dessen rühmen. Wäre 1848 geworden, was die damaligen Kämpfer des Volkes also machen wollten, dann war 1870 unnötig. Dann wäre das Deutsche Reich in ganz anderer Macht und Herrlichkeit als heute schon damals gegründet worden.«⁸

Doch neben den Sozialdemokraten führten nun auch Linkliberale und Demokraten eigene Erinnerungsfeiern durch. In Frankfurt am Main fand – wie schon 1873 – Ende März eine von der Deutschen Volkspartei einberufene Festveranstaltung zu Ehren der 1848er Revolution statt, auf der Leopold Sonnemann und Ludwig Quidde die gehaltvollsten Reden hielten. Auch hier durchzog *ein* Kerngedanke die Ansprachen: Ohne 1848 bestünde kein Reichstag, kein Deutsches Reich, keinerlei nationale Errungenschaft, keine bürgerlichen Freiheiten, die es zu verteidigen gelte. Und Quidde verteidigte sogar das Recht des Volkes auf Revolution.

*

Der 75. Jahrestag fiel ins Jahr 1923, in die Schlussphase der so genannten revolutionären Nachkriegskrise.⁹ Die Rückbesinnung auf 1848 stand nun im Zeichen einer zweiten Revolution, der Novemberrevolution von 1918 und der in ihrem Gefolge gegründeten bürgerlich-demokratischen Weimarer Republik. Entstanden war ein neuer sozialpolitischer Boden für die historische Standortbestimmung von 1848; es existierten objektive Bedingungen für eine positivere öffentliche 1848er Gedenkkultur. Wie sind sie genutzt worden?

Zwar blieben die Konservativen im akademischen Wissenschaftsbetrieb wie in der offiziellen Geschichtsvermittlung beherrschend und lehnten die Revolution nach wie vor ab. Doch formierte sich

jetzt erstmals ein gewiss weniger einflussreicher Flügel in der akademischen Forschung, der sich eins wusste mit der Republik und mit der konservativen Missachtung der Revolution brach. Diese »Vernunftrepublikaner« liberaler wie demokratischer Provenienz befassten sich indes weniger mit der »Revolution der Straße«, griffen hingegen vor allem auf das Erbe der Paulskirche zurück und suchten, von 1848 her eine staatstragende, auf die Weimarer Verfassung bezogene parlamentarische Tradition aufzubauen. Schon die Anzahl der jetzt vorgelegten Publikationen, häufig waren es Graduararbeiten, bezeugte, dass sich ein Wandel abzuzeichnen begann. Die zu 1848 vorgelegten Arbeiten lagen allein im Jahrfünft zwischen 1918 und 1923/24 wesentlich höher als in den zwei Jahrzehnten von 1898 bis 1918. Überdies begannen sich neue Tendenzen, deren Anfänge bis in die Jahrhundertwende zurückreichten, durchzusetzen. Nicht nur Liberale, auch Demokraten und sogar Vertreter der achtundvierziger Arbeiterbewegung wurde Interesse entgegengebracht. Um letzteres machte sich vor allem der jüdische Historiker Gustav Mayer verdient, der erste Biograph Friedrich Engels'.¹⁰

Am deutlichsten kamen die neuen Tendenzen in Veit Valentins 1930/31 erschienenen zweibändigen Standardwerk »Geschichte der deutschen Revolution 1848/49« zur Geltung. Es war die erste umfassende wissenschaftliche Gesamtdarstellung. Sein Werk durchbrach in entscheidenden Fragen das bisherige, von der akademischen Geschichtsschreibung konzipierte Revolutionsbild. Es hob sich von allen vorangegangenen Darstellungen durch zweierlei deutlich ab: Valentin setzte erstmals in der akademischen Zunft an die Stelle der Reichsgründung von 1871 den März 1848 als die, wie er schreibt, »große Gesichtswende der Deutschen im neunzehnten Jahrhundert. Es gibt seitdem Vormärz und Nachmärz.«¹¹ Er überwand zumindest partiell auch die bisherige Beschränkung auf die parlamentarisch institutionalisierte Revolution und wies den revolutionären Volksbewegungen einen vorderen Platz im Revolutionsbild zu. Bei aller unübersehbaren Sympathie und Vorliebe fürs Nationalparlament und für die Liberalen stand für ihn das Recht des Volkes auf Revolution außer Frage.

In der Geschichtskultur deuteten sich noch stärker neue Tendenzen an. Die Revolutionsgedenkefeier fand am 18. Mai und wie schon 1873 und 1898 in Frankfurt am Main statt. Von der Stadt Frankfurt veranstaltet, von liberalen, demokratischen und sozialdemokratischen Vertretern getragen, nahmen zum ersten Mal offizielle Repräsentanten des Staates teil. Namentlich die Anwesenheit des Reichspräsidenten Friedrich Ebert verlieh der Veranstaltung einen gewissen staatsoffiziellen Charakter.

Inhaltlich stand die Feier im Zeichen einer historischen Kontinuität von 1848 über 1871 zur Weimarer Verfassung von 1919. »Ohne 1848 nicht Bismarcks einiges Reich, ohne 1848 nicht das Reich der freiheitlichen Weimarer Verfassung«, hieß es.¹² Die Nationalversammlung und ihr Werk, die Grundrechte und die Reichsverfassung, wurden zum eigentlichen 1848er Traditionselement erklärt. Die Arbeit der Paulskirche war jetzt ein Markstein, der dank der Grundrechte und der Verfassung bis in die Gegenwart hineinreicht.

10 Gustav Mayer: Friedrich Engels. Eine Biographie, Bd. 1: Friedrich Engels in seiner Frühzeit 1820 bis 1851, Berlin 1920; Bd. 2: Friedrich Engels und der Aufstieg der Arbeiterbewegung in Europa, Den Haag 1934; Neuausgabe Köln 1971 und Frankfurt/M., Berlin, Wien 1975.

11 Veit Valentin: Geschichte der Deutschen Revolution 1848-1849, Bd. 1, Berlin 1930, S. 339; Zur Einschätzung des Werks siehe Hans Schleier, Die bürgerliche deutschen Geschichtsschreibung der Weimarer Republik, Berlin 1975, S. 346-398, hier S. 376-390.

12 Otto Hörth: Gedenkeiern 1873-1898-1923, Frankfurt/M. 1925, S. 63.

13 Ebenda, S. 87.

14 Ebenda, S. 85.

Ebert zog noch eine weitergehende Kontinuitätslinie: Die Männer der Paulskirche »hatten einen Volksstaat auf demokratischer Grundlage zum Ziele. Dieses Ziel wurde damals nicht erreicht, aber wir sind jenen Bestrebungen treu geblieben. Heute haben wir den demokratischen Volksstaat, ein Volk, ein Vaterland.«¹³ Der sozialdemokratische Reichstagspräsident Paul Löbe aktualisierte das 1848er Erbe noch deutlicher nach links: Heute habe sich »eine neue Kraft in die Träger des Staates eingereiht, die Arbeiter, das Proletariat.«¹⁴

Die *Sozialdemokratie* berief sich nun zwar ebenfalls auf die Nationalversammlung, aber sie hob stärker den demokratischen Kern der 1848er Revolution hervor, den sie an den Volksbewegungen als der eigentlichen Wurzel von Volkssouveränität, Nationalparlament und Reichsverfassung festmachte. Der 18. Mai hatte den 18. März noch keineswegs verdrängt. Für die Sozialdemokratie war die Weimarer Republik, deren bürgerliche Grenzen ungenannt blieben, als »Volksstaat des einigen und freien Deutschland« bereits die Erfüllung des Vermächtnisses von 1848. Deutlicher noch hob sich die sozialdemokratische 1848er Gedenkkultur von liberalen und demokratischen Erinnerungen durch die Betonung des sozialen Elements, der Rolle der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in der Revolution ab. Der 1924 gegründete und von Sozialdemokraten dominierte Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold berief sich ausdrücklich auf den »Geist von 1848« und suchte diese Tradition mit der Pflege des Weimarer Verfassungstages (11. August) zu verbinden.

Auch die *Kommunisten* betrachteten die Beseitigung der Monarchie durch die Novemberrevolution als einen Akt demokratischer Korrektur der Reichsgründung von 1871. Doch weigerten sie sich wegen des kapitalistischen Charakters der Republik vehement, Weimar als Erfüllung von 1848er Revolutionszielen zu akzeptieren. Sie kehrten im Gegenteil – sicher über Gebühr – die bürgerlichen Grenzen der Weimarer Republik heraus und suchten entsprechend ihrer weltrevolutionär-kommunistischen Zielsetzung das Jahr 1848 vor allem damit in Beziehung zu setzen. Ihr Bekenntnis zur Revolution von 1848 verband sich mit der Berufung auf das im gleichen Jahr erschienene »Kommunistische Manifest«. Auch hielten die Kommunisten fest an der bis 1900 von der Sozialdemokratie vorgenommenen Verknüpfung von bürgerlich-demokratischer deutscher Märzrevolution und proletarischer Pariser Revolution vom 18. März 1871. Sie werteten den europäischen Charakter der 1848er Revolutionsbewegung gleichsam als einen Vorläufer der anvisierten Weltrevolution.

Der 75. Jahrestag offenbarte in der Gedenkkultur neue Aspekte. 1848er Traditionspflege war nicht mehr nur eine subkulturelle Domäne von Arbeiterbewegung und »vaterlandslosen« Demokraten, sondern wurde erstmals staatsoffizielle Angelegenheit. Allerdings vollzog sich mit der schrittweisen und zögerlichen Anerkennung der Revolution als Erbe durch liberale und demokratische bürgerliche Kräfte wie durch die nun staatstragende Sozialdemokratie auch eine Schwerpunktverlagerung vom 18. März auf den 18. Mai, von den von der Arbeiterbewegung bisher favorisierten Volksbewegungen auf das Nationalparlament und sein Werk, die Reichsverfassung.

*

Zentenarien werden in der Regel intensiver begangen. Das galt auch und gerade für den *100. Jahrestag von 1948*.¹⁵ Wiederum war eine neue geschichtliche Situation entstanden. Drei Jahre nach der Zerschlagung des Faschismus waren die Jahrhundertfeiern beherrscht von zwei historisch-politischen Problemen, und zwar in Ost und West. Zum einen musste die Erinnerung an 1848 jetzt zwangsläufig verbunden werden mit einer kritischen Bilanz der letzten 100 Jahre deutscher Geschichte, mit einer Abrechnung mit dem, was die einen bald »deutschen Sonderweg« nannten und die anderen als »deutsche Misere« bezeichneten: mit von der Reaktion geprägten antidemokratischen Entwicklungen, die in die bisher tiefste Katastrophe Deutschlands geführt hatten. Zum anderen wurde angesichts des infolge gegensätzlicher gesellschaftlicher Entwicklungen akut werdenden Verlustes der nationalen Einheit überall die nationale Frage thematisiert, indes schon mit unterschiedlichen politischen Zielsetzungen. Der kalte Krieg zwischen Ost und West war bereits voll im Gange. Die politische Polarisierung war auch in der Geschichtskultur, bei der Rezeption der 1848er Revolution nicht zu verkennen. Jede politische Richtung beschwor zwar die Bewahrung der Nation als Vermächtnis von 1848. Aber außer diesem allgemeinen Bekenntnis zur nationalen Einheit gab es zwischen Ost und West keine Gemeinsamkeiten.

Noch kein Jubiläum zuvor hatte so viele historisch-politische Aktivitäten zu verzeichnen wie der hundertste Jahrestag. Alle Parteien und andere politisch oder kulturpolitisch engagierte Organisationen sahen sich zu Stellungnahmen veranlasst. In zahlreichen Städten fanden spezielle Ausstellungen statt, in Berlin allein vier. Die DEFA wartete mit einem Gedenkfilm auf: »Und wieder 48«. Ungezählt waren die Broschüren und wissenschaftlich-populären Arbeiten, die in diesem Jahr zum Revolutionsereignis erschienen. Sämtliche Landesregierungen publizierten Vorträge, Erinnerungsmaterialien und Revolutionsdokumente; mancher Reprint erblickte das Licht der Welt; die Schulbehörden gaben Richtlinien für die Behandlung des Themas 1848/49 im Unterricht heraus.

Der Inhalt der Gedenkveranstaltungen in Ost und West machte die Gegensätzlichkeiten in der 1848er Erinnerungskultur kenntlich. Schon der Zeitpunkt der Feiern gab Auskunft, welche Schwerpunkte gesetzt wurden: 18. März oder 18. Mai, Parlament oder Märzrevolution war die Gretchenfrage.

Die Jahrhundertfeiern in der sowjetischen Zone und in Ostberlin waren fast ausschließlich der Märzrevolution, mit dem Berliner 18. März als Höhepunkt, gewidmet. Die Frankfurter Nationalversammlung blieb mehr oder weniger am Rande, nahezu ausgeklammert. Der politische Kern des Gedenkens an 1848 in der Ostzone war die Legitimation des bereits vollzogenen gesellschaftlichen Umwälzungsprozesses als, wie es hieß, Zuendeführung der 1848er Revolution und der mit ihr begonnenen bürgerlich-demokratischen Umwälzung. »Wir werden vollenden, was sie begannen«, so formulierte es Wilhelm Pieck auf einer Massenkundgebung am 18. März 1948.¹⁶

In den Westzonen hingegen wurde der 18. März weitgehend unbeachtet gelassen. Bayern und Hamburg votierten sogar für einen

15 Zu den Jahrestagen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts von unterschiedlichen Standpunkten ausführlicher Helmut Bleiber: Der Umgang mit dem historischen Erbe. Zur Rezeptionsgeschichte von 1848/49 in der BRD und in der DDR, in: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Nr. 34, 9. Jg., Juni 1998, S. 129 ff.; Walter Schmidt: Das Erbe der Revolution von 1848 in den Jubiläumsjahren 1948 – 1973 – 1898. Geschichtsforschung und Geschichtspolitik, in: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät, Bd. 27, Jg. 1998 Heft 8, S. 79-135; Edgar Wolfrum: Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg der bundesrepublikanischen Erinnerung 1948-1990, Darmstadt 1999, S. 39 ff.; Ders.: Bundesrepublik Deutschland und DDR, in: Christof Dipper und Ulrich Speck: 1848. Revolution in Deutschland, Frankfurt/M. 1998, S. 25 ff.

16 Neues Deutschland, 19. 3. 1948.

17 Hans Rothfels: Betrachtungen im Abstand von hundert Jahren, Darmstadt 1972, S. 31, 43.

18 Hierzu Walter Schmidt: Forschungen zur Revolution von 1848/49 in der DDR. Versuch eines historischen Überblicks und einer kritischen Bilanz, in: Ders. (Hrsg.), Demokratie, Liberalismus und Konterrevolution, Studien zur deutschen Revolution von 1848/49, Berlin 1998, S. 11 ff.

gänzlichen Verzicht auf das Revolutionsgedenken, da 1848 »keine bedeutende Umwälzung« gewesen sei. Die eigentliche Revolutionsfeier fand in den Westzonen am Eröffnungstag der Nationalversammlung, am 18. Mai in der Paulskirche statt. Man berief sich auf den 1848 begründeten Parlamentarismus und auf die Grundrechte. Die Verwirklichung einer parlamentarischen Repräsentativdemokratie und die »Verwestlichung« der politischen Verhältnisse, wie es damals vor allem von Hans Rothfels formuliert wurde¹⁷, erschienen hier als Erfüllung des Vermächtnisses von 1848. Die Aktionen des Volkes blieben demgegenüber ausgeblendet.

Die Geschichtsschreibung unterlag wie die öffentlichen Feiern gleichermaßen den außerwissenschaftlichen gesellschaftspolitischen Problemlagen. Ein Bruch mit der liberal-konservativen Sicht auf die Revolution fand in den Westzonen nicht statt. Auch blieb man immer noch auf das Jahr 1871 fixiert. Neu war die sich formierende marxistische Geschichtsschreibung in der sowjetischen Besatzungszone.¹⁸ Sie rückte – den Traditionen der Historiker der Arbeiterbewegung folgend – an die Stelle des bürgerlich-liberalen Favoriten »Paulskirche« drei Aspekte in den Mittelpunkt: *Erstens* wandte sie sich den realen revolutionären Auseinandersetzungen des Jahres 1848/49, insbesondere den Aktionen der Volksklassen zu. *Zweitens* zeigte sie besonderes Interesse an der Rolle der Arbeiter und der Entwicklung der Arbeiterbewegung in der Revolution, namentlich am Wirken von Marx und seinen Anhängern. *Drittens* beschäftigte sich die marxistische Revolutionsforschung mit der Haltung der liberalen Bourgeoisie in der Revolution, die heftig kritisiert und als Verrat bezeichnet wurde.

In allen drei Punkten wirkte die marxistische Revolutionsforschung als Herausforderung auf die traditionelle deutsche Geschichtswissenschaft. Zugleich hafteten ihr zunächst wesentliche Mängel an. Die Behandlung der Arbeiter war nicht frei von Überhöhungen und verklärenden Überzeichnungen. Auch wurde der Einfluss von Marx und Engels überdimensional untersucht und sicher auch überbewertet, die Arbeiterverbrüderung hingegen vernachlässigt. Der totalen Verdammung der Volksbewegungen durch die traditionelle Historiographie war nicht recht beizukommen mit einer ebenso totalen Positivbewertung der Rolle der Massen in der Revolution. Deren Grenzen, die politische Unreife und Verführbarkeit durch die Konterrevolution wurden nicht thematisiert. Die anfänglich gänzlich unkritische Rezeption Marx-Engelscher Urteile über die 1848er Liberalen und Demokraten führte zu oft pauschal grobschlächtigen Negativbewertungen dieser beiden politischen Hauptströmungen in der Revolution. Diese wurden erst dank intensiverer Detailforschungen in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre sukzessive abgebaut und wichen einem differenzierteren Bild.

*

Der 125. Jahrestag von 1973 fiel in die Hochzeit der deutschen Zweistaatlichkeit, in eine Zeit, in der auch zwei deutsche Geschichtswissenschaften existierten und miteinander konkurrierten. Der »Streit um das Erbe« – ein treffender Begriff, den der Kölner

Historiker Günter Wollstein damals prägte¹⁹ – war in vollem Gange, auch und gerade um das Jahr 1848. Denn *beide* deutsche Staaten suchten natürlich, auch wenn dies nicht selten bestritten wird, in dieser Revolution ihre jeweilige historische Legitimation.²⁰

Das Revolutionsgedenken war verständlicherweise nicht annähernd so umfangreich wie ein Vierteljahrhundert zuvor. Und es schien auf geschichtskulturellem Felde gegenüber 1948 auf den ersten Blick auch nichts Neues zu geben. Gleichwohl zeichneten sich in der Forschung in Ost und West im Ansatz bereits höchst bedeutsame neue Tendenzen ab.

In der *DDR* feierte man wie eh und je den 18. März und ließ die Nationalversammlung offiziell noch immer mehr oder weniger links liegen. Dennoch kündigten sich Wandlungen in der Erinnerungskultur an. Es erfolgte eine stärkere Betonung der sozialen Verbindungsfäden zwischen der bürgerlichen Revolution von 1848 und dem – wie es hieß – siegreichen Sozialismus auf deutschem Boden. Das war verbunden mit einer Aufwertung der Revolution als Ganzem. Nicht mehr die Folgen der Niederlage, sondern auch die positiven mittel- und langfristigen Wirkungen der Revolution wurden jetzt hinterfragt. Auch begann man, nicht nur demokratische und proletarische Traditionen von 1848 zu pflegen, sondern auch die Bestrebungen des liberalen Bürgertums als ein – bei aller Kritik – positiv zu würdigendes Erbe der neuen Gesellschaft anzunehmen. Diese Tendenzen setzten sich freilich erst in den 1980er Jahren voll durch.

In der *Bundesrepublik* stand demgegenüber die Nationalversammlung nach wie vor hoch im Kurs und blieben die revolutionären Kämpfe des Volkes immer noch weitgehend unbeachtet. Und das, obwohl Gustav Heinemann als geschichtsbewusster Bundespräsident, der sich demokratischen Traditionen verpflichtet wusste, bereits an der Wende von den 1960er zu den 1970er Jahren gefordert hatte, die revolutionären Traditionen nicht der *DDR* zu überlassen, sondern dieses Erbe in das Traditionsverständnis der Bundesrepublik einzubringen. Die seit 1969 regierende sozial-liberale Koalition traute sich jedoch nicht, Heinemanns Forderung auch erinnerungspolitisch umzusetzen, mit dem Tabu Paulskirche zu brechen und stattdessen oder wenigstens zusammen mit dem Parlament auch die Revolution der Straße zu feiern. »Noch heute wirkt in der Bundesrepublik nach«, hieß es damals in der *Frankfurter Rundschau*, »dass einst das offizielle Deutschland von Kaiser Wilhelm II. bis Friedrich Ebert die Revolution wie die Sünde hasste. Während vor zwei Jahren die Jahrhundertfeier der Reichsgründung mit offiziellem Pomp begangen wurde, wird die 125-Jahr-Feier der Revolution von 1848/49 ins Kulturprogramm abgeschoben«; man habe »bislang die Revolution als ›Volksbewegung‹ kaum zur Kenntnis genommen und sie schon gar nicht als glücklichere Alternative zur tatsächlichen deutschen Geschichte anerkannt«.²¹ Eins setzte Heinemann allerdings durch, die Einrichtung eines Revolutionsmuseums in Rastatt, in der Stadt, dessen Festung die letzte Bastion der deutschen Revolution beherbergt hatte. Es wurde zum Jahrestag eröffnet.

In der Forschung der *BRD* begannen jüngere Historiker, den Anregungen Heinemanns folgend, die Parlaments-Barriere zu durchbrechen. Vor allem die nun aufkommende Aktions-, Konflikt- und

19 Günter Wollstein: 1848 – Streit um das Erbe, in: Neue Politische Literatur, 1975, H. 4, S. 491 ff. und 1976, H. 1, S. 89 ff.

20 Zum folgenden siehe auch Walter Schmidt: Das Erbe der Revolution von 1848 in den Jubiläumsjahren 1948 – 1973 – 1898. Geschichtsforschung und Geschichtspolitik, in: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät, Bd. 27, Jg. 1998 Heft 8, S. 79-135.

21 Joachim Paschen: Sündenfall Revolution? 1848 aus der Sicht der *DDR*-Historiker, in: Frankfurter Rundschau, 4. 8. 1973.

Protestforschung nahm sich der radikalen Demokratie, der Arbeiterbewegung und der revolutionären Volksbewegungen an. Eine Hinwendung zur 1848er »Revolution der Straße« und zu den demokratischen Organisationsbestrebungen setzte ein; und selbst Kritik am Versagen des Liberalismus kam erstmals zu Wort.

Während sich Forschungsinteresse wie gedenkkulturelle Bemühungen in der DDR – grob gesprochen – von der äußersten Linken und den revolutionären Bewegungen zur gesamten Demokratie und schließlich zum Liberalismus hin, gleichsam von links nach rechts und von unten nach oben, weiteten, ging die bundesdeutsche Forschung den umgekehrten Weg. Und auch dies verdient festgehalten zu werden. Der politisch determinierte Erbschaftsstreit der beiden deutschen Staaten um 1848 zeitigte produktive Wirkungen für die Revolutionsforschung wie für die Entwicklung der deutschen Erinnerungskultur. Wie Heinemanns Aufforderung zur Integration revolutionär-demokratischer Elemente ins Traditionsverständnis der Bundesrepublik, aber auch die Entdeckung der »Revolution der Straße« durch die bundesdeutsche Forschung wohl ohne den Druck der DDR-Traditionspflege nicht vollends zu verstehen sind, so war die Ausdehnung der DDR-Erbesicht auf die ganze 1848er Demokratie und vor allem auf den Liberalismus sowie die einsetzende Wertschätzung des Nationalparlaments fraglos auch eine Reaktion auf westdeutsche differenzierende Schwerpunktsetzungen. Man regte sich gegenseitig an und provozierte neue Fragestellungen. Von beiden Seiten wurden Beiträge zu einem tieferen Verständnis der Revolution geliefert.

*

22 Rüdiger Hachtmann: 1848 – Bilanz eines Jubiläumjahres. Anmerkungen zum Problem der Traditionsbildung. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 43. Jg. 1998, H. 12, S. 1489 ff.; Manfred Gailus: Deutsche Revolutionsfeierlichkeiten 1998. Zwischenbemerkungen zu Politik und Kultur der Erinnerung an 1848, in: Werkstatt Geschichte, 7. Jg., 1998, S. 59 ff.; Walter Schmidt, Eine deutsche Revolution hatte Konjunktur. 1848/49 und die politische Öffentlichkeit im 150. Jubiläumjahr, in: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Nr. 42, 11. Jg., Juni 2000, S. 139 ff.; Ders.: Tendenzen in der 1848er Revolutionsforschung und Gedenkkultur im Umfeld des 150. Revolutionsjubiläums von 1998, in: Wolfgang Eichhorn, Wolfgang Küttler (Hrsg.), Was ist Geschichte. Aktuelle Entwicklungstendenzen von Geschichtsphilosophie und Geschichtswissenschaft, Berlin 2008, S.203-214.

Der 150. Jahrestag von 1998 hat sich unter all den bisherigen Jubiläumstagen in der Geschichtskultur einen besonderen Platz erobert.²² Nahezu alle großen Zeitungen widmeten dem Revolutionsjubiläum vor allem im März, April und Mai 1998 umfangreiche Artikel. Zahlreiche Ausstellungen zum Revolutionsgeschehen von 1848/49 wurden eröffnet. Ein ganz unvollständiges Verzeichnis der veröffentlichten Kataloge zählt gut 20 durchweg gehaltvolle Bücher. Ungezählt sind die lokalen und regionalen Veranstaltungen, die Vortragsreihen, Revolutionsfeiern, Musikabende und historischen Stadtführungen zum Revolutionsjubiläum. Der baden-württembergische Revolutionsalmanach verzeichnete in 150 Städten und Gemeinden weit mehr als 600 Erinnerungsveranstaltungen zu 1848/49.

Das Gedenken an 1848 wurde in der Öffentlichkeit zu einem zentralen Anliegen. Dazu trug nicht zuletzt sicher auch der Umstand bei, dass mit der staatlichen Vereinigung Deutschlands sichtlich neue Rahmenbedingungen für die Revolutionserinnerung entstanden. Es könnte scheinen, als ob sich der seit eineinhalb Jahrhunderten währende und namentlich in der Zeit der deutschen Zweistaatlichkeit dominierende gegensätzliche geschichtspolitische Umgang mit dem Erbe von 1848 erledigt hat. Dass dem so nicht ist, wird deutlich, wenn man nach den Tendenzen der 1848er Revolutionserinnerung in der öffentlichen Geschichtskultur fragt. Was war 1998 neu? Was verblieb in alten Bahnen?

Im Gegensatz zum 19. Jahrhundert, aber auch anders als in den Jubiläen des 20. Jahrhunderts wurde die 1848er Revolution jetzt erstmals im wesentlichen als ein progressives, der Erinnerung und Pflege wertiges Ereignis der deutschen Geschichte von der Gesellschaft akzeptiert. Dass die DDR in den vier Jahrzehnten ihrer Existenz ein durchweg positives Verhältnis zur »Revolution der Straße« entwickelt hatte, blieb nicht ohne Einfluss auf die heutige deutsche Geschichtskultur und scheint auch im geeinten Deutschland nachzuwirken. Der Umgang mit der Revolution, auch mit den Aufständen, Barrikadenkämpfen, revolutionären Militäraktionen, Unruhen und Emeuten ist jedenfalls vor allem in den alten Bundesländern unbefangener geworden. 1848 hat im öffentlichen, auch offiziellen Geschichtsverständnis das Reichsgründungsjahr 1871 zumindest zurückgedrängt. Veit Valentins Sicht scheint sich durchzusetzen. Und auch Gustav Heinemann widerfährt Anerkennung in der Öffentlichkeit. Die Revolutionsgedenkefeier am 18. Mai in der Frankfurter Paulskirche war 1998 offizielle Angelegenheit des Staates. Die Festrede hielt der Bundespräsident. Erstmals wurde die Revolution auch im Bundestag gewürdigt.

Was den Inhalt des Revolutionsverständnisses angeht, so traten in Politik und politischer Öffentlichkeit dennoch wesentliche Unterschiede zutage. Bei aller Akzeptanz der 1848er Revolution als Höhepunkt deutscher Geschichte im 19. Jahrhundert taten sich – wie in den vergangenen eineinhalb Jahrhunderten – nach wie vor gravierende Differenzen in der Schwerpunktsetzung der 1848er Traditionen auf. Bei den staatsoffiziellen Jubiläumsveranstaltungen blieb unverändert die herkömmliche Orientierung auf Parlament und Reichsverfassung charakteristisch. Roman Herzog entschied sich nicht – wie einst Gustav Heinemann – dafür, die 1848er Volkserhebungen und -bewegungen »von unten« als wesentliches Element ins 1848er Revolutionsverständnis aufzunehmen, sondern rückte – wie eh und je – den Parlamentarismus und die liberalen Prinzipien von 1848 ins Zentrum.²³ Auch in der Bundestagsdebatte wurden die Kämpfe des Volkes kaum gewürdigt. Lediglich Uwe-Jens Heuer als PDS-Vertreter brachte sie ins Spiel, indem er darauf verwies, dass erst die revolutionären Taten der Arbeiter, Handwerker und Studenten im März 1848 das Werk der Paulskirche möglich gemacht haben.²⁴

Die »nationale« Revolutionsfeier fand auch in diesem Jahr nicht am 18. März und nicht in Berlin statt, sondern am 18. Mai, dem Eröffnungstag der ersten deutschen Nationalversammlung, und in Frankfurt. Die zentrale Revolutionsausstellung »1848 – Aufbruch zur Freiheit« wurde ebenfalls in Frankfurt und nicht in Berlin veranstaltet. Märzrevolution und Frankfurter Parlament als gleichermaßen legitime 1848er Traditionselemente ins öffentliche Bewusstsein zu heben, hätte eine neue Normalität im Umgang mit dem Revolutionserbe signalisiert. Doch ist Berlin für das offizielle deutsche Geschichtsverständnis immer noch kein Zentralort für 1848er Tradition. In der offiziellen Politik blieb der 18. Mai, also die Frankfurter Nationalversammlung, und nicht der 18. März, die »Revolution der Straße«, als bewahrenswertes Erbe von 1848 im Zentrum. Die Frankfurter Paulskirche rangiert immer noch vor dem Berliner Friedrichshain. Das Revolutionsgedenken war auch nach 150 Jahren immer noch gespalten.²⁵

23 Roman Herzog: Ein neues Zeitalter der Demokratie, in: Das Parlament. Nr. 24. 5. Juni 1998.

24 Ebenda, S. 8.

25 Christoph Hamann: Der Barrikadenkampf und die Paulskirche – ein Widerspruch? Die Revolution von 1848/49 in der deutschen Erinnerungskultur, in: Aufruf. Heraus zum 18. März!, 11. Jg., 2008, S. 9.

26 Christoph Hamann: (Kein) Denkmal für die 1848er?, in: Geschichte, Erziehung und Politik. Magazin für historische und politische Bildung, 8. Jg., 1997, H. 4, S. 213 ff.; Ders.: Das Geburtsjahr des Parlamentarismus in Deutschland. Die Märzrevolution von 1848 und der Senat von Berlin oder Berlin ist nicht Backnang, in: Durchsicht. Forum für Museumspädagogik in Berlin und Brandenburg, 8. Jg., 1997, Heft 2, S. 3 ff.

27 Die wichtigste Jubiläumsveröffentlichung zur Berliner 1848er Revolutionsgeschichte ist das Werk von Rüdiger Hachtmann: Berlin 1848. Eine Politik- und Gesellschaftsgeschichte der Revolution, Bonn 1997; ferner sind zu nennen: Bärbel Holtz, Dieter Wegert (Hrsg.): Frei und einig! Porträts aus der Revolution von 1848, Berlin 1998; Heinz Warneke, Barrikadenstandorte 1848. Ein Beitrag zur Berliner Heimatkunde, Berlin 1998; Bernd Hildebrandt (Hrsg.): Volksversammlungen in den Zelten. Kinderstube der Demokratie, Berlin 1998; Kurt Wernicke: Vormärz – März – Nachmärz. Studien zur Berliner Politik- und Sozialgeschichte, Berlin 1999.

Die offenkundige Schiefelage in der 1848er Erinnerungskultur wurde noch dadurch verschärft, dass das offizielle Berlin, inzwischen immerhin die deutsche Hauptstadt mit Parlaments- und Regierungssitz, sich geradezu revolutionsabstinent verhielt.²⁶ Die wiederholt beklagte deutsche »Traditionsvergessenheit«, natürlich nur gegenüber demokratischem Erbe, erreichte hier einen Gipfel. Was hier zum 18. März geschah, war nahezu ausschließlich Initiativen von unten zu verdanken, vor allem der »Aktion 18. März«, die seit Jahrzehnten sich um die Berliner 1848er Traditionspflege bemüht und immer wieder, freilich erfolglos, Anlauf nahm, um den 18. März zum deutschen Nationalfeiertag zu erklären. Ihr Verdienst war ein Gedenkzug vom Tiergarten, wo 1848 die großen Berliner Volksversammlungen vor den Toren der Stadt stattfanden, zum Friedhof der Märzgefallenen im Friedrichshain. Der Senat war zunächst nur bereit gewesen, einer kleinen, schäbigen, immer noch recht ungepflegten Ecke in der Nähe der alten Singakademie, dem sogenannten Festungsgraben, diesen Ehrennamen zu verleihen. Von einem Volksfest zu Ehren der Revolution wie anderswo in deutschen Landen war in Berlin nie die Rede. Das Revolutionsgedenken blieb im Saale mit wenigen wissenschaftlichen Veranstaltungen.²⁷

Im diametralen Gegensatz dazu stand die Revolutionserinnerung im deutschen Südwesten und Westen. Hier nahm sich die Öffentlichkeit schon seit Herbst 1997 in bislang nicht gekannter Intensität des Revolutionsgedenkens an. Es scheint, als habe die 1848er Revolution dort inzwischen Heimatrecht erhalten. Auch hier ging die Initiative von unten aus. Aber die Stadtverwaltungen und die Landesregierungen zogen mit. Baden-Württemberg stellte trotz bekannter Geldknappheit 5 Millionen für das Revolutionsjubiläum zur Verfügung. Vor allem die Städte und Gemeinden waren erfolgreich bemüht, die Erinnerung an 1848/49 zu einer Sache breiter Bevölkerungskreise zu machen. Jeder Ort feierte in Baden seine Revolutionäre. Hier wurde besonders deutlich, dass bereits ein unverkrampfter öffentlicher Umgang mit dem ganzen Revolutionserbe Platz griff. Auch die Demokraten, selbst die radikaler Färbung wie Hecker und Struve, erhielten einen Ehrenplatz in der historischen Ahnengalerie.

Sicher war den Revolutionsfeierlichkeiten im deutschen Südwesten eine Tendenz zur Entpolitisierung, Harmonisierung und vor allem Kommerzialisierung eigen. Folklore wurde groß geschrieben, die Revolution auch touristisch vermarktet. Gleichwohl ging man hier neue Wege der Wiederaneignung des Revolutionserbes. Nicht selten hört man den Vorwurf, da werde platter Gedenkrummel inszeniert. Aber Kommerzialisierung ist nun mal ein Wesenselement der Gesellschaft, in der wir leben. Erinnerungskultur wird sich dem schwerlich ganz entziehen können. Und wie soll heute eine Revolution als Tradition gepflegt werden, wenn sie von größeren Teilen der Bevölkerung auf- und angenommen werden soll? Wenn man demokratische Traditionen des Volkes, Aktionen der unteren Schichten der Bevölkerung, ihre politischen und sozialen Emanzipationsbestrebungen erschließen und heutigen Generationen nahe bringen will, warum soll da auf »volkstümliche« Formen der Rezeption historischen Wissens verzichtet werden?

Wo liegen die Gründe für den in vieler Beziehung neuartigen, unverkrampften Umgang mit dem Erbe einer deutschen Revolution, auch mit ihren radikaldemokratischen Elementen? Sicher lässt die Distanz von eineinhalb Jahrhunderten vieles abgeklärter erscheinen. Auch spielt für die unterschiedliche Intensität des Erinnerns sicher regional verschieden ausgeprägtes demokratisches Traditionsbewusstsein eine Rolle. Nicht zuletzt wäre der allgemeine Trend zur Regionalisierung, zum Stolz eher auf die Leistungen der engeren Heimat als der fernen Nation in Anschlag zu bringen. Dass aber die Revolution als Ganzes überhaupt akzeptiert und als Positivum in der deutschen Geschichte bewertet und auch radikalen Demokraten – wenngleich nicht unwidersprochen – partiell ein Ehrenplatz eingeräumt wurde, erklärt sich aber vor allem wohl aus der gesellschaftspolitischen Konstellation. Weder war – trotz großem Problemstau – eine gesellschaftspolitisch kritische oder gar krisenhafte Situation vorhanden, keine Revolution in Sicht; noch sieht sich die bundesrepublikanische Gesellschaft der Konkurrenz durch ein nichtkapitalistisches sozialpolitisches System ausgesetzt. Die von Theodor Schieder 1970 gegen Heinemanns Konzept der Integration revolutionärer Traditionen ins bundesdeutsche Geschichtsverständnis vorgebrachte Warnung vor der Gefahr des Umschlagens revolutionärer Traditionspflege in aktives revolutionäres Handeln gegen das bestehende Gesellschaftssystem war nicht mehr gegeben. Es wurde daher wohl zutreffend von einer »nach dem Ende der ›deutsch-deutschen Erbschaftsfehden‹ und der Befreiung vom ideologischen Ballast möglichen Neubewertung der politischen Rolle von Demokraten und Republikanern in der Revolution« gesprochen.²⁸

Allerdings muss hinsichtlich der neuerlichen Pflege auch radikaldemokratischer Traditionen eine generelle Einschränkung gemacht werden. Schweigend übergangen wurde nämlich zumeist der egalitär-soziale – auch heute noch weitgehend uneingelöst gebliebene – Forderungskatalog der 1848er Radikaldemokraten.²⁹ Auch war – gegenüber den vorangegangenen Jahrzehnten in der Alt-BRD, von der DDR gar nicht zu reden – nicht zu übersehen, dass sowohl in der Forschungsliteratur als auch in der Erinnerungskultur des Jubiläumsjahres die *Arbeiterbewegung* und ihre Emanzipationsbestrebungen als Traditionselemente kaum noch eine Rolle spielten. Lediglich einige gewerkschaftliche und sozialdemokratische Aktivitäten nahmen sich dieses Aspekts an. Nur eine einzige, von ostdeutschen Vereinen organisierte Konferenz behandelte das Thema: Demokratie und Arbeiterbewegung in der Revolution.³⁰ In den geschichtspolitischen Stellungnahmen wurde generell auf eine Erörterung der sozialen Komponente, des Aufbrechens der sozialen Konflikte der kapitalistischen Gesellschaft, des Gegensatzes von Kapital und Arbeit, des Tatbestands der Massenarbeitslosigkeit mit ihren Konsequenzen ganz verzichtet oder nur beiläufig eingegangen. Ausgeblendet blieben in der Regel die zentralen sozialen Forderungen der arbeitenden Massen in der Revolution, vor allem die nach »Recht auf Arbeit«, die auf die soziale Ausgestaltung der bürgerlichen Gesellschaft, auf den später so genannten »Sozialstaat« hinausliefen, von den bürgerlichen Eliten 1848/49 indes rigoros abgeblockt wurden. Eine gebührende Behandlung der sozialen Probleme passte nicht in die poli-

28 Birgit Bublies-Godau: Von der Revolution zu den Revolutionen, in: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung, 11. Jg., Baden-Baden 1999, S. 223.

29 Dazu Gerhard Engel: Vom Zweiten Demokratenkongress 1848 zum »Dritten Demokratenkongress« Oktober 1998, in: UTOPIE kreativ, Nr. 93, Juli 1998, S. 5 ff.; Detlef Joseph: Die 48er und die unerfüllten Grundrechte (Pankower Vorträge, H. 12), Berlin 1998; auch Helmut Bleiber: Ablehnen oder umarmen. Vom schwierigen Umgang mit dem Erbe von 1848, in: junge Welt, 8.6.1998, S. 10 f.

30 Helmut Bleiber, Rolf Dlubek, Walter Schmidt (Hrsg.), Demokratie und Arbeiterbewegung in der deutschen Revolution von 1848/49. Berlin 2000.

31 Rüdiger Hachtmann: Epochenschwelle zur Moderne. Einführung in die Revolution von 1848/49, Tübingen 2002; Frank Lorenz Müller: Die Revolution von 1848/49 (Geschichte kompakt der Wissenschaftlichen Buchgesellschaft Darmstadt, hrsg. von Martin Kitzinger, Uwe Puschner, Barbara Stollberg-Rilinger), Darmstadt 2002; Frank Engehausen: Die Revolution von 1848/49. Seminarbuch Geschichte, (hrsg. von Nils Freytag), Paderborn 2007.

32 Helmut Bleiber, Walter Schmidt, Susanne Schötz (Hrsg.): Akteure eines Umbruchs. Männer und Frauen der Revolution von 1848/49, Bd. 1, Berlin 2003, Bd. 2, Berlin 2007 (siehe dazu auch die Rezension von Wolfgang Schröder in diesem Heft – die Red.).

33 Joachim Höppner, Waltraud Seidel-Höppner: Étienne Cabet und sein lkarische Kolonie, Frankfurt/M. 2002; Karl Gass: Zielt gut, Brüder! Das kurze Leben des Max Dortu, Wilhelms-horst 2000 Heinrich Gemkow: Edgar von Westphalen. Der ungewöhnliche Weg des Schwagers von Karl Marx, in: Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte, 25/ 1999, S. 401-51; Ders.: Sigismund Ludwig Borkheim. Vom königlich-preußischen Kanonier zum Russland-Experten an der Seite von Marx und Engels, Berlin 2003; Erhard Kiehnbaum, Peter Imandt – Eine Biographie, Berlin 2002; Walter Schmidt: Moritz Elsner und die schlesische 1848er Demokratie, Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät, Bd. 63, 2004 und Bleiber, Schmidt, Schlesien auf dem Weg in die bürgerliche Gesellschaft. Bewegungen und Protago-

tische Landschaft. Wer diese Aspekte als ein Traditionselement bewusst macht, der muss eine andere als die der gegenwärtigen bürgerlichen Gesellschaft genehme Traditionslinie ziehen, dass nämlich die Grundprobleme des Kapitalismus, die 1848 erstmals offen auf die Tagesordnung traten, ungeachtet inzwischen abgerungener wichtiger sozialstaatlicher Konzessionen immer noch ungelöst sind. Dies um so mehr, als inzwischen klarer geworden ist, dass diese Zugeständnisse wieder systematisch abgebaut werden.

*

Was geschah nun im letzten, dem 16. Jahrzehnt seit 1848 auf dem Felde der Gedenkkultur?

Auf dem Felde der historischen Literatur erwies sich das Nachjubiläumsjahrzehnt nicht sonderlich reichhaltig. Die Geschichtswissenschaft ist inzwischen stark jubiläumstfixiert; und so erschien bis 2000 nur noch einiges als Jubiläumsnachklang. Dazu zu zählen sind auch drei nach 2000 publizierte verdienstvolle Einführungen in die Revolutionsgeschichte, die den neusten Forschungsstand wieder spiegeln.³¹ Bemerkenswerte Fortschritte erlebte in diesem Jahrzehnt vor allem die 1848er Biographik. Unter dem Titel »Männer und Frauen der Revolution von 1848/49« erschienen 2003 und 2007 zwei Bände mit 43 Biographien von Achtundvierzigern, die der Arbeitskreis Vormärz und 1848er Revolutionsforschung bei der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin herausgab.³² Einzelbiographien erhielten ferner der französische Kommunist Étienne Cabet, die sozialen Demokraten Nees von Esenbeck und Carl Georg Allhusen, der Marx-Schwager Edgar von Westphalen und der Marx-Engels-Gesinnungsgefährte Siegesmund Borkheim, der Saarländer Demokrat Peter Imandt und mehrere schlesische 1848er Demokraten;³³ herausgegeben wurden 48er Dokumente des Jenaer Demokraten Gottlieb Christian Schüler.³⁴ Zu 200. Geburtstagen wurden schließlich jüngst erst Robert Blum und Gustav Droysen mit neuen Biographien geehrt.³⁵

Auf gedenkpolitischen Felde hat in Berlin vor allem die vor 30 Jahren (1978) gegründete »Aktion 18. März« erfolgreich gewirkt. Deren Geschichte ist bisher leider noch nicht geschrieben.³⁶ Der »Aktion« und ihrem rührigen Vorsitzenden Volker Schröder gelang es inzwischen, eine neue 18. März-Tradition zu begründen: das jährliche Gedenken an diesem Tag auf dem Friedrichshainer Friedhof der Märzgefallenen, zu dem seit einem Jahrzehnt immer auch eine eigene Märzzeitung, der »Aufruf. Heraus zum 18. März«, erscheint. Seit 2005 besitzen wir erstmals auch ein vollständiges Verzeichnis der 1848er Märzgefallenen im Friedrichshain.³⁷ Zugleich werden seit Jahren regelmäßig Führungen zu den Barrikadenstandorten veranstaltet, wofür inzwischen eine umfängliche Broschüre über alle Barrikadenstandorte existiert.³⁸ 2008 führte der Berliner Historiale-Verein publikumsnahe Veranstaltungen zur Erinnerung an die revolutionären Märztage durch.³⁹ Den nachdrücklichen Bemühungen der »Aktion« vor allem war zu danken, dass nach langem hin und her im März 2000 der Platz vor dem Brandenburger Tor in Platz des 18. März umbenannt wurde. Auch die »Aktions«-Bestre-

bungen, diesen historischen Tag in der deutschen Geschichte zu einem würdigen nationalen Gedenken zu verhelfen, führten zu ersten Erfolgen. Zwar gelang es zu keinem Zeitpunkt, den 18. März – wie ursprünglich vorgesehen – zum deutschen Nationalfeiertag erklären zu lassen. Doch erste Schritte auf dem Wege zu einem nationalen Gedenktag sind gegangen. Berlin ist da inzwischen – dank der neuen politischen Konstellation im Senat – Vorreiter geworden. Der Präsident des Abgeordnetenhauses Momper hat es seit Jahren nie versäumt, an den Veranstaltungen der »Aktion« an jedem 18. März das Wort zu nehmen. Das Abgeordnetenhaus beschloss im Frühjahr 2006, den 18. März in den Berliner Flaggenkalender aufzunehmen; und Berlin stellte den Antrag an den Bundesrat, den 18. März zum nationalen Gedenktag zu erklären (wie etwa der 27. Januar, der Tag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz nationaler Gedenktag wurde). Das Abgeordnetenhaus führte zum 160. Jahrestag am Vorabend des 18. März 2008 eine Festveranstaltung durch. Gleichwohl bleibt noch viel zu tun, um die Berliner 18. März-Tradition dauerhaft zu machen. Vor allem geht es darum, den Friedrichshainer Märzriedhof zu einer würdigen nationalen Gedenkstätte zu gestalten und ihn so zu popularisieren, dass er von Touristen ebenso beachtet und angenommen wird wie die beiden anderen deutschen Revolutionsgedenkstätten: die Paulskirche in Frankfurt und die Festung Rastatt in Baden. Davon sind wir noch weit entfernt.

*

Die Revolution von 1848 war zu keinem Zeitpunkt eine rein historische Angelegenheit, mit der sich nur Historiker wie in einem Elfenbeinturm befassen. Obwohl gescheitert, wirkte sie jederzeit nicht nur nachhaltig auf die Gesellschaft, sondern beschäftigte sich die Gesellschaft in Deutschland auch mit ihr. Im Für und Wider 1848 kamen dabei jederzeit soziale und politische Interessen unterschiedlicher, ja gegensätzlicher Kräfte in der Gesellschaft zur Geltung. Das ist normal. Jede Gesellschaft, jede politische Richtung in ihr setzt sich mit Geschichte auseinander, um eigene Haltungen in der Gegenwart zu begründen, um sich historisch zu legitimieren. Das war keine Besonderheit der DDR, das war ebenso im Deutschen Reich und in der alten Bundesrepublik, das ist gegenwärtig so im staatlich wiedervereinigten Deutschland.

Totschweigen ließ sich die Revolution zu keinem Zeitpunkt. Man musste sich ihr wie jedem historischen Erbe stellen. Ein historisches Erbe kann man sich nun mal nicht aussuchen, man bekommt es schlicht und einfach. Aber anders als eine Hinterlassenschaft im persönlichen Leben kann man das historische Erbe nicht ausschlagen. Man musste sich also auch mit der Revolution im geistigen Leben auseinandersetzen und sich entscheiden, was man aus ihr zu seiner Tradition macht.

Die Revolution als Ganzes bei ausdrücklicher Würdigung der revolutionären Massenaktionen zu einem pflegenswerten Erbe zu machen, dafür traten von Anfang an nur die Sozialisten und die radikalen Demokraten ein. Sie ließen sich in dieser Haltung über Jahrzehnte hinweg nicht beirren. Erst in der Weimarer Republik begann

nisten der schlesischen Demokratie im Umfeld von 1848, 2. Halbbd., Berlin 2007, Ders.: Moritz Matthäi (1809-1964). Ein schlesischer Burschenschafter und 1848er Demokrat aus Auras, in: ebenda und Würzburger medizinhistorische Mitteilungen Bd. 19, 2000; Ders.: Friedrich Wilhelm Müller (1801-1868). Ein Burschenschafter, protestantischer Geistlicher und achtundvierziger Demokrat, in: Bleiber, Schmidt und IWK, 39/2003; Hermann Wollheim (1817-1855). Ein jüdischer Arzt, Achtundvierziger Demokrat und Schriftsteller aus Schlesien, in: Jahrbuch der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Breslau, 45/46 (2004/2005); Helmut Bleiber, Hans Veit: Anton Heisig, Pfarrer in Kunzendorf (1842-1857). Zur Haltung eines Grafschafter Geistlichen in der Revolutionszeit 1848/49, in: Bleiber, Schmidt, 2. Halbbd.

34 Sibylle Schlüter, Frank Möller: Als Demokrat in der Paulskirche. Die Briefe und Berichte des Jenaer Abgeordneten Gottlieb Christian Schüller 1848/49, Köln u. a. 2007.

35 Peter Reichel: Robert Blum. Ein deutscher Revolutionär 1807-1848, Göttingen 2007; Ralf Zerback: Robert Blum. Eine Biographie, Leipzig 2007; Wilfried Nippel: Johann Gustav Droysen. Ein Leben zwischen Wissenschaft und Politik, München 2008.

36 Eine erste knappe Chronik der »Aktion« findet sich in: Aufruf. Heraus zum 18. März!, 11. Jg. März 2008. S. 4-5.

37 Heinz Warnecke, 1848/1918. Die 1848er

Märzgefallenen im Friedrichshain, Friedrichshainer Hefte, Geschichtskommission der PDS Friedrichshain-Kreuzberg 2005.

38 Heinz Warnecke: *Barrikadenstandorte 1848*, Berlin 1999.

39 Neues Deutschland, 15. 10. 2007, S. 16 und 18. 3. 2008, S. 15; *Historiale Berlin 2008: Die Märzrevolution*; Programm der Historiale e.V., in: *Aufruf* Heraus zum 18. März!, 2008, S. 3.

die ganze deutsche Gesellschaft sich halbherzig mit der Revolution auseinandersetzen, wobei man sich als bewahrens-werte Tradition aber die Deutsche Nationalversammlung aussuchte. Das blieb auch in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik so, während die DDR ihre Tradition zunächst ausschließlich in den revolutionären Volkskämpfen, namentlich in der Berliner Märzrevolution zu finden meinte. In den letzten Jahrzehnten entdeckte die DDR zögerlich auch das Erbe der Liberalen und des Parlamentarismus; und in der Bundesrepublik begann man jetzt auch die Revolution der Straße ernst zu nehmen. Dieser Prozess der Beachtung und Wertschätzung sowohl der Volksbewegungen als auch der parlamentarischen Tradition von 1848 scheint sich im vereinten Deutschland fortzusetzen, in der öffentlichen Geschichtskultur in den Gemeinden und Regionen am deutlichsten erkennbar, während die offizielle Politik sich nach wie vor noch schwer tut, sich von der einseitigen Konzentration auf das parlamentarische Erbe von 1848 zu lösen und die revolutionären Aktionen der Massen zu akzeptieren. Normalität wird erst hergestellt sein, so meine ich, wenn die ganze Gesellschaft sich zum Friedrichshain und zur Paulskirche gleichermaßen bekennt.

KURT WERNICKE

Biographien in der 1848er Revolutionshistoriografie

Bericht

Dem 160. Jahrestag der Berliner Märzrevolution widmete der »Arbeitskreis Vormärz- und 1848er Revolutionsforschung« der Leibniz-Sozietät am 26. 4. 2008 ein Kolloquium zum thematischen Umfeld seines Arbeitsgebietes. Für sein Vorhaben gewann er die Unterstützung der »Hellen Panke« und des »Berliner Vereins zur Förderung der MEGA-Edition«. Die Veranstalter wählten als Thema die seit dem 150. Jahrestag zu verzeichnenden Fortschritte bei der Erforschung der Lebenswege von Akteuren der Revolution.

Das Hauptreferat hielt *Walter Schmidt* (Berlin) mit einem Überblick über die Entwicklung der deutschen Biografik zur Revolution in den vergangenen 160 Jahren. Er schlug einen Bogen von der ersten Blum-Biographie (1850) bis in die Gegenwart und durchleuchtete die von Vierteljahrhundert zu Vierteljahrhundert sich verschiebende politisch bedingte Motivation, mit der sich die Historiografie den politischen Lagern von 1848/49 und deren Repräsentanten näherte. Die Fixierung der deutschen Geschichte des 19. Jahrhunderts auf die Bismarcksche Reichsgründung durch die borussische Historikerschule wurde nur zaghaft und spät durch die Berufung von Liberalismus und »Freisinn« auf ihre moralischen Werte von 1848 und deren Propagandisten in der Paulskirche relativiert. Aber erst nach 1900 war sich auch die akademische Forschung nicht mehr zu schade, sich Persönlichkeiten zu widmen, die im Revolutionsgeschehen hervorgetreten waren. Das zarte Pflänzchen marxistischer Geschichtsschreibung war selbstverständlich vom akademischen Betrieb ausgeschlossen – was sich auch in der Weimarer Republik nur unwesentlich änderte, in der aber mit den diversen regionalen »Lebensbilder«-Reihen eine beachtlich in die Breite wachsende Biografik wuchs, die an 1848 nicht vorbei ging.

Mit der Zentnarfeier 1948 kündigte sich bereits das spätere unterschiedliche Geschichtsbild in Ost und West an: einerseits die Berufung der BRD auf die liberale »Einheits- und Freiheits«-Option der Paulskirche als Traditionslinie, andererseits die Berufung der DDR auf ihre Vollendung der Ziele der Radikaldemokraten von 1848 mit ihren impliziten sozialen Komponenten. Jedoch lenkte die in den 1960er Jahren einsetzende Hinwendung der BRD-Historiker zur Betonung von Strukturen gegenüber Ereignissen und Akteuren dort für längere Zeit von biografischer Forschung ab. Bei den DDR-Historikern setzte dagegen unter eklatanter Abwertung des Liberalismus (wie auch der nicht-marxistischen Teile der Arbeiterbewegung!) ein wahrer Run auf biografische Aufhellung von Leben und

Kurt Wernicke – Jg. 1930, Historiker, Schwerpunkt Revolution von 1848/49, ehem. Mitarbeiter am Museum für Deutsche Geschichte, seit 1995 Mitarbeit im Luisenstädtischen Bildungsverein.

Wirken von Personen im Marx-Umfeld und Vertretern der radikalen Demokratie ein – lange Zeit, so Schmidt durchaus selbstkritisch, behindert durch Bewertung mit der prinzipiell nicht hinterfragten Sicht von Marx und Engels. Das Verdienst dieser Historiografie ist dennoch unbestreitbar: sie rückte Protagonisten ins Licht, die vorher nicht der Beachtung für wert empfunden worden waren! Der 150. Jahrestag lag dann angesichts der Zäsur 1989/90 nicht mehr im Spannungsfeld von divergierenden Legitimationsansprüchen; er konnte sich so auf unterschiedliche Sichten auf Konzepte, Abläufe und Alternativen konzentrieren. Dabei gerieten die Vertreter des Paulskirchen-Liberalismus ins Hintertreffen, weil sich (1.) seit den 1970er Jahren und wohl auch unter dem Eindruck von 1989 mehr Verständnis für die »Revolution der Straße« in den Vordergrund schob; (2.) biographisches Interesse sich doch mehr den bis dato als unterbelichtet empfundenen regionalen und lokalen Protagonisten zuwandte; (3.) der geschärfte Blick auf bourgeoise Lebenswege die Frage zuließ, ob die Revolution denn wirklich pauschal als gescheitert beurteilt werden könne. Das Jahrzehnt seit 1998 sah Schmidt vorrangig als eine Fortschreibung der damaligen Tendenz und verwies auf die beiden Sammelbände des von ihm geleiteten »Arbeitskreises«, die sich dem biografischen Eintauchen in die unterschiedlichen damals agierenden Lager widmeten.

Francois Melis (Berlin) drang tiefer in das unkritische Verhältnis der DDR-Historiografie zu bewertenden Äußerungen von Marx und Engels über Zeitgenossen in ihrem engeren Umfeld ein, indem er ein Ergebnis aus seinen Forschungen zur »Neuen Rheinischen Zeitung« vorstellte, mit dem Heinrich Bürgers gegenüber der Abwertung durch Engels erheblich aufgewertet wird. Er berichtete auch über detailliertere Forschungen zu Georg Weerth, die deutlich machen, dass bisher Engels zugeschriebene Londoner Korrespondenzen Weerths Feder entsprungen sind.

Die Literaturwissenschaftlerin *Marion Freund* (Bonn) referierte zu »Frauen der Revolution – Autorinnen der Revolution«. Sie unterzog die Zeugnisse zu Biographien weiblicher Akteure im Revolutionsgeschehen einer Kategorisierung in feministische publizistische Leistungen, politische Erlebnis-Literatur aus weiblicher Feder und politische Belletristik – wobei sie eingestand, dass letztere noch völlig ungenügend auf weibliches Rollenverständnis in der Revolution durchforstet sei. Sie bedauerte, dass die Gender-Forschung bei einer breiten Durchdringung des Revolutionsgeschehens aus der Geschlechterperspektive noch ganz am Anfang stehe und das Wissen um Teilhabe der Frauen an den Abläufen wie an deren Verarbeitung sich immer wieder an wenige prominente Individuen anlehne. Die Zuhörer blieben dann auch hinsichtlich eines Durchbruchs zur Verbreiterung der Quellenbasis skeptisch.

Dem geschlechtsspezifischen Blick auf 1848/49 fügte *Rüdiger Hachmann* (Berlin) die Facette der Problematik »Altersspezifik« hinzu. Er sah vielfache Beweise für die aktive Betätigung jüngerer Jahrgänge bei Auslösung und Weiterführung politischer und sozialer Aktionen zu Beginn und im Verlauf der Revolution. Die Masse der Protagonisten in Vormärz und Revolution sah er in einem Drei-Generationen-Modell gefasst: der von der napoleonischen Zeit gepräg-

ten Generation; der von der Metternich-Zeit geprägten; und der Dissidenten-Generation – letztere etwa mit dem Geburtsjahrgang 1815 beginnend. Wer in der Revolution als »Linker« auftrat, gehörte in der Regel dieser Generation an, und wer zudem bis zu anti-bürgerlichen Positionen fortschritt, mit ziemlicher Sicherheit.

Frank Möller (Greifswald) untersuchte Probleme im Zusammenhang mit der Biografie von Prominenten des Liberalismus, denen häufig Biografien gewidmet sind, die sie nicht vordergründig als Politiker behandeln. Die Metamorphose des 1848er Liberalismus produzierte gewisse Wellen des Interesses an ihnen. Es lässt sich eine gewisse Typologie bei der Behandlung der leichtfertig gehandhabten Kategorie »Schuld« erkennen, die aus Erklärungsmustern resultieren, die die verschiedenen politischen Lager seit 1848 verinnerlicht haben: ihre Projektionen beziehen sie jeweils von einer Messlatte, die an das Problem angelegt wird, inwieweit die angepeilten Ziele des Liberalismus erreicht oder nicht erreicht wurden. Dementsprechend unterschiedlich fallen daher ihre Bewertungen aus. In die annähernd gleiche Richtung zielte *Gunther Hildebrand* (Berlin) mit einer Übersicht über die Lebensbilder österreichischer Konterrevolutionäre: Auch er differenzierte unter seinen Protagonisten und machte klar, dass es immer Vertreter eines pragmatischen Reform-Konservatismus gab, die die Ultras in den eigenen Reihen zu zähmen unternahmen, so dass deren Lebensbilanz letztlich nicht ihren Ambitionen entsprechen konnte.

Erhard Kiehnbaum (Greifswald) trug Forschungsergebnisse zum Verhalten preußischer Offiziere zu den Vorgängen von 1848/49 vor. Zum Erstaunen der Zuhörer konnte er deren Kenntnis über bekannte demokratische Dissidenten im Offizierskorps (Anneke, Willich, Techow usw.) erheblich erweitern. Trotz der schmalen Quellenbasis durch den bombenkriegsbedingten Verlust des Heeresarchivs 1945 kann Kiehnbaum nachweisen, dass von den 6 940 Offizieren der preußischen Armee 242 aus dem Militär entfernt wurden. Die Gründe waren unterschiedlich, hatten bei rund 70 aber immer mit dem Eintreten der Gemaßregelten für in der Revolution vertretene Forderungen zu tun – nicht selten etwa wegen des Verlangens, das Militär auf die Verfassung statt auf den Monarchen zu vereidigen.

Birgit Bublies-Godau (Bochum/Dortmund) berichtete über ihre bereits seit einem erheblichen Zeitraum ablaufenden Forschungen zu einer umfangreichen Biografie von Jakob Venedey, der trotz seines Jahrzehnte währenden Engagements für deutsche Demokratie und europäische Verständigung einer solchen noch ermangelt – was eventuell auch daran liegt, dass sein Nachlass auf 56 Archive verteilt ist; aber vorrangig doch wohl darin begründet ist, dass er von der Linken wie der Rechten in Vormärz, Revolution und Nachmärz mit Häme bedeckt wurde: von den einen als Träumer, von den anderen als Fundamentalist. Ähnlich breit verstreutes Archivmaterial hat *Martin Hundt* (Potsdam) zu bewältigen, der aus der Fülle seiner archivalischen Begegnungen im Umfeld intensiver Beschäftigung mit dem Junghegelianismus Dutzende von Junghegelianern Revue passieren ließ, die in der Revolution national, regional oder lokal eine Rolle gespielt haben: ein weites Feld zum Abstecken von Aufgaben für weitere biografische Forschung!

Kurt Wernicke (Berlin) fand dann aus den Höhen des Offizierskorps, prominenter Bourgeois und engagierter Intellektueller zu der Ebene Berliner Barrikadentoter aus dem proletarischen Milieu zurück, indem er am Beispiel zweier gefallener Barrikadenkämpfer mit gleichem Vor- und Familiennamen, gleichem Alter und gleichem Geburtsort den Weg zu deren Identifizierung nachvollzog und für beide Kurzbiografien formulierte.

In seinem Schlusswort resümierte *Walter Schmidt*, dass die Tagung ermutigt habe, auf dem vom Arbeitskreis vor zehn Jahren eingeschlagenen Weg fortzufahren, weil sie den Blick für neue spezifische, auch methodologische Aspekte geschärft habe. Er kündigte an, dass Band 3 der »Akteure eines Umbruchs« 2009 erscheinen werde – und dass ein Protokollband zum Kolloquium zu erwarten sei.

Freiheit zum Andersdenken mit einem Stipendium der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Die **Rosa-Luxemburg-Stiftung** vergibt Stipendien an Studierende und Promovierende, die sich durch hohe fachliche Leistungen sowie ein ausgeprägtes gesellschaftliches oder soziales Engagement im Sinne der Stiftung auszeichnen. Die RLS zielt auf den Ausgleich sozialer oder geschlechtlicher Benachteiligung; bei vergleichbaren Leistungen werden daher Frauen, MigrantInnen, sozial Bedürftige und Menschen mit Behinderungen bevorzugt. Studierende und Promovierende naturwissenschaftlicher, technischer und ingenieurwissenschaftlicher Disziplinen werden ausdrücklich zu einer Bewerbung ermutigt.

Über das Stipendium hinaus bietet die **Rosa-Luxemburg-Stiftung** den StipendiatInnen ein umfangreiches Förderprogramm, bestehend aus Seminaren, Workshops, Konferenzen, Ferienakademien und Bildungsreisen. Auch fördert die RLS die Selbstorganisation der StipendiatInnen und ermöglicht die Teilnahme an Veranstaltungen des bundesweiten Stiftungsverbands.

Nächster Bewerbungsschluss: 31. Oktober 2008 | Nähere Informationen unter www.rosalux.de

GÜNTER WIRTH

Mehr Materialsammlung als Biographie

Zu Kai Burkhardt: Adolf Grimme (1889-1963).
Eine Biographie

Eine Biographie über Adolf Grimme – welche Verheißung: das Nachzeichnen des Lebensweges und die Charakterisierung eines Mannes, der – von Beruf Lehrer (in Leer und Hannover) – den hohen preußischen Beamten wie den religiösen Sozialisten (der eigenen Art), den preußischen Kultusminister von 1930 bis 1932/33 und den niedersächsischen nach 1945 wie den eigenständigen sozialdemokratischen Politiker repräsentierte, der über das, was eher als »Salonopposition« zu bezeichnen wäre, zur konsequent antifaschistischen »Roten Kapelle« fand und der schließlich (noch heute erinnert ein Preis hieran, der den Namen Grimmes auch in Kreisen außerhalb zumal linker Intellektueller nicht vergessen ließ) eine Art Gründungsgeneraldirektor des NWDR wurde, um sich dann sozusagen überflüssig zu machen, als der Kulturföderalismus der Länder je einzelne Sender aus dem Verband des NWDR (NDR und WDR) entließ. Ja, welche Verheißung – und dann noch dazu die Möglichkeit, auf den Nachlaß des zu Porträtierenden im Geheimen Staatsarchiv – Preußischer Kulturbesitz zurückgreifen zu können.

Beginnt man die Lektüre dieser jetzt vorliegenden Biographie von Kai Burkhardt mit dem Register, kann man noch mit einer gewissen Genugtuung festhalten, daß offenbar der Verheißung entsprochen wird; denn es finden sich dort in der Tat die Namen, die man – ein wenig mit der Persönlichkeit zumal des Ministers von 1930 bis 1932/33 vertraut – erwartet hätte. Und dann liest man die 384 Seiten dieses Buchs und fällt von einer Enttäuschung in die andere.

Sicherlich gibt es Abschnitte in einer dem biographischen Ablauf und der jeweiligen zeitgeschichtlichen Chronologie verpflichteten und durchaus übersichtlichen Gliederung, die sich lesen lassen. Es handelt sich dabei um solche Abschnitte oder auch Kapitel, deren Thematik der Verfasser sachlich bewältigt und daher terminologisch, freilich auch hier ohne stilistische Brillanz, in den Griff bekommen hat, etwa den Abschnitt über den familiären Hintergrund, den über den sogenannten »Papenschlag«, ohne daß man sich den hier gefällten Urteilen anschließt, oder das Kapitel über den NWDR. Analoges gilt weitgehend auch für die Darstellung der im engeren Sinne biographischen Abläufe, allerdings überhaupt nicht für die Studienzeit. Aus der in Halle, München und zuletzt in Göttingen erfährt man von Grimme nur als Mitarbeiter von Studentenzeitschriften und davon, daß er »ein Mann der Frauen« (S. 19) gewesen sei. Von seinen Lehrern wird lediglich einer und dieser immer wieder genannt: Edmund Husserl (ohne daß Burkhardt eine klare Vorstellung

Günter Wirth – Jg. 1929, Publizist. 1973-1990 Chefredakteur beziehungsweise Herausgeber der evangelischen Monatszeitschrift STANDPUNKT; 1985-1993 Honorarprofessor für Neue und Neuere Kirchengeschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin; bis September 1990 Leiter der Wissenschaftlichen Arbeitsgruppe des Vorsitzenden der DDR-CDU, Lothar de Maizière. Letzte Veröffentlichung »Landschaften des Bürgerlichen – Abhandlungen aus 25 Jahren«. Zuletzt in UTOPIE kreativ: Über konkrete und evangelische Utopien. Siegfried Wollgast zum 75. Geburtstag, Heft 215 (September 2008).

Kai Burkhardt:
Adolf Grimme (1889-1963).
Eine Biographie, Böhlau
Verlag Köln/Weimar/Wien
2007, 384 S. (29,90 €)

1 Wie eng Grimme und Emil Fuchs über die Zeiten hinweg verbunden waren, geht daraus hervor, daß der nach Leipzig übergesiedelte Emil Fuchs Grimme zu seinem 80. Geburtstag einlud. Grimme mußte unter dem 4. Mai 1959 in einem Brief, in dem er den Jubilar als »meinen sehr lieben alten Freund Emil Fuchs« anredete, absagen. In dem Brief heißt es dann unter anderem: »Das erste Mal haben Sie mich unvergeßlich beeindruckt, wissen Sie wann? Ganz zu Beginn der 20er Jahre auf einer Tagung der Relig. Sozialisten in Hannover, als Karl Mennicke, Alexander Rüstow (!) und z. B. auch Günther Dehn dort den Weg suchten, den Sie dann durch die wirren Jahrzehnte immer so geradeaus gegangen sind, geradezu symbolisch getreu dem Wort, mit dem die Quäker seinerzeit vermeldeten, daß Sie in einem der dreisten Gerichtsverfahren nicht verurteilt seien, jenes »Fox is free«. Was liegt für uns alle, was besonders für Sie an Schwerem dazwischen! Nichts von allem hat Sie beugen können, nichts als gerade das, was auch unter Schlägen erhebt: die männliche Demut des Christen.«
Nach: Adolf Grimme: Briefe. Herausgegeben von Dieter Sauberzweig unter Mitwirkung von Ludwig Fischer, Heidelberg 1967, S. 152. Burkhardt erwähnt zwar diesen Brief auf S. 51, aber nicht wegen Fuchs, sondern wegen Dehn.

Im zweiten Band von »Mein Leben«, Leipzig 1959, S. 212, schrieb Emil Fuchs: »Auch das Leben der (Pädagogischen) Akademie wurde mehr und mehr durch die Umbildung erschüttert, die der Minister Grimme unter dem Druck

von dessen Bedeutung in der zeitgenössischen Philosophie und noch heute vermitteln könnte). Aber bei wem hat Grimme noch studiert? Welche intellektuellen Einflüsse hat er sonst aufnehmen können? Es sind dies Fragen, die für die Ausprägung (s)einer Persönlichkeit von nicht geringer Bedeutung sind. Immerhin: Die endlich erfolgte persönliche Bekanntschaft mit Adam Kuckhoff in Halle, Grimme hatte schon seit 1909/10 mit ihm korrespondiert, wird gewürdigt.

Solche und andere für eine Biographie relevante prinzipielle Fragen (und über sie hat sich der Verfasser laienhaft in der Einleitung unter dem Stichwort »Biographik« ausgelassen) finden in weiten Teilen dieses Buches keine oder nur eine verkürzte Antwort.

Gehen wir, weil besonders charakteristisch, auf *die* Abschnitte ein, in denen Grimme im Amt des einflußreichen preußischen Kultusministers betrachtet wird. Es war schon bekannt, daß Grimme im Verfolg seiner gegen das Vordringen nationalsozialistischer Kräfte im Parlament und in den außerparlamentarischen Auseinandersetzungen gerichteten generellen Politik an den Universitäten und Hochschulen, speziell versuchte, Einfluß darauf zu nehmen, daß fortschrittliche Gelehrte und Intellektuelle, zumal an die juristischen und philosophischen Fakultäten, berufen wurden; was die theologischen Fakultäten angeht, favorisierte er religiöse Sozialisten. Tatsächlich geht der Verfasser auf diese Problematik ein, detailliert sogar, aber so, daß der Außenstehende sich kein Urteil über Grimmes Vorgehen und über die vorgeschlagenen bzw. geförderten Kandidaten bilden kann, weil sie ohne intellektuelles und politisches Profil bleiben.

So schreibt Burkhardt (S. 136), Grimme habe die religiösen Sozialisten Emil Fuchs und Paul Piechowski für Professuren an der Theologischen Fakultät Halle vorgeschlagen, und als diese Vorschläge auf Ablehnung gestoßen wären, sei auf seine Initiative hin der analog gesinnte Günther Dehn berufen worden. Für den heutigen außenstehenden Leser muß die Bedeutung einer solchen Mitteilung verborgen bleiben, wenn man wie der Verfasser versäumt, die Persönlichkeiten dieser religiösen Sozialisten und deren Stellung in den Fraktionen der religiös-sozialistischen Bewegung (wenigstens knapp) zu würdigen. In dem Abschnitt, der dieser Bewegung gesondert vorbehalten ist (S. 50 ff.), geht allerdings auch alles durcheinander. Burkhardt vermag nicht im geringsten zu differenzieren zwischen denen, denen es um die unmittelbare Teilnahme an den sozialen und politischen Kämpfen ging, also etwa Erwin Eckert in Mannheim, der sich als einziger Prominenter für die KPD entschied, und dem Berliner Pfarrer Arthur Rackwitz, und denen, die die intellektuelle Prägnanz und die theologische Profilierung in den geistig-politischen Auseinandersetzungen als Priorität ansahen, also Paul Tillich, Eduard Heimann und Carl Mennicke im Umfeld der »Neuen Blätter für den Sozialismus«, weiterhin zwischen denen, die die Solidarität mit der Arbeiterklasse nicht von ihrer engagierten Teilnahme an den innerkirchlichen Entscheidungsprozessen zu trennen bereit waren, vor allem die Thüringer religiösen Sozialisten um Emil Fuchs, Erich Hertzsch und Karl Kleinschmidt, und den auf kirchliche Erneuerung orientierten Theologen, die sich auch als Pazifisten konturierten, so Günther Dehn (und der Hallenser »Fall Dehn«, der bei Burkhardt letztlich im Dunkel bleibt – S. 136 f., hat ja vor allem die Dimensio-

nen des Pazifismus und der Völkerfreundschaft). Auch die Position des mehrfach erwähnten Georg Wünsch bleibt undeutlich, zumal auch (der einzige prominente Fall) sein Schwanken nach 1933.

Dies klar herauszuarbeiten ist deshalb vorrangig, weil – wie Burkhardt mit Recht bemerkt – das Religiös-Sozialistische bei Grimme gewissermaßen als »roter Faden« in seiner beruflichen und politischen Tätigkeit zu bestimmen ist, und es ist seine religiös-sozialistische Position freilich eine spezifische, in der sich Züge aus (fast) allen »Fraktionen« der Bewegung wiederfinden.

Daß Grimme seine Berufungspolitik hartnäckig verfocht, läßt sich daraus erschließen, daß Emil Fuchs doch noch eine von ihm beförderte Berufung erhielt, an die Pädagogische Akademie Kiel.¹ Darauf, dies weiterzuverfolgen, hat Burkhardt verzichtet, und diese Inkonsequenz findet sich noch in anderen Fällen. Dies gilt insbesondere für den schon genannten Georg Wünsch, von dem es auf S. 137 heißt, Grimme sei »besonders viel gelegen« an einer Berufung von Wünsch, ohne dies dann zu präzisieren. Dabei ist gerade dieser Fall insofern besonders charakteristisch für den religiösen Sozialisten Grimme, weil Wünsch 1931/32 an der Universität Marburg zum ersten Professor für Sozialethik berufen wurde; die Universität Marburg kann damit auf die längste Institutsgeschichte dieses Fachs im deutschen Sprachraum zurückblicken.² Überdies hat er zwar mit viel verbalem Aufwand die Bemühungen Grimmes (S. 138) um die Berufung Martin Heideggers auf den seit 1923 verwaisten Troeltsch-Lehrstuhl an der Berliner Universität herausgestellt, ohne hinzuzufügen, daß nach der Ablehnung Heideggers Nicolai Hartmann auf den (dann ein wenig umgewidmeten) Lehrstuhl berufen wurde.³

Noch merkwürdiger ist, wie Burkhardt den Abschnitt über die »Personalpolitik«, also Grimmes Berufungspolitik, abschließt (S. 142): »Es ist in diesem Zusammenhang bemerkenswert, daß er (Grimme) seinen Ruf zusätzlich riskierte, indem er religiöse Sozialisten an theologischen Fakultäten durchsetzte, obwohl er von keiner Seite Rückhalt zu erwarten hatte. Hierin lag ein persönliches Moment seiner Politik, die nicht dazu angetan war, den republikanischen Einfluß zu fördern« (Hervorhebung G. W.). Es waren aber gerade die religiösen Sozialisten, die sich vor 1933 um die Verteidigung der Republik bemühten (Emil Fuchs etwa als Präsident des »Republikanischen Clubs« in Kiel) und die sich nach 1933 als konsequente Antifaschisten bewährten. Und auch andere von Grimme besonders geförderte Professoren (Burkhardt nennt etwa den Philosophen und Pädagogen Theodor Litt und den Kunsthistoriker Wilhelm Worringer – S. 138) blieben integer und konnten nach 1945 in Leipzig (Litt) und in Halle (Worringer) die ersten Schritte der demokratischen Erneuerung mitgehen. Auch andere Abschnitte dieses so wichtigen Kapitels über den preußischen Kultusminister weisen solche grundlegenden Desiderate auf – und zumeist hängen sie eben mit der spezifischen religiösen Position Grimmes zusammen. So fehlt in dem Abschnitt, der dem von Grimme zu verhandelnden Staatsvertrag Preußens mit der Evangelischen Kirche (S. 110 ff.) gewidmet ist, der entscheidende Ansatz, daß ein solcher Vertrag eigentlich schon seit 1918/19 überfällig war, weil mit der Revolution von 1918 das System von »Thron und Altar« abgelöst worden war

der Brüningschen Sparpolitik vernehmen mußte (...) Da man wußte, daß ich mit Grimme befreundet war und auch mit ihm über diese Dinge verhandelte (!), entstand bei denen, die sich bei der Sache benachteiligt fühlten, eine Atmosphäre des Mißtrauens gegen mich, der ich nicht aussprechen durfte, wieviel Schwäche meiner Partei mir bei dem allem deutlich wurde.«

2 Nach Wikipedia. Wünsch, der von 1945 bis 1950 suspendiert war, gehörte nach dem Zweiten Weltkrieg in den Umkreis des (liberalen) Bundes für Freies Christentum. Führende religiöse Sozialisten waren unmittelbar nach 1945 Adolf Grimme und Ludwig Metzger, Oberbürgermeister von Darmstadt. Auch der damalige niedersächsische SPD-Politiker Heinrich Albertz, der sich seinerzeit durch soziales Engagement einen Namen gemacht hatte, gehörte hierzu. Diese drei SPD-Politiker begleiteten Kurt Schumacher zu einem Gespräch mit führenden Vertretern der Evangelischen Kirche im Juli 1947, auf das Burkhardt auf S. 238 ff. eingeht. Später verlor der der SPD verbundene Bund religiöser Sozialisten an Bedeutung, nachdem die führenden evangelischen Politiker aus der GVP Gustav Heinemanns in die SPD eingetreten waren und ein gänzlich neues Verhältnis der SPD zur Evangelischen Kirche hergestellt hatten.

3 Vgl. Günter Wirth: Zwischen den Stühlen. Ernst Troeltsch und die Berliner Universität, in: Horst Renz (Hrsg.): Ernst Troeltsch zwischen Heidelberg und

Berlin, Gütersloh 2001, S. 178 ff. Bei Durchsicht der Akten des preußischen Kultusministeriums habe ich festgestellt, daß Grimme bereits am 6. Dezember 1929 an die Wiederbesetzung des Troeltsch-Lehrstuhls erinnert hat. Offenbar war ihm aufgefallen, daß 1923 ursprünglich sein Lehrer Husserl den Ruf schon angenommen, dann aber abgelehnt hatte.

4 Adolf Grimme: Briefe ..., wie Anm. 1, S. 31. – Ich habe in einem 1990 erschienenen Traktat des Berliner Verlags Volk und Wissen auf diesen Text Grimmes Bezug genommen, in dem Aufsatz: Pädagogische Intuition, Erlebnis der Jugend und Elternrecht, in: Wortmeldungen, Berlin 1990. Dort ist also zu den beiden genannten Kriterien noch das des Elternrechts hinzugetreten.

5 Burkhardt verweist auf die Teilnahme Grimmes an dem Pädagogischen Kongreß im Mai 1947 in Berlin, an seine Gespräche sowie den Briefwechsel mit Paul Wandel, aber auch Johannes R. Becher, dem Präsidenten des Kulturbundes (S. 257 ff.), auf seine Kontakte mit Paul Oestreich, mit dem er im Bund Entschiedener Schulreformer eng, aber auch kritisch zusammengearbeitet hatte (S. 258 f., früher vor allem S. 41–45). Auch mit den Pädagogen Prof. Heinrich Deiters, der ihn in der Zeit seines »Privatlebens« nach 1933 besucht hatte (S. 182), und Prof. Wilhelm Hartke korrespondierte er (u. a. S. 216).

6 Greta Kuckhoff: Vom Rosenkranz zur Roten Kapelle, Berlin 1972. Hierzu bemerkt Burkhardt (S. 191): »Das MfS hat das Buch Wort für

und der notdürftige Ersatz des Summus Episcopus (und das war bis 1918 der preußische König) durch drei Minister in evangelicis (Burkhardt nennt die Namen auf S. 111, ohne diesen Zusammenhang eindeutig zu klären) ebenso zu korrigieren war wie die von der Weimarer Verfassung von 1919 gebotene Trennung von Kirche und Staat einzuleiten. Minister Grimme leistete dies.

In den (in manchen Passagen sachlich informierenden) Abschnitten über Grimmes Haltung zur Schulpolitik und das heißt zu seiner Haltung zum »preußischen Reformier« Hans Richert fällt auf, daß der Verfasser zwar den entscheidenden Text Grimmes von 1929 zu Hans Richerts Position (S. 61) zitiert, aber unvollständig. Als Kriterien für den reformerischen Umbau der schulischen Institutionen bezeichnet Grimme die »pädagogische Intuition« – sie führt der Verfasser an. Aber woraus diese Intuition abgeleitet werden soll, nämlich »aus dem Lebensgefühl der Jugend, die seit dem Wandervogel neue Wege sucht«, wird übergangen, dieses Kriterium fehlt.⁴

Um diese Rezension nicht ins Uferlose auszuwachsen zu lassen, sei – neben der Verwunderung über die herablassende Art der Behandlung des von Grimme moderierten Neuaufbaus des schulischen und überhaupt wissenschaftlichen und kulturellen Lebens vor allem in Niedersachsen, übrigens anfänglich unter betont gesamt-nationalen Aspekten⁵ – nur noch auf den Komplex »Rote Kapelle« hingewiesen. Wenn der diesem Komplex gewidmete – allerdings sehr knapp geratene Abschnitt – und wenn vor allem die Charakterisierung der unterschiedlichen Fraktionen dieses Widerstandskreises und seiner bedeutendsten Persönlichkeiten relativ übersichtlich und einsichtig ist, dann ist dies insonderheit darauf zurückzuführen, daß der Verfasser sich weitgehend auf die Erinnerungsbände von Greta Kuckhoff (nicht ohne denunziatorische Anmerkung versehen)⁶ und Heinrich Scheel sowie Elfriede Paul und die Forschungen von Hans Coppi stützt. Um so merkwürdiger ist es, wenn Burkhardt in den Kapiteln über die Nachkriegszeit diese Linie verläßt und offensichtlich Verständnis zeigt für den »Spionageverdacht«, der alsbald nach 1945 Grimme traf. Dessen Versuche, den Reichskriegsgerichtsrat Roeder, den Ankläger im Prozeß gegen die »Rote Kapelle«, vor Gericht zu bringen (1947 mit Greta Kuckhoff, Heinrich Scheel und Günther Weisenborn⁷ in Nürnberg, S. 268, Anfang der 1950er Jahre in Lüneburg), scheiterten freilich, und vom Lüneburger Staatsanwalt bekam er bescheinigt, er sei bis heute »in juristischer als auch in politischer Hinsicht« umstritten. Er und seine Freunde hätten sich in einen »maßlosen Haß gegen den nationalsozialistischen Staat (!) hineingesteigert«; sein Freispruch von 1942 sei »ein Fehlurteil« (!) gewesen (S. 272). Burkhardt faßt diesen Abschnitt mehr als neutral so zusammen (S. 273): »Grimme (...) wurde die Ehre, im deutschen Widerstand gestanden zu haben, nie zuteil. Der Pädagoge Adolf Reichwein, dessen Lebensweg viele Ähnlichkeiten aufwies, ist in dieser Hinsicht umfangreich gewürdigt (...) Reichwein hatte sich mit einem für die Nachwelt annehmbaren Widerstand verbunden« (Hervorhebung G. W.).

Auf einen Umstand, der die Lektüre dieses Buchs so unerfreulich macht, müßte noch gesondert hingewiesen werden. Die mangelnde Fähigkeit des Verfassers, prinzipielle theoretische Fragen in einem

adäquaten stilistischen Gewand abzuhandeln, lassen *die* Teile des Buchs, in denen es um philosophische und theologische Fragen geht, oft genug zu einer Sammlung für ein Kuriosenkabinett von Zitaten werden. Nur ein paar Beispiele:

»Daß jeder seine eigene Besonderheit entfalten solle, deckte sich weder mit den Hauptzielen der sozialistischen noch mit denen der christlichen Lehre und entsprach gerade nicht dem Bedürfnis der näheren Zukunft. In Berliner Nachtlokalen hätte man vielleicht zugestimmt« (S. 49).

»Im Bund (der ›Entschiedener Schulreformer‹) waren pantheistische Gedanken zwar verbreitet. Als sicheres Zeichen dafür, daß die herrschende Religion die metaphysischen Bedürfnisse nicht mehr befriedigte, entstanden Heräsien (!) aller Art. Grimme war nur einer unter vielen. Das Gefühl, die Nation sei im Zerfall begriffen, setzte dem Treiben gleichwohl Grenzen. Der Abstand zur Überlieferung durfte nicht zu groß sein. Er geriet mit seiner Sicht ins Abseits« (S. 44).

»Es ist nicht erkennbar, auf welche Weise die vorausgegangenen zwölf Jahre Nationalsozialismus sein Denken beeinflussten. Seine Weltanschauung hielt der neuen Situation stand. Vernunft und Liebe einzufordern, blieb richtig. Was sich unterhalb der höchsten Fragen ausbreitete, blieb davon freilich unberührt« (S. 236).

Zusammenfassend wird man festhalten müssen, daß hier zwar eine breite Materialsammlung aus dem Nachlaß Grimmes vorliegt, auf der man aufbauen kann, um eine authentische, die Gesamtpersönlichkeit würdigende Biographie zu erhalten. Um die Widersprüche, das »Unzeitgemäße«, die Kontinuitäten und die Diskontinuitäten im Lebensweg einer solchen Persönlichkeit, die mehr Intellektueller als Politiker war, zu erfassen, müßte diese Biographie daher füglich eine »intellektuelle« sein.

Wort lektoriert. Der Quellenwert ist dadurch eingeschränkt« (!). Immerhin zitiert er es immer wieder, S. 193 als »glaubwürdig«. Greta Kuckhoff hat mir in den sechziger Jahren wiederholt von ihren Beziehungen zu Grimme berichtet; sie hatte geradezu ein Bedürfnis hierzu.

7 Während seiner Haftzeit in Luckau (zuvor in Spandau, zuletzt in Hamburg-Fuhlsbüttel) war Günther Weisenborn Grimmes »Zeltenkamerad« (S. 217).

WOLFGANG SABATH

Festplatte. Die Wochen im Rückstau

Wolfgang Sabath – Jg. 1937,
Journalist und Autor, Berlin.

Wie so oft – sie logen bis zum Anschlag: Als Anfang September die deutschen Agenda-Sozialisten, diese wirtschaftsseitig so wohlgelittenen, sich aber dennoch weiterhin sozialdemokratisch nennenden Ideologen der neuen sozialen Marktwirtschaft, zu dem Schluß gekommen waren, ihre Partei brauche einen neuen Vorsitzenden, als sie also Kurt Beck, von dem sie fürchteten (was für eine Fehleinschätzung!), er könne ihnen doch und irgendwie bei ihren Vorhaben in die Quere kommen, in die Wüste schickten, waren mit das peinlichste, was sie bei dieser Gelegenheit der Öffentlichkeit zu bieten hatten, die Dankesworte an und über den zurückgetretenen Parteivorsteher. Widerlich. Und mit am widerlichsten unter den Widerlichen die stellvertretende Parteivizevorsitzende Andrea Nahles, die ja üblicherweise die links angehauchte Frohnatur zu geben hat. Die sagte, nachdem Beck den Schierlingsbecher geleert hatte und fortan an jenem Tage nicht mehr zu besichtigen und zu befragen war, in die ihr auflauernden Fernsehkameras, es gelte jetzt »eine neue Kultur der Geschlossenheit« zu praktizieren. *Neue Kultur der Geschlossenheit* – was für ein verlogener Euphemismus. Auf gut deutsch: Sie will weiter mitmachen. Was denn sonst. So etwas nennt sich dann Politik. Und nur Einfaltspinseln hätte sich womöglich die Frage gestellt, warum Nahles denn nicht ihrem Linksgetue treugeblieben ist und aus Solidarität mit Beck auch zurückgetreten ist. Wer so dumm fragt und denkt, dokumentiert damit nur, daß er nicht begriffen hat, wie Politik gemeinhin funktioniert.

Doch es wäre zutiefst ungerecht, würden wir derartige Lügenarien und -hymnen nur der *Sozialdemokratischen Partei Deutschlands* zurechnen. Sie werden zu den gegebenen Anlässen (insbesondere bei Rücktritten und »Rücktritten«) in allen Parteien sehr gern angestimmt.

Und damit Sie sich, liebe Leserinnen und Leser, jetzt nicht etwa entspannt nach dem Motto – frei nach Wilhelm Busch – »da bin ich aber froh, denn Gott sei Dank, wir sind nicht so« zurücklehnen, möchte ich Ihnen versichern, daß ich es so meine, wie ich es schrieb: Wenn hier *alle* Parteien steht, dann meine ich auch alle Parteien. Rücktritte und Rausschmisse waren und sind immer mit verlogenen Dankesworten verbunden. Ich jedenfalls kann mich nicht erinnern, jemals gehört oder gelesen zu haben, der Genosse oder die Genossin, der Parteifreund oder die Parteifreundin habe schlecht gearbeitet und müsse deshalb den Hut nehmen. Noch nie vernahm ich derartiges! Es wird allenthalben bis zum Anschlag gelogen, getrickt oder taktiert.

In der *Linkszeitung* (www.linkszeitung.de) befaßte sich Thomas Lukseider unlängst mit der deutschen Medienlandschaft und kennzeichnete bei dieser Gelegenheit den allgemeinen Umgang der Presse mit Oskar Lafontaine mit der Vokabel »Scheusalisierung«. Er liegt damit sicher nicht falsch, doch scheint mir, daß dabei die Gewichte ungleich verteilt sind. Bei der Scheusalisierung Lafontaines tun sich nämlich insbesondere seine ehemaligen Genossen hervor. Aber das wiederum sollte uns nicht wundern. Denn den Lafontaine-Scheusalisierern aus der *SPD* bleibt doch kaum etwas anderes übrig als zu scheusalisieren – wie sollten sie denn sonst ihre einstigen Standing Ovationen für Lafontaine und die »Oskar, Oskar!«-Sprechchöre auf jenem Parteitag, wo sie sich für Lafontaine entschieden hatten, vergessen machen können? Natürlich sind die ihnen heute peinlich.

Doch solange uns solche Problemchen und solange uns dergleichen Scharmützelchen beschäftigen, ist die Welt ja noch halbwegs in Ordnung, beziehungsweise in gewohnter Unordnung. Und alle halten wir uns daran fest und vermeiden es tunlichst, zum Beispiel den Gedanken »zuzulassen«, daß sich die Welt strukturell peu a peu einer Art Vorkriegsstadium nähern könnte – die »Neuaufteilung der Welt« ist schließlich in vollem Gange. Jeder weiß, was das bedeuten kann, und niemand redet darüber. Zu einer propagandistisch ordentlichen Kriegsvorbereitung gehören auch die Nationalismen und die Nationalisten aller Flügel. Patriotismus ist in solchen Zeiten besonders gefragt. Und wir können ja über dieses, unser Land urteilen, wie wir wollen: Daß in Deutschland heutzutage mit dem Thema »Patriotismus« kaum noch ein Blumentopf zu gewinnen ist, sollten wir nicht geringschätzen. Als der polnische Präsident Lech Kaczynski unlängst flugs nach Tbilissi geeilt war, um seinem Bruder im Geiste, Georgiens Präsident Michail Saakaschwili, beizustehen, kam ein Begriff in die Kaukasuskonflikt-Berichterstattung, der frösteln macht. Er vertrete, so Kaczynski über Kaczynski, einen »genetischen Patriotismus«. Die Warschauer *Polityka* merkte dazu an (ich zitiere aus einer *ND*-Korrespondenz von Julian Bartosz), der Präsident habe mit seiner »moralisch-patriotischen Erpressung die polnische Politik infantilisiert«.

Zurück in die Niederungen deutscher Provinz. Wer hätte gedacht, daß Berlins Sozialzyniker und Sprücheklopfer *SPD*-Finanzsenator Thilo Sarrazin noch zu toppen sei! Doch zwei Chemnitzer Professoren schafften es. Indem sie in einer Studie nachzuweisen suchten, Hartz-IV-Empfänger könnten von 132 Euro im Monat leben. Darob quollen die Leserbriefspalten bundesweit vor Protest über. In einem Brief wurde den Professoren zum Selbstversuch geraten ... Populismus pur!

Hans-Rainer Sandvoß:
Die »andere« Reichshauptstadt.
Widerstand aus der Arbeiter-
bewegung in Berlin von 1933 bis
1945, Lukas Verlag Berlin, 668 S.
(29,80 € . Bei Erwerb in der Ge-
denkstätte Deutscher Widerstand,
Berlin, 20 €)

Es ist schon außergewöhnlich, eine Publikation über Arbeiterwiderstand in einer Reichshauptstadt wie Berlin, die sich als Hochburg des deutschen Faschismus und des Widerstands gegen ihn in die Geschichte eingeschrieben hat, vorzulegen. Und es ist außergewöhnlich, was Hans-Rainer Sandvoß leistete; denn beide deutsche Staaten hatten in ihrer Vergangenheit nicht beziehungsweise verspätet und unvollkommen zu einer historisch authentischen Position gefunden wie auch Themen zur Arbeiterbewegung heute offiziell nicht unbedingt zu den bevorzugten gehören. Insofern liegt ein Standardwerk auf dem Tisch, das es trotz künftiger historischer Ergebnisse bleiben wird.

Hans-Rainer Sandvoß ist langjähriger Mitarbeiter der bekannten Berliner Forschungsstelle *Gedenkstätte Deutscher Widerstand*. Er hat bereits die graue Hefreihe über Arbeiterwiderstand in den Berliner Stadtbezirken herausgegeben, die in der neuen DDR 1989/90 Osthistoriker kostenlos erwerben konnten und mich bei einer Spurensuche nach Erich Mielke auf eine richtige Fährte im Wedding lenkten. Nun sind ihm in diesem Buch zwar nur wenige Zeilen gewidmet, denn er hatte nach dem Polizistenmord auf dem Bülowplatz am 9. August 1931 seine Haut schon in die Sowjetunion gerettet, doch dafür sind andere Schicksale nachzulesen, die damit zu tun oder nichts zu tun hatten und die, wie Albert Kuntz, den faschistischen Schergen zum Opfer fielen.

Unter dem Begriff Arbeiterwiderstand versteht der Autor jenen Widerstand, der aus den Traditionen der Arbeiterbewegung erwachsen war, vor allem auch Gruppen, die einen eigenen Weg zwischen KPD und SPD gesucht hatten und in der Geschichtsschreibung mehr oder weniger ausgeklammert wurden. So sind seine Schwerpunkte NS-Gegnerschaft und

Widerstand aus den Reihen der Berliner SPD, aus den Zwischengruppen Unabhängige Sozialisten und Kommunisten, die Untergrundtätigkeit von Anhängern der KPD sowie Widerspruch und Opposition auf betrieblicher Ebene.

Die Untersuchung nach dem zusammenführenden Aspekt des antifaschistischen Widerstands und nach dem trennenden Element der verschiedenen politischen Gruppierungen versteht sich auf eine plurale und integrale Sicht, die an die Präambel der ersten Koalitionsvereinbarung von SPD/PDS 2002 erinnert. Im Verständnis um die unterschiedlichen Vergangenheiten und Erfahrungen, um das mit Gegensätzlichkeiten belastete Erbe sowie um die geradezu zerstörerische Geschichte der Stadt, in der sich deutsche, europäische und weltgeschichtliche Zäsuren kreuzten, sollte Politik für die ganze Stadt gestaltet und zugleich mit Dialogen zur Geschichte unterstützt werden. Neben sinnvollen Podien, die Stefan Liebich gestaltet, und den auf Initiative der BVV Lichtenberg geführten komplizierten Dialog um die Gestaltung des öffentlichen Arealen in Hohenschönhausen könnten noch andere Ideen, politisch-legimatorisch uneingeengt, reifen.

Die ausgeweitete Sicht von Sandvoß vermischt nicht, dass weder von einer Volksopposition noch von einer ungebrochenen Kontinuität widerständigen Handelns die Rede sein kann, was jedoch den Mut und die Schwere des Kampfes der behandelten Gruppen in der Viermillionenstadt besonders hervortreten lässt. Über 480 Zeitzeugenbefragungen, die natürlich von Irrtümern und Erinnerungslücken nicht frei sein konnten, ordnen sich in eine solide Forschungsbasis ein. Russische Archive, die zentralen deutschen und lokalen Archive sowie die Bestände des Reichssicherheitshauptamtes, des Volksgerichtshofes, der Staatspolizeileitstelle Berlin, des Generalstaatsanwalts und des Sondergerichts Berlin wie auch der VVN sind ausgewertet worden. Eine kritische Literaturanalyse und eine umfangreiche Bibliografie informieren über einschlägige Literatur zum Thema. Dennoch weiß der Autor, dass er nicht alle Desiderate aufklären konnte.

Innerparteiliche Verwerfungen in den beiden Großparteien, SPD und KPD, und die

tiefe Feindschaft zwischen beiden bis zum Ende der Weimarer Republik werden nicht ausgeblendet. Trotz dieser Hypothek, der Heterogenität der Alltagswirklichkeit und des nazistischen Spitzel- und Terrorapparates fächert sich im »Lager« der Vielfalt antifaschistisches Grundverständnis auf. Den weit gefassten Widerstand (aktive Umsturzvorbereitung, Bildung von Untergruppen, Herstellung und Verbreitung verbotener Literatur, solidarische Unterstützung Verfolgter) widerspiegeln u. a. frühe Massenprozesse und individuelle Verweigerungsakte aus SPD-Reihen; Leninbund, Anarchosyndikalisten und die Europäische Union aus den Reihen der Unabhängigen; Untergrundleitungen der KPD, Nebenorganisationen der Partei und die Gruppen »Rote Kapelle«, »Baum« und »Saefkow-Jacob-Bästlein«. Oppositionelle Tätigkeiten kleiner Gruppen in wenigen Betrieben, eher verbreitete Unmutsreaktionen und eine ansteckende Euphorie bei großen Teilen der Belegschaften in der »Blitzkriegs-Siegeszeit« (1940-1942) zeichnen innerbetriebliche Stimmungen ab.

Den Opfern der Berliner KPD, deren Zahl alle Maßstäbe gegenüber anderen Gruppen sprengte, wie der Selbstlosigkeit jener Kommunisten zollt der Autor »Respekt«. Unnachgiebig geht er hingegen mit Fehlern in der Konspiration und politischen Leichtfertigkeiten um, die auch unnötige Opfer kosteten wie bei dem im Hinterland abgesetzten Fallschirmkommando. Das damit berührte neuralgische Problem revolutionärer Moral in außergewöhnlichsten Kampfzeiten, das in der Französischen Revolution geboren wurde, ist für unsere »Moderne« durchaus diskussionswürdig. Dennoch scheint mir historisierende Distanz zu weit zu gehen, wenn darin eine im Vorhinein bewusst angelegte Legende für einen »späteren Ruhm der Partei« gesehen wird. Hier wären doch ebenso historische Wurzeln in der kommunistischen Bewegung, Charakter, Individualität und Opferbereitschaft der Handelnden zu befragen. Damit meine ich keine Vergottung der Vergangenheit, sondern Gleichheit der Chancen beim historischen Denken und Dialog.

WILFRIEDE OTTO

Olaf Baale: Abbau Ost. Lügen. Vorurteile und sozialistische Schulden, Deutscher Taschenbuch Verlag München 2008, 302 S. (12,90 €)

Mit Olaf Baale (Jahrgang 1959) betritt eine neue Generation von Kritikern des *Aufbau Ost* die Bühne. Im Unterschied zur vorangegangenen, älteren Generation misst diese den Erfolg oder Misserfolg der deutschen Vereinigung nicht mehr an der DDR, sondern an den von der Politik selbst formulierten Zielen und an den realen Chancen, welche die Wiedervereinigung mit sich gebracht hat. Die Kritik fällt dadurch aber keineswegs geringer aus. Ganz im Gegenteil. Wie vor ihm schon Uwe Müller (»Supergau Deutsche Einheit«) und Jens Bisky (»Die deutsche Frage«) bescheinigt auch er dem Westen, »unter dem Banner der deutschen Einigung eine 108 000 Quadratkilometer große Problemregion mitten in Europa geschaffen und Millionen voller Vertrauen und Enthusiasmus in die Vereinigung gestartete Menschen betrogen und ihrer Existenzgrundlage beraubt« zu haben (S. 28). Die gegenwärtige Situation sei, so der Autor, das folgerichtige Ergebnis der Vereinigungspolitik. Und diese besaß bekanntlich ihren Anfang in der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. Inzwischen bestreitet niemand mehr, dass die Währungsunion »der größte überhaupt denkbare Fehlgriff im deutschen Wiedervereinigungsszenario« (S. 48) war. »Die Währungsumstellung«, zitiert er Karl Albrecht Schachtschneider, »wurde so schlecht wie nur irgend möglich gemacht« (S. 61). Weitere fundamentale Fehler des Anfangs waren die »Altschuldenregelung« und die »Restitutionsregelung«. Im Verein mit der faktischen Währungsaufwertung bewirkten sie den Ruin der ostdeutschen Industrie. Die Treuhand konnte sich unter diesen Bedingungen nur noch als Abwicklungsagentur und Selbstbedienungseinrichtung am ehemaligen Volksvermögen der DDR betätigen. Ihr blieb kaum eine andere Wahl. Erleichtert wurde ihr dies zudem durch die »administrativ verordnete Gesetzlosigkeit«, die in den ersten Monaten ihres Wirkens bestand. Mit bemerkens-

wertem Scharfsinn beschreibt der Autor die Rolle der Treuhandanstalt, die ja weit mehr umfasste als die Umstrukturierung der Wirtschaft. Sie diente auch der Disziplinierung und Demütigung der Ostdeutschen und dem Ausleben der Überlegenheitsgefühle der Sieger. »Wenn es gelänge« schreibt Baale, »den Ton noch einmal hörbar zu machen, den diese Leute gegenüber den ehemaligen DDR-Bürgern anschlugen, würde manchem die Schamröte ins Gesicht steigen. Niemand, der das erleben musste, wird vergessen, wie dreist auftretende Treuhandmitarbeiter die totale Macht ihrer Behörde ausnutzten und lebenserfahrene, gebildete Menschen mit ihrer Unfähigkeit und ihrem schlechten Benehmen traktierten« (S. 94).

Wichtiger als der Rückblick, so zutreffend dieser auch sei, ist der Ausblick in die Zukunft. Baale stellt dazu fest: »Es gibt keine Hoffnung, der Osten ist, abgesehen von wenigen Wirtschaftsstandorten, abgeschrieben« (S. 134). Diesem Urteil schließen sich inzwischen selbst die optimistischsten Ökonomen an. So resümiert Ulrich Blum, Präsident des IWH in Halle: »Schauen Sie sich eine 100 000-Einwohner-Stadt im Vergleich an: Im Osten gibt es mehr Dönerbuden und im Westen mehr Juwelieri. Und das alles vor dem Hintergrund, dass 850 000 Arbeitsplätze im Osten (...) nur durch Transfers, also die rund 60 Milliarden Euro, die jährlich vom Westen in den Osten transferiert werden, erhalten werden« (S. 132). Hier wie auch anderswo geht es dem Autor nicht nur um die Darstellung bestimmter ökonomischer und politischer Tatsachen, die sonst leicht in Vergessenheit geraten würden. Sein Anliegen ist es vielmehr, auch die sozialen und psychischen Wirkungen und Folgen politischer Entscheidungen mit aufzuzeigen. So konstatiert er im Osten »eine tief sitzende Verbitterung« über den Verlauf und die Resultate des Vereinigungsprozesses. »Es steht außer Frage«, schreibt er, »dass eine Nation, in der sich Landsleute so etwas angetan haben, wie das, was in der ehemaligen DDR in den ersten Nachwendejahren geschehen ist, vorerst keinen Frieden finden kann« (S. 205 f.). Dieser Passage kann auch als Aufforderung zu einer Auseinandersetzung mit dem Wiedervereinigungsfiasco aufgefasst werden. Im Rahmen der so genannten Stasiaufarbeitung gibt es so

etwas wie Opfer-Täter-Gespräche, Aufarbeitungs- und Klärungsseminare. Warum nicht auch hier? Gab es hier etwa keine persönliche Verantwortung, keine Geschädigten, Enteigneten, Erniedrigten und Beleidigten? Und keine Einigungsgewinner, Treuhandprofiteure, Immobilienspekulanten, Neureiche? Warum bringt man die nicht mal zusammen? Und wer plant, organisiert und finanziert derartige Projekte?

Am Ende des Buches findet sich noch »eine kurze Geschichte vom Ende der DDR« (S. 211 ff.). Es ist dies keine systematische Darstellung, sondern eine Sammlung von Episoden und Eindrücken, zum Teil dokumentarischen Charakters, die der Autor dem eigentlichen Text angefügt hat. Auch diese Seiten sind lesenswert, zeigen sie doch, dass sich der Autor recht intensiv mit der Vorgeschichte der Wiedervereinigung auseinandergesetzt hat. Und manches an schief Gelaufenem und Misslungenem lässt sich eben doch nicht ohne die Vorgeschichte begreifen. Insgesamt bietet das Buch eine interessante und lehrreiche Lektüre. Zu bemängeln ist aber die eigenwillige Zitierweise des Autors und das Fehlen eines Literaturverzeichnisses.

ULRICH BUSCH

**Helmut Bleiber, Walter Schmidt,
Susanne Schötz (Hrsg):
Akteure eines Umbruchs.
Männer und Frauen der Revolution
von 1848/49, Bd. 2, FIDES Verlag
Berlin 2007, 938 S. (69,80 €)**

Auf annähernd 2 000 Druckseiten summieren sich die beiden Bände »Akteure eines Umbruchs«, die die 3 Herausgeber in noch nicht einmal einem Jahrfünft (2003, 2007) vorgelegt haben: 43 Autoren (nicht wenige in beiden Bänden vertreten) lassen von den verschiedensten biographischen Positionen und biographie-historischen Ansätzen ganz erstaunlich tiefe Einblicke in das Heranreifen, den Verlauf, die Niederlage und die Wirkungen der Revolution von 1848/49 zu, die trotz ihres Scheiterns eine gar zu mächtige Tatsache blieb, als dass sie sozusagen aus der Ge-

schichte herausradiert werden konnte. Bismarcks »Revolution von oben« ist ohne 1848/49 undenkbar, und auch die von der Arbeiterbewegung getragene Orientierung auf eine demokratisch-sozialistische Alternative »lebte« gewissermaßen von der Rückbesinnung zwar vor allem auf die große französische Revolution von 1789 ff., die einer neuen, der bürgerlichen, Gesellschaft zum Durchbruch verhalf, aber nicht minder von der – oft selbst durchlebten – Erinnerung an 1848/49, als ein ganzes politisch-soziales System ins Wanken geriet und sich seitdem nie mehr als »beste aller Welten« gerieren konnte.

Vorgestellt werden ausschließlich Intellektuelle, und die meisten von ihnen standen »in der Blüte ihres Lebens«, zählten um die 30 bis 35 Jahre. Der Jüngste von ihnen ist der 18-jährige Abraham Jacoby, dem Arno Herzig Aspekte seines »demokratischen Selbstverständnisses« abgewinnt, der Älteste mit 57 Jahren der von Harald Müller keineswegs monolithisch vorgestellte erste deutsche Kriegsminister, der preußische General Eduard von Peucker, Vertrauensmann des Berliner Hofes in Frankfurt. Im »besten Mannesalter« von 44 Jahren agierte – teilweise geradezu atemberaubend von Dorothea Minkels detailliert präsentiert – der äußerst flexible Berliner Polizeipräsident Julius von Minutoli. Ganz anders der von Gunther Hildebrandt untersuchte nahezu gleichaltrige Verwaltungsfachmann Franz Graf von Stadion, Innenminister des ersten Ministeriums Schwarzenberg nach der Niederschlagung des Wiener Oktoberaufstandes. Faszinierend von Erhard Kiehbaum recherchiert wird Gustav Adolph Techow in den Blickpunkt gerückt: Ohne Rücksicht auf die sich ihm eröffnende glanzvolle Militärkarriere – Eintritt in den Großen Generalstab – vermochte der 33-jährige beim Berliner Zeughaussturm am 14. Juni 1848 den Abzug der Bedeckungskompagnie aus dem Zeughaus zu erreichen und so eine blutige Konfrontation zwischen Militär und Volk mit unübersehbaren Folgen zu vermeiden helfen. Er brach aus der ihm zudiktierten 15-jährigen Festungshaft aus, wurde Generalstabschef der Pfälzer Volkwehr (wobei manche nachträgliche Heroisierung der Freischärleraktionen zersplittert), kam mit Marx in Verbindung – »Hätte er ebensoviel Herz wie Verstand, ebensoviel

Liebe wie Haß, dann würde ich für ihn durchs Feuer gehen« – und wurde schließlich zum Pionier des australischen Sports.

Manche dieser »Akteure eines Umbruchs« traten für einen Moment ins historische Rampenlicht wie etwa der Heinz Warnecke vorgestellte liberale Prediger Adolf von Sydow, als er angesichts der Toten der Barrikadenkämpfe bei ihrer Beisetzung im Friedrichshain am 22. März 1848 an das Jesuswort in Johannes 12.24 erinnerte, das in die Erde fällt, »wo es erstirbt«, aber »Früchte künftiger Zeiten« hervorbringe, und sie als »Martyrer unserer Freiheiten und Rechte« würdigte. Mutig widmet sich Sylvia Paketschek mit Lucie Lenz einer gewiss nicht vereinzelt »Wandlerin zwischen den Welten«, die sie als »Revolutionärin, Agentin, Abenteurerin«, wenn man will: als Suchende, charakterisiert. Ganz so gradlinig, wie man annehmen möchte, verlief keineswegs der Lebenskurs des weit bekannten Revolutionsgenerals Ludwig Mieroslawski mit seiner Parole »Wo die Revolution ist, da ist des Polen Vaterland«, dem Daniela Fuchs äußerst kompetent nachspürt.

Besonders beachtenswert ist die scheinbare Allgegenwart der durch die provokante Zur-Schau-Stellung des »Heiligen Rocks von Trier« 1844 provozierte, von Johannes Ronge gleichsam aus der Taufe gehobene »deutschkatholische Bewegung«. Helmut Bleiber hat in seiner letzten Arbeiten mit Robert Brauner den ersten deutsch-katholischen Prediger in Berlin der Vergessenheit entrissen. In seiner ebenso kenntnisreichen wie komprimierten Lebensskizze von Emil Adolf Roßmäßlers (1806-1867) hebt Peter E. Fässler die »Volksbildung als Schlüssel zur politisch-gesellschaftlichen Demokratisierung« als Leitidee Roßmäßlers hervor, der – so 1854 bis 1865 als Vorsitzender des Ältestenrates – Leipzig zu einem Zentrum der deutschkatholischen Bewegung machte und mehrere Bundeskonzilien organisierte. Der Autor verweist auf den Breslauer Biologen und zeitweiligen Leopoldina-Präsidenten Nees von Esenbeck als Beispiel für Verknüpfung von praktiziertem Deutschkatholizismus und naturkundlicher Volksbildung; in Dresden verkörperte dies auf seine Weise der geschasste Stenographie-Professor und Arzt Franz Wigard, dem wir die Proto-kollbände der Frankfurter Nationalversammlung verdanken.

Die Radikaldemokratin Louise Dittmar, deren Lebensweg und Lebensleistung Christine Nagel verfolgt, kam in Darmstadt, vor allem aber in Offenbach (Begründer der deutschkatholischen Gemeinde Lorenz Diefenbach) und schliesslich in Mannheim (deutschkatholische Prediger Carl Scholl) in direkte Verbindung mit der deutsch-katholischen Bewegung. In der Doppelbiographie, die Inge Grolle Johanna Goldschmidt und Emilie Wüstenfeld und ihren »Aufbruch im Geiste von 1848« widmet, kommt zumindest Emilie Wüstenfeld mit der deutschkatholischen Bewegung in Berührung, was selbst bei Ludwik Mieroslawski (»Gedanken der Freimaurerei«, Robert Blum) der Fall ist und ebenso bei Rudolph Matthäi, den Walter Schmidt als Vormärz-Sozialisten und sozialen Demokraten in Schlesien charakterisiert. Auf ihn, der auch in der »Neuen Rheinischen Zeitung« veröffentlichte, trifft gewiß die vernichtende Kritik von Marx und Engels am »wahren Sozialismus« zu. Schmidt hütet sich indessen vor einem Verdammungsurteil in dem Bewusstsein, dass seinerzeit Sozialisten eo ipso eine verschwindende Minderheit in der Masse der Demokraten jeglichen Coleurs bildeten, und unter ihnen waren Sozialisten im Sinne von Marx wiederum nur eine klitzekleine Minorität.

Wie fruchtbar MEGA-begleitende Forschungen sein können, belegen zwei Biographien aus dem engeren Marx-Kreis: François Melis konnte die Biographie von August Hermann Ewerbeck speziell auch durch private und französische Quellen wesentlich bereichern, der 5 Jahre lang den »Bund der Gerechtigkeit« leitete, jedoch 1851 plakativ als unfähig hingestellt wird, Marx' »materialistisch-dialektische Weltanschauung in ihrer Tiefe zu erfassen und zu propagieren« und »kein theoretischer Kopf« gewesen sei (S. 96/95). Rolf Dlubek konnte die durch Trierer Heimatgeschichtler erschlossene Lebensskizze von Victor Schily (1811-1875) erheblich durch die Erschließung seiner Korrespondenz (u. a. 48 Briefe an Marx, 36 an J. Ph. Becker) insbesondere in seiner Pariser Zeit (Vertrauensmann der IAA) vervollkommen. Auch hier steht das Verhältnis zu Marx im Focus, doch wertet Dlubek die »wahrsozialistischen« Ideen als »Triebfeder freiheitlicher politischer Bestrebungen« (S. 597). Bitter

empfindet es der Leser, dass das Leben dieser und manch andere Akteure in trostloser Armut endete.

Der Band bietet ein breites soziales Spektrum, das Raum gibt für das Wirken der »Revolutionärin und Schriftstellerin« Amalie Struve (Marion Freund) oder Johanna Küstner-Fröbel, die für das Recht der Frauen auf Bildung und einen »besseren Zustand der Gesellschaft« stritt (Katja Münchow). Einfühlsam und dicht bringt Birgit Bublies-Godau Henriette Obermüller-Venedey – »Der Weg einer »fanatischen Demokratin« und frühen Frauenrechtlerin zwischen Französischer Julirevolution und deutscher Reichsgründung« – nahe.

In gewohnter Weise präsentiert Kurt Wernicke mit dem Lehrer Hartwig Gercke einen gänzlich unbekanntem »aufrechten Berliner Linken«, der um die Organisation der Demokratie in der Reaktionsperiode rang und, als Mitglied des »Ladendorf«-Kreises verurteilt, schließlich in die Emigration nach Übersee abgedrängt wurde. Der Band mündet in die von Peter Kaupp sorgsam erforschte Biographie des Vogtländers Wilhelm Adolph von Trützschlers, der – von »Weißen« in Mannheim gefangen und der preußischen Militärgerichtsbarkeit überantwortet – gerade 30 jähig standrechtlich erschossen wurde.

Außer dem obligatorischen Autorenverzeichnis (ein interessantes Dokument!) wird der Band mit einem fast 60-seitigen Personenverzeichnis zu Band 1 und 2 der »Akteure« beschlossen.

WOLFGANG SCHRÖDER

Walter van Rossum:
Die Tagesshow. Wie man in
15 Minuten die Welt unbegreiflich
macht. Kiepenheuer & Witsch
Köln 2007, 200 S. (8,95 €)

Walter van Rossum, den wir schon von »Meine Sonntage mit Sabine Christianen« kennen, hat ein neues Buch verfasst: »Die Tagesshow – wie man die Welt in 15 Minuten unbegreiflich macht.«

Das Buch wird es schwer haben. Das Buch ist bitter notwendig!

Da liegen 200 Seiten vor uns, deren inhaltliche Aussagen man nur zwischen überraschend bis entsetzlich einstufen muss.

Allüberall im Land genießen unsere News-Medien noch immer (bei der Mehrheit der Nutzer) den scheinbar unerschütterlichen Ruf, ziemlich verlässliche und solide Informanten zu sein. Allen voran im Leitmedium Fernsehen die Instanz der Tagesschau – das Flaggschiff von solidem Journalismus überhaupt. Moderatoren wie Ulrich Wickert, Anne Will oder Klaus Kleber genießen Promistatus und heimsen Auszeichnungen und Gunst des Publikums ein.

Van Rossum führt etwas anderes vor: »Denkste! Stimmt alles nicht!« Als produktiver freier Journalist mit eigener Meinung hat er das eine oder andere schon geahnt. Aber nun ging er mit gründlicher Arbeit der Sache nach und meldete sich z. B. zu einer längeren Hospitanz bei der Tagesschau-Redaktion in Hamburg-Lokstedt, die ihm auch erlaubt wurde samt interessanter (offenbar vollkommen wirklichkeitsfremder) statements von Chefredakteur und Sprecherkönigin usw.

Wie auch immer der Weg vom Ereignis über den Reporter und den Redakteur zum Tagesschauteam (oder auch der »heute«-Sendung) sei; irgendwo leidet das Output so sehr, dass man über viele Berichte leider feststellen muss, dass die News-Medien ihrem Verfassungsauftrag, zu informieren, damit die demokratische Teilhabe der Bürger am Geschehen und vor allem ihre Urteilsfähigkeit »aus eigener Anschauung« garantiert ist, nicht erfüllt. Er ermittelt, kenntnisreich wie er ist und als einer der auch weiß, wo die fehlenden Fakten zu bekommen sind (immerhin gibt es sie!), reihenweise Fehlinformationen, fehlende Fakten, Parteinahme statt ausgewogener Distanz, Tradierung von Vorurteilen und Mythen. Das ganze ist kess, scharfzüngig und klug – ein Genuss (nicht nur für Kenner). Man darf gespannt sein, wie viele der analytisch gewonnenen Erkenntnisse und davon abgeleiteten vernichtenden Urteile die Tagesschau-Leute erreichen werden. Sie sind ja nicht nur Informanten, sondern Meinungsproduzenten und beobachten noch immer mit Genugtuung, dass die Umfrageindustrie ihnen immer wieder bestätigt: Das Volk glaubt das, was da gesagt wird. Noch! Aber jetzt kommt van Rossum!

FRANK SCHUBERT

RENATE ULLRICH

Women's Power. Or: Why Medea Murdered Her Children

This article analyzes texts on Medea taken both from the works of Heiner Müller (1972, 1974, 1949-1982) and Christa Wolf (1996). The prism for the analysis is »Women's Power and Their Significant Impact on the Course of History«. The author shows that these new versions of the myth have been influenced by dramatic historical developments of the 20th Century. In reference to the oral version of Euripides, Müller uses the murder of the children to symbolize women's resignation from their historical impact and investigates its long-term effect on history. Referring to the myth's more traditional version, Wolf describes how and why an emancipated woman, with an immigrant background is stigmatized by the rulers and later transformed into the mythical figure of the murderer of children.

WERNER RUF

Africom – Resources Rather Than Freedom The US Lunge Toward Africa

Geostrategic concepts are apparently again determining international policy in the 21st Century. The reason is the quest to assure access to the planet's oil and gas reserves, due to be depleted within the next 40 years. World public opinion has hardly noticed that Africa is in the crosshairs of neo-imperialist interests and their global strategic objectives, which is virtually imperative given the »dark continent's« wealth in resources. Even though threadbare, »International terrorism« serves as a pretext. In the guise of a war on terrorism, this new form of colonialism will engender resistance and provoke precisely that »terrorism« that Africom & Co. went out to fight.

STEFAN AMZOLL

The Apocalypse is a Complete Revolution Interview with Eugen Drewermann on Past and Contemporary Apocalypses

All that is apocalyptic – according to Eugen Drewermann in this interview – is linked to the fear and, to a certain extent, to even the wish, that the world, as we know it, should be obliterated. End of the world fantasies are frontier experiences. That which had served to orient people, provide them with hope in darkness, now seems to be destroyed. Apocalyptic scenarios are at the same time basically renaissance fantasies. Hell is not the netherworld, but rather the diagnosis of the current situation. Today's capitalism is a system that can only be maintained through growth, somewhat like a proliferating tissue within our bodies. That is what is known as cancer. One needs only to add up the catastrophic coefficients – overpopulation, environmental destruction, a steadily growing energy consumption – to eventually arrive at the edge of the abyss. The apocalypse is the next step.

MARCUS HAWEL

The Normalized Nation? Concretized Coming to Terms With History and Interventionist Foreign Policy

»Whereas the conservatives are already angered that they read about the situation, the left is angered by the situation they are reading about.« Using this insight, the author develops his criticism of the exaggeration of Western values, that alone do nothing to guarantee peace and freedom. In fact, the modern Western trend is inclined to incorporate the catastrophic potentials akin to those that had led to Auschwitz. The author challenges the idea that the mere acknowledgement of past atrocities creates a sort of »normalcy«. This is also evident on the level of human rights and their embedding in a capitalist economy, where the capitalist law of value is imposed from behind a veil of human rights. Indeed, today human rights are being violently enforced, there, where the law of value has not been totally imposed. Therefore true peace, real community, where human rights can flourish, is only possible in a society that has liberated itself from the capitalist law of value.

GARNET HELEN BRÄUNIG

Punishment for Clients of Prostitutes Prostitutes' Clients Buy Above All Power

Should prostitution be seen as a pathological spin-off of patriarchy and therefore be abolished, or should the living and working conditions of the sexually employed simply be enhanced? In Germany, the demand for prostitution has always been handled with impunity. But this reluctance is not to be taken for granted. Christian Democrats have been demanding for a long time, that the clients of prostitutes be prosecuted and the new prostitution law of 2001 be revoked, a measure opposed by the SPD and Greens. According to most experts, that prostitution law did not do away with hypocritical moral standards, but with all moral standards.

WALTER SCHMIDT

The 1848/49 Revolution in German Historical Culture

The 1848 Revolution has never been a purely historical question to be handled only by historians in their ivory towers. At any given time, the social and political interests of different – even antagonistic – forces of the society, have been laid bare over questions of their support or opposition to 1848. From the beginning, only socialists and radical democrats have advocated making the revolution – as a whole, with explicit recognition of the revolutionary mass actions – a cherishable heritage. For decades they refused to be sidetracked from this objective. It was only during the Weimar Republic that German society half-heartedly began to take up the question of the revolution, whereby the German National Assembly was the morsel of tradition sought out as worthy of preservation. Recognition and esteem for the mass movements and the parliamentary tradition of 1848 was later accorded in the two German nations, which has been continued in unified Germany.

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Hinweise für unsere Autorinnen und Autoren

Die Redaktion lädt zur Einsendung von Texten ein. Es können jedoch nur Beiträge veröffentlicht werden, die in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht bereits anderswo erschienen sind oder erscheinen werden. Manuskripte können per E-Mail (als Attachment) oder auf Diskette (zusammen mit einem Ausdruck) im Word-Programm, vorzugsweise als Rtf-Datei, eingesandt werden. Grafiken sind als gesonderte Datei beizufügen. Aufsätze sollten einen Umfang von **30 000 Zeichen**, wovon ein Fünftel auf Mar-

ginalien entfällt, nicht überschreiten. Den Texten ist eine Zusammenfassung/Summary in deutsch und englisch (500 Zeichen) anzufügen. Ferner bitten wir um Angaben zur Autorin/zum Autor (Geburtsjahr, akademische Titel und Grade, Ausbildung, Tätigkeit, Publikationen und, sofern gewünscht, der E-Mail-Adresse) sowie, bei erstmaliger Veröffentlichung, um ein Porträtfoto.

Rezensionen sollten 6 000 Zeichen, Annotationen 3 000 Zeichen nicht überschreiten. Im Kopf müssen jeweils folgende Angaben – in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion – enthalten sein: Vorname und Name der Autorinnen/Autoren oder Herausgeberinnen/Herausgeber: Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenzahl und (Preis). In Zweifelsfällen wird empfohlen, bei Formfragen ein aktuelles Heft unserer Zeitschrift zu Rate zu ziehen.

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Bei Ablehnung eines Beitrages werden die betreffenden Daten auf den Rechnern der Redaktion gelöscht. Beiträge für unsere Zeitschrift werden nicht honoriert.

Die Redaktion

Impressum

Herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V.
Redaktion:
DIETMAR WITTICH (V.i.S.d.P.),
Redaktionsassistentz: HARRY ADLER

Adresse: Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin,
Tel.: 030– 44 310-157, Fax-122
Internet: www.utopiekreativ.de
E-Mail: utopiekreativ@rosalux.de
Verlag: NDZ Neue Zeitungsverwaltung GmbH,
Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin

Satz: ELKE SADZINSKI
Druck: MediaService GmbH
BärenDruck und Werbung
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
Vertrieb: ND-Vertrieb, Franz-Mehring-Platz 1,
10243 Berlin (Tel.: 030 – 29781627)

Einzelverkaufspreis: 6 €
Jahresabonnement (incl. Versand):
57 € (Inland), 75 € (Ausland)
Förderabonnement (incl. Versand): 75 €

Preisliste für frühere Hefte

| | | |
|------------------|----|--------|
| Heft 1 bis 180: | je | 1 € |
| Heft 181 bis 200 | je | 2,50 € |